M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Mittelamerika: Der Krieg läßt keine Wahl



impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Andrea Hassur, Uli Kieser, Werner Kobe, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz und Druck:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1 76 18

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/51 27

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 43,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien : 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 119:
3. 7. 1984

Anzeigenschluß für Nr. 119:
10. 7. 1984

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ost sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Inhalt

NACHRICHTEN UND BERICHTE



EPLF-Kämpfer befreien Nord-Ost-Sahel *Foto: Bernd Vollmer*

MITTELAMERIKA: DER KRIEG LÄSST KEINE WAHL



Brennende Öltanks im Hafen von Corinto, Nicaragua

Titelfoto von Cordelia Dilg

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU: Eritrea

Die Befreiung von Nord-Ost Sahel durch die EPLF

Als sich die Sowjetunion 1977 im Ogaden-Konflikt auf die Seite der äthiopischen Militärregierung stellte und 1978 sich an der ersten großen militärischen Offensive gegen die eritreeische Befreiungsbewegung beteiligte, glaubten selbst kühnste Optimisten nicht, daß sich die Eriteer jemals die Unabhängigkeit erkämpfen könnte.

Tatsächlich gelang es damls der äthiopischen Militärregierung sehr schnell die Städte Eritreas zurückzuerobern, die die ELF und die EPLF gerade ein Jahr zuvor befreit hatten. Während sich die ELF jedoch dem offenen Kampf stellte und dabei militärisch nahezu völlig aufgerieben wurde, erkannte die EPLF schnell die Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens. Sie trat einen „strategischen Rückzug" an und zog sich in die unzugängliche Berglandschaft des Sahel im Nordosten Eritreas zurück. Die EPLF nutzte die nun folgenden Jahre, um aus diesem Gebiet eine nahezu unbezwingbare Festung zu machen. Zugleich widmete sie sich der Aufgabe vorsichtig und behutsam, die Basis einer neuen Gesellschaft zu schaffen. Überall dort, wo die EPLF das Land kontrollierte wurden neue politische Selbstverwaltungsorgane aufgebaut und Landreformen durchgeführt. Es wurden Schulen eingerichtet, Kliniken gebaut und neue Straßen- und Bewässerungssysteme angelegt. In unterirdischen Werkstätten werden seither fast alle Güter des täglichen Bedarfs hergestellt. In langer und mühevoller Arbeit wurden für die Schulen neue, den Bedürfnissen Eritreas angepasste Lehrpläne entwickelt. Es wurden Schulbücher in den wichtigsten Sprachen Eritreas gedruckt; viele hundert Barfußärzte ausgebildet und Alphabetisierungskampagnen durchgeführt. Durch die außenpolitische Isolierung erzwungen und durch politische Einsicht gefördert, erreichte die EPLF ein hohes Maß an ökonomischer und politischer Unabhängigkeit. Diese Politik, die sich nicht nur damit begnügte, der äthiopischen Regierung Widerstand zu leisten, sondern zugleich den Versuch machte, die drängenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen, sollte Früchte tragen. Im Gegensatz zur ELF konnte die EPLF aufgrund ihrer Verankerung in der Bevölkerung und ihrer klaren politischen Konzeption ihre Einheit und ihre militärische Stärke bis heute bewahren. Die EPLF behielt daher auch im Bürgerkrieg mit der ELF die Oberhand und konnte schließlich die ELF nach und nach aus Eritrea verdrängen. Immer größere Teile des ländlichen Eritreas kamen so unter Kontrolle der EPLF. Beharrlich setzte auch dort die EPLF ihre Politik um, obgleich es immer wieder zu Rückschlägen kam aufgrund der massiven militärischen Anstrengungen der äthiopischen Regierung. Begünstigt wurden die Erfolge der EPLF auch dadurch, daß in der angrenzenden Provinz Tigray die TPLF einen beträchtlichen Teil des äthiopischen Militärs binden konnte. (vgl. „Blätter des iz3w, Nr. 117)

Nun, da sich die EPLF in den befreiten, vornehmlich ländlichen Gebieten konsolidiert hat, scheint sie einen Schritt weiterzugehen. Über Jahre hinweg hatte sich an den militärischen Frontlinien nur wenig verändert, sieht man von den geringfügigen Verschiebungen oder zeitweisen Terrainverlusten der EPLF einmal ab. Alles schien auf einen endlosen Stellungskrieg hinzudeuten, in dem keine Seite die Fähigkeit besitzt, den Krieg für sich zu entscheiden. Doch nun könnte sich eine Wende zugunsten der Eritreer abzeichnen. Die Eroberung der Stadt Tessenai im Januar und die im März 1984 erfolgte Befreiung eines 100 km langen Küstenstreifen im Nordost-Sahel könnten hierfür ein Indiz sein. Ob die Eroberung allerdings ein „historischer Wendepunkt" im 22 Jahre dauernden Krieg ist, bleibt abzuwarten. Dieses Ereignis ist uns jedoch wichtig genug, um den Augenzeugenbericht von Ursula Eid, Mitglied der Grünen im Bundestag, und B. Vollmer, Sozialpädagoge, abzudrucken, obwohl ihr Bericht weitgehend darauf verzichtet, historische Bezüge herzustellen.

Walter Hättig/red.

Eritrea: Die Befreiung von Nord-Ost-Sahel durch die EPLF

Augenzeugenbericht von Ursula Eid, Miglied der GRÜNEN im Bundestag und Bernd Vollmer, Sozialpädagoge, Stuttgart

Auf Einladung der Eritrean Relief Association (ERA) besuchten wir die von der Eritrean Poeple's Liberation Front (EPLF) befreiten Gebiete Eritreas. In der Zeit vom 13. bis 30. März hatten wie die Möglichkeit, den größten Teil des von der EPLF kontrollierten und verwalteten Gebietes zu sehen: angefangen von der Sahel Provinz, über Tessenai ganz im Süden der Barka Provinz bis zur Senhit Provinz.

Am 19. März treffen wir in Germaika mit einem eritreischen und einem britischen Wasserwirtschaftler zusammen, um die Ausmaße der Dürrekatastrophe zu diskutieren. Dort hören wir zu ersten Mal über den Radiosender der EPLF „Demsi Hafasch" von der Gegenoffensive der Eritreischen Volksbefreiungsarmee (EPLA) gegen das äthiopische Militär an der Nord-Ost-Sahel-Front. Am nächsten Tag — den 20. März — erfahren wir in Tessenai, daß die Kämpfe immer noch andauern. Als wir abends nach Germaika zurückkommen, berichtet man uns, daß die EPLA eine große Menge an Munition, Panzern und LKWs erbeuten konnten — aber diese Nachricht ist noch nicht offiziell über den Radiosender bestätigt; lediglich über Funk bekannt. Am 21. 3. erreichen wir nach 12-stündiger Fahrt morgens um 4 Uhr Asmat, ein Dorf in der Provinz „Upper Senhit", ca. 20 km von Keren entfernt. Hier wollen wir am nächsten Tag an einer Nahrungsmittelverteilung der ERA an die Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern teilnehmen. Bei der Ankunft in Asmat hören wir plötzlich Böllerdonner und sehen Leuchtspuren von Raketen am Himmel: es ist das Feuerwerk, mit dem der Befreiungssieg an der Nord-Ost-Front gefeiert wird. Wir erfahren, daß die Frontlinie der Äthiopier durchbrochen und der Nord-Ost-Küstenstreifen befreit worden sind.

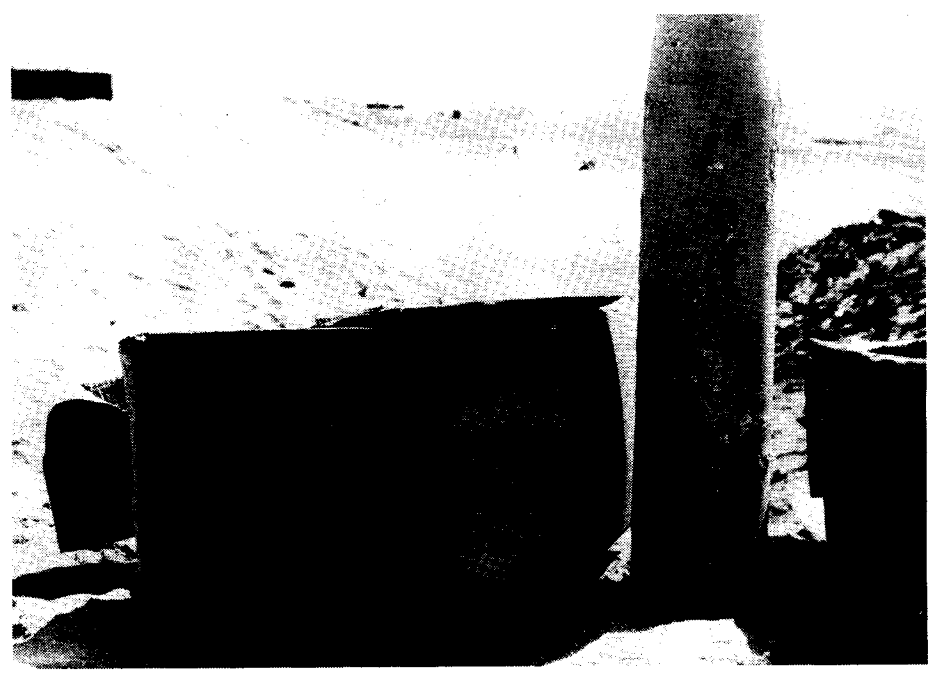
Am Abend des 23. März treffen wir zum ersten Mal auf eine Gruppe von 300 gefangenen äthiopischen Soldaten. Auf dem Weg von Marza Teklai und Alghena, den Orten ihrer Gefangennahme, zum Kriegsgefangenenlager der EPLF, machen sie in der Nähe von Himbol Halt, wo sie sich für einige Stunden zum Schlafen hingelegt haben. Am gleichen Abend begegnen wir auf unserer Fahrt nach Sheeb einige Lastwagen, die ebenfalls gefangene Äthiopier transportieren. Einige von ihnen sind ver-

wundet, aber bereits ärztlich versorgt. Es mögen zwischen 150 und 200 Kriegsgefangene sein.

Als wir von der Befreiung der Nord-Ost-Sahel erfahren, ändern wir unseren vorgesehenen Reiseplan und beschließen, nach Marza Teklai, das am Roten Meer liegt, zu fahren — seit 1979 ist dieses Gebiet in den Händen der Äthiopier gewesen, und nun hat die EPLF wieder Zugang zum Roten Meer.

In der Nacht vom 24. auf den 25. März erreichen wir das neu befreite Gebiet. Über Mahmimet und Alghena fahren wir in Richtung Marza Teklai. Mit Beginn der Dunkelheit kommen uns laufend Lastwagen mit erbeuteter Munition entgegen, die meisten LKWs sind ebenfalls erbeutete sowjetische Zils. Wir beginnen zu zählen: innerhalb von 2 Stunden begegnen uns 16 Lastwagen mit Munition, 6 mit erbeuteter Kleidung und Nahrungsmitteln, 5 T 55 Panzer, 3 Amphibienfahrzeuge, 2 Zils ziehen schwere Artillerie. Wir geben es auf, weiterzuzählen. Die EPLF-Leute versuchen, das erbeutete Kriegsmaterial so schnell wie möglich in sichere Gebiete abzutransportieren, denn tagsüber fliegen die Äthiopier mit ihren sowjetischen MIGs Angriffe auf das Gebiet, um das auf der Flucht zurückgelassene Material zu vernichten. Unsere eritreischen Begleiter im Auto sind zufrieden über diese Beute. Sie meinen: „Der Feind versorgt uns gut mit Munition. Wir sind auf keine andere Unterstützung angewiesen." Tatsächlich kämpft die EPLF nur mit Waffen, die sie von den Äthiopiern erobern — und diese stammen aus der Sowjetunion.

Um ca. 2 Uhr am Morgen des 25. März erreichen wir das äthiopische Militärlager „Awget", Hauptquartier der ehemaligen „Task Force 505", die nach der 6. Offensive der Äthiopier im Februar 1982 gegen die EPLF in „Woukaw" (Kommando „Zerschlage") umbenannt wurde. Während wir mit Tee aus den eroberten äthiopischen Militärbeständen versorgt werden, sind die EPLF-Kämpfer dabei, die Hütten zu durchsuchen. Alles Brauchbare wird gesammelt und abtransportiert. Um ca. 3.30 Uhr gelangen wir nach Marza Teklai, militärisches Nachschublager und Hafen der Äthiopier am Roten Meer. Als wir uns auf die Holzbretter zum Schlafen hinlegen, geht schon fast die Sonne auf. Das Rauschen des Meeres läßt uns fast vergessen, daß wir uns in der Nähe eines Schlachtfeldes befinden. Nach wenigen Stunden Schlaf nehmen wir ein Bad in den sanften Wellen des Roten Meeres. Für unsere eritreischen Begleiter, denen der Zugang zum Meer so lange verwehrt war, ist dies sicher ein historisches Ereignis. Um 8.00 Uhr brechen wir auf, um das nahegelegene Nachschublager zu besichtigen. Die Lagerhallen sind bereits ausgeräumt, erbeutete Munition und Nahrungsmittel abtransportiert, die riesigen Öltanks werden gerade geleert. Neben Munition entdecken wir Kartons mit der Aufschrift: „Butteroil. Food Aid of the European Economic Community to The People of Ethiopia. Net Weight: 4 × 5 kg. MB 006, Made in Belgium" (Butteröl. Nahrungshilfe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für das Volk von Äthiopien). Da es in dem ganzen Gebiet seit Jahren überhaupt keine Zivilbevölkerung gibt, ist es ganz offensichtlich, daß die äthiopische Regierung humanitäre Hilfe aus dem Ausland an das Militär weitergibt. Bereits in Tessenai, der Stadt, die am 15. Januar dieses Jahres von der EPLF befreit wurde, sahen wir hierfür Beweise: in den dortigen Militärlagern hat die EPLF Waschpulver, Salatöl, Butteröl und Geschirr gefunden, die vom Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen und der EG an Äthiopien für die hungerleidende Bevölkerung gegeben worden waren.

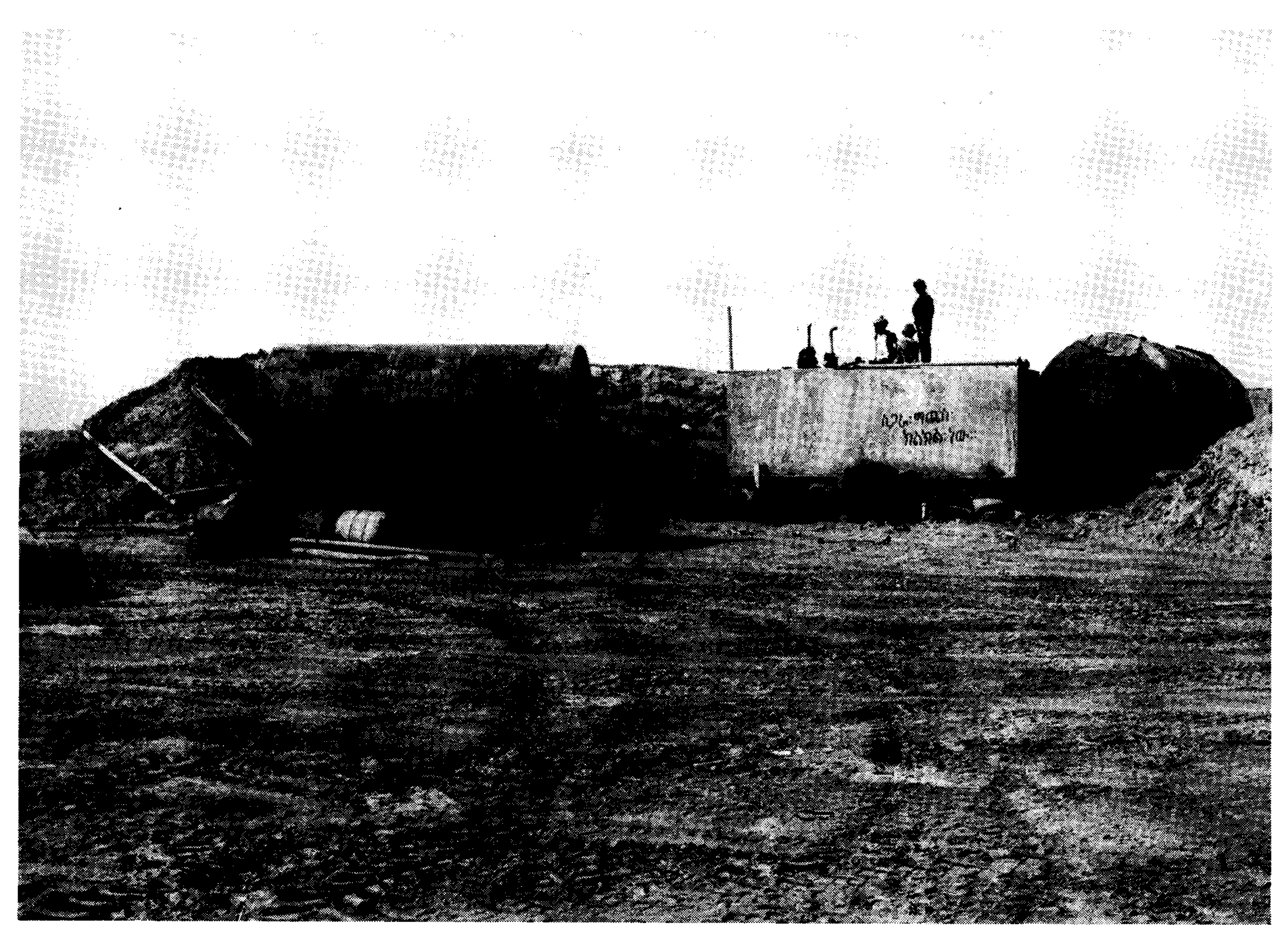


EG-Nahrungsmittelhilfe neben russischer Granate. *Foto: Bernd Vollmer*

Am Nachmittag des 25. März fahren wie einige Kilometer nach Süden. An der Ruine des alten Hotels „Hamsin", das noch aus besseren Zeiten stammt, machen wir Halt. In der Ruine sind Hunderte von Kalaschnikows aufgehäuft, die die Eritreer auf dem weiten Gelände gefunden haben. Die flüchtenden äthiopischen Soldaten hatten sie weggeworfen. In dem weiten, schlammigen Küstengelände sitzen 5 bis 6 unbeschädigte Panzer und mindestens genausoviele Zils fest. Auf der Flucht sind sie im Schlamm steckengeblieben und mußten von den äthiopischen Soldaten zurückgelassen werden. Die Mechaniker der EPLF sind dabei, die unbeschädigten Fahrzeuge freizumachen und die zerschossenen Lastwagen und Panzer auseinanderzubauen. In den Dünen liegen noch einzelne tote äthiopische Soldaten, die noch nicht begraben worden sind.

Am 26. 3. besichtigen wir Awget. Hier bietet sich das gleiche Bild wie in Marza Teklai. Wir schauen in die Häuser des Hauptquartiers und in die Wohnhütten der sowjetischen Militärberater. Diese Hütten heben sich schon rein äußerlich von den anderen ab: sie haben eine Veranda, der Boden ist mit Holz ausgelegt, vor ihnen befindet sich ein kleiner Garten mit Tomaten und Paprika. Im Innern finden wir Stapel sowjetischer Zeitungen und Bücher. Wie uns ein äthiopischer Gefangener sagte, — ein Leutnant der 23. Devision, 93. Brigade und 76 mm Maschinengewehrkommandeur — waren allein in diesem Militärlager 15 sowjetische Berater. Davon waren 4 für Artillerie, 2 für Panzer und die anderen für Infanterie und Maschinengewehre zuständig.

In Mahmimet führen wir noch am selben Tag ein Gespräch mit Ogbe Abraha, EPLF-Kommandeur für die Nord-Ost-Sahel-Front und Mitglied des Politbüros. Er erklärt uns die Bedeutung der Befreiung dieses Gebietes: Seit 1979 gingen alle entscheidenden Angriffe der Äthiopier im wesentlichen von hier aus. In diesem Küstenstreifen waren ca. 7.000 bis 8.000 äthiopische Soldaten stationiert. Trotz dieser Stärke und des Einsatzes hochentwickelten sowjetischen Kriegsgerätes konnte die Eritreische Volksbefreiungsarmee (EPLF) nach 48 Stunden den ca. 120 km langen und 70 km breiten Küstenstreifen unter ihre Kontrolle bringen. Die äthiopischen Soldaten wurden zuerst in ihren ausgebauten Schützengräben in den Alghena-Bergen überrannt. Sie flohen in Richtung Meer und von dort in den Süden, wo ihnen dann — einige km südlich von Marza Teklai — der Weg von der EPLA versperrt wurde. Es gab auf der Seite der Äthiopier ca. 4.500 Tote, ca. 3.000 wurden gefangengenommen. Der Rest konnte entkommen — darunter auch die sowjetischen Militärberater, die als erste per Schiff aus dem Gebiet gebracht wurden. Unter den Gefangenen befinden sich der Vize-Kommandeur Ghirma Tesema und der „Logistik-Kolonell" Hadgu Obgazgi. C. 80 % des Kriegsmaterials wurden erbeutet; bis zum Tag unseres Gespräches waren insgesmt 17 T 55 Panzer, 12 Amphibienfahrzeuge, 70 bis 80 Zil-Lastwagen, schwere Artillerie, einige Moskowitsch-Jeeps und große Mengen leichter



EPLF-Kämpfer bauen erbeutete[2] Öltanks aus. *Foto: Bernd Vollmer*

Waffen und Munition in Sicherheit gebracht. Auf die Frage nach der Stärke der EPLA und der Höhe der Verluste in dieser Gegenoffensive gibt Ogbe Abraha aus taktischen Gründen keine Zahlen an. Er meint aber, daß es auf der Seite der EPLA weniger Verluste gab, als sie angenommen hatten. Den Sieg führt er darauf zurück, daß die EPLF die militärische Situation der Äthiopier gut studiert hätte und die Gegenoffensive auf dieser Grundlage gut hatte vorbereitet werden können. Die Äthiopier waren durch die vergangenen Niederlagen geschwächt, und die Kampfmoral war innerhalb der Armee sehr gesunken. Viele Soldaten sind zwangsrekrutiert worden und wissen nicht so recht, gegen welchen Feind sie kämpfen.

Am Nachmittag des 26. März verlassen wir das Kampfgebiet. Zum ersten Mal ist es möglich, während des Tages zu fahren. Der Himmel ist nämlich mit Wolken bedeckt, die uns gegen die MIGs, die das Gebiet überfliegen Schutz bieten.

In dem Tal Kebrwoet, hinter der alten Frontlinie bei Alghena, treffen wir auf eine Gruppe von 1.500 äthiopischen Kriegsgefangenen. Als wir ankommen, wird gerade Nahrung zubereitet und ausgeteilt: „Beso", gerästetes Weizenmehl, wird mit Wasser und Zucker vermischt, und jeder Gefangene bekommt einen faustgroßen Klops. Die meisten Gefangenen sehen schon recht kräftig aus. Es sind diejenigen, die sich gleich ergeben hatten. Einige jedoch sind sehr geschwächt. Das sind diejenigen, die sich in dem niedrigen Gebüsch an der Küste versteckt hielten und tagelang in der glühenden Hitze von 45 Grad ohne Wasser und Nahrung waren. Wir haben selbst miterlebt, daß EPLF-Kämpfer ständig versteckte Soldaten aufspüren. Einen nehmen wir selbst unterwegs ein Stück im Auto mit, da er bereits zum Gehen zu schwach ist. Zwei junge Äthiopier, ungefähr 16 bis 18 Jahre alt, die gerade in der Nähe von Alghena aufgespürt wurden als wir das Militärcamp besichtigen, sagen uns, sie hätten bereits ihren eigenen Urin trinken müssen, da sie seit 4 Tagen kein Wasser mehr hatten. Die Schwachen und Kranken — Hitzschlag, Verbrennungen, Schußwunden — liegen im Kebrwoet-Tal im Schatten unter den Büschen und werden versorgt. Viele haben wunde Füße, die sie mit Packpapier und Lappen umwickelt haben. Wir sprechen mit einem 15-jährigen Gefangenen, der uns erzählt, daß er zusammen mit Freunden zwangsweise eingezogen wurde.

Trotz der militärischen Stärke und Überlegenheit, die die äthiopische Regierung mit Hilfe der Sowjetunion gewonnen hat, gelingt es der EPLF, immer weitere Teile Eritreas zu befreien und der Kontrolle der Äthiopier zu entziehen.

In einem Gespräch am 24. März mit Romadan Mohammed Nur, Generalsekretär der EPLF und Isajas Afewerki, stellvertretender Generalsekretär, schätzen diese die Befreiung des Nord-Ost-Sahel-Küstenstreifens als historsch ein. Isajas Afewerki sieht Parallelen zu Vietnam: „Dort wurde die hochtechnisierte US-amerikanische Armee vom Vietcong besieht. In Eritrea wird eine von der Sowjetunion trainierte und ausgestattete Armee von der EPLF zum Rückzug gezwungen. Dies ist eine neue Erfahrung für die Sowjetunion. Auch für die Dritte Welt ist dies eine neue Erfahrung, denn das eritreische Volk zeigt, daß die eigene Entwicklung nicht von der Sowjetunion abhängt. „Mit Blick auf Äthiopien glaubt Isajas Afewerki, daß der Sieg ganz konkrete Auswirkungen auf die dortigen Oppositions- und Befreiungsbewegungen haben werde. Diese werden sich in ihren Kämpfen gegen die Unterdrückung durch die Zentralregierung Mengistu's gestärkt fühlen. Für Eritrea selbst, so meint Isajas Afewerki, bedeute das Zurückdrängen des äthiopischen Militärs aus der Nord-Ost-Sahel und die Befreiung des Küstenstreifens, daß nun die Weiterentwicklung der Infrastruktur in den befreiten Gebieten ohne permanente militärische Bedrohung aus dieser Region verstärkt werden kann.

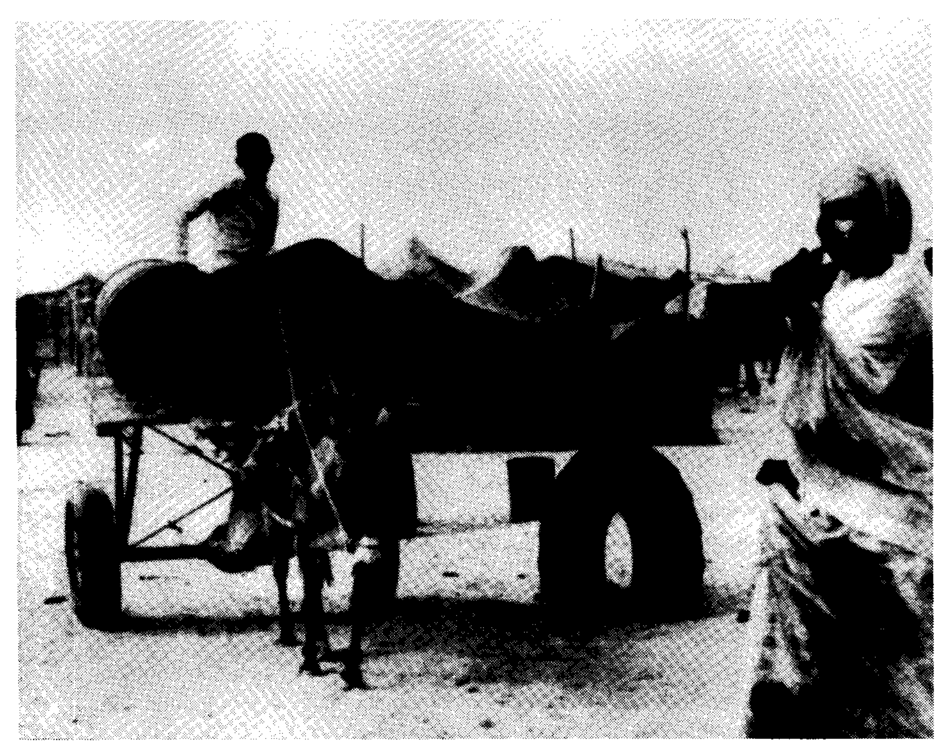
Ursula Eid/Bernd Vollmer

Nachrichten und Berichte zu: Mauretanien

Zur Lage der Sklaven

1960 wurde der westafrikanische Staat Mauretanien von den franzözischen Kolonialherren in die Unabhängigkeit „entlassen". Zwar ist Mauretanien seit dieser Zeit präsidiale, islamische Republik doch außer der Einheitspartei PPM (Parti du Peuple Mauritien) wurde nach und nach jede Opposition unterdrückt. Seit Juli 1978 beherrschen die Militärs die Szene. Die Annexion des Südteils der Westsahara und der damit verbundene Konflikt mit der Befreiungsbewegung POLISARIO brachten das Land an den Rand des Zusammenbruchs, ein Grund für die Armee, Präsident Ould Daddah zu stürzen und die Verfassung außer Kraft zu setzen. Auch die PPM wurde aufgelöst. Seitdem liegt die oberste Gewalt beim „Comité militaire de salut national" CMSN. Eine versprochene und eingeleitete Demokratisierung wurde nach einem Putschversuch im März 1981 wieder abgebrochen. Im März 1984 geriet Präsident Oberstleutnant Mohamed Khouna Ould Haidalla in Schwierigkeiten. Die Anerkennung der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" (ehemals Westsahara) führte zum Rücktritt einiger Minister.
Die Weltöffentlichkeit beschäftigt Mauretanien allerdings nicht so sehr wegen der diktatorischen Militärherrschaft. Ein anderes Problem steht eher im Vordergrund: Die Sklaverei in einem Land, das mit seinen 1.682000 Einwohnern zu den 35 ärmsten Staaten der Welt gehört.

Der Archäologe und Schriftsteller John Mercer – er starb 1982 im Alter von 48 Jahren – hat sich mit der Sklavenfrage intensiv beschäftigt, ebenso wie die britische „Anti-Slavery-Society" und nicht zuletzt die „Gesellschaft für bedrohte Völker".
„Der Zeitsklave muß gegen sechs Uhr als erster aufstehen ... und ist auch beim Zubettgehen der letzte. Der Sklave erhält keinerlei Gehalt, nur wenig Nahrung und schlechte Kleidung und Behausung. Der Sklave bereitet das Essen des Herrn zu, erhält aber selbst nur die Hülsen der zerstampften Hirse".
Dies sind Auszüge aus einem vor etwa zwei Jahren von John Mercer mit einem jungen Mauretanischen Sklaven geführten Gespräch. Noch immer beklagen Menschenrechtsorganisationen und auch die Vereinigten Nationen die Lage von etwa 40000 „versklavten" Menschen in Mauretanien. Die islamische Republik hat zwar schon drei Mal (1960, 1961 und 1980) offiziell die Sklaverei abgeschafft, allerdings bisher ohne sichtbare Folgen.
Auch die französischen Kolonialherren erließen bereits 1905 ein entsprechendes Dekret, freilich ohne konkrete Verbesserungen zu bewirken. Zuletzt im Juli 1980 erklärte die Militärregierung unter Oberstleutnant Mohamed Khouna Ould Haidalla die Sklaverei für definitiv beendet. Sie sei ein Hindernis für die nationale Entwicklung und für die soziale Gerechtigkeit.
Die Sklaverei in Mauretanien hat eine lange Tradition. Schon vor Jahrhunderten begannen sich die „weißen" Mauren, ein von den Arabern unterworfenes, nomadisierendes Berbervolk Sklaven zu halten. Zu dieser Zeit stießen diese Nomadenvölker nach Süden vor, bekämpften und unterwarfen zum Teil dort ansässige schwarzafrikanische Stämme. Einerseits wurden diese Stämme in das bestehende System von Tributpflichtigkeiten einbezogen, andererseits wurden aber auch Schwarze entführt und zur Sklavenarbeit in den saharischen Salzlagerstätten und Dattelpalmhainen gezwungen.
Den Franzosen, die das heutige Gebiet Mauretaniens willkürlich durch ihren Rückzug 1960 zu einem Staat machten, war die Sklaverei trotz des Verbots von 1905 nützlich. Um ihre Herrschaft über die riesigen Wüstengebiete sichern zu können, bedurfte es nämlich der Kooperation mit den ansässigen Eliten. Die Macht dieser Eliten gründet aber in wesentlichen Teilen auf Sklavenarbeit. Gleichzeitig allerdings förderten die Franzosen, um der wachsenden Abwanderung freigekommener Sklaven nach Süden entgegenzuwirken, die Gründung sogenannter „Edebaye-Dörfer", in denen entflohene und freigelassene Sklaven mehr oder weniger autonom leben konnten. Die endgültige Lösung des Problems freilich wurde mit der Unabhängigkeit den mauretanischen Eliten übertragen.
Im Jahre 1980 zählten etwa 41 Prozent der Bevölkerung Mauretaniens zu Sklaven oder Tributpflichtigen. 43 Prozent waren Mauren, 16 Prozent Schwarzafrikaner.
Die Sklaven selbst bezeichneten sich als „schwarze" Mauren, schon seit Jahrhunderten fühlen sie sich nicht mehr als Teil der schwarzafrikanischen Gesellschaft des südlichen Sahels. Seit der Unabhängigkeit heißen sie „Hartani" (Mehrzahl „Haratin") auf Hassania, dem maurischen Dialekt der arabischen Sprache. Das bedeutet soviel wie „Befreiter", ein zynischer Ausdruck angesichts der tatsächlichen Verhältnisse.
Soweit bekannt arbeiten die Sklaven, die meist durch Geburt in ihre mißliche Lage geraten, heute in den Erzgruben des Landes. Ihr „Patron" vermietet die Sklaven, ihren Lohn bekommen sie nie zu sehen. Daneben sind die Sklaven auch als Viehtreiber oder Haushaltshilfen tätig. Außerdem bestehen noch zahlreiche Tributpflichtigkeitsverhältnisse zwischen verschiedenen Stämmen. Jährlich ist ein bestimmter Teil des Fischfangs oder der Ernte abzutreten.
Im Oktober 1981 legte die „Anti-Slavery-Society" der „UN-Experten-Arbeitsgruppe für Sklaverei" einen Bericht zur Situation der Haratin und der Sklaven in Mauretanien vor: Noch immer gäbe es rund 100000 Sklaven sowie 300000 ehemalige Sklaven und 36000 Tributpflichtige.
Die mauretanische Regierung beurteilt die Situation natürlich differenzierter. Natürlich habe es „gewisse Formen der Sklaverei" gegeben, aber niemals „Formen der klassischen Sklaverei". Noch bis 1980, so erklärt der Botschafter Mauretaniens in der Bundesrepublik, Nalla Oumar Kane, habe die „paradoxe Situation" bestanden, daß die Sklaverei zwar juristisch nicht existierte, jedoch in „versteckten Formen" andauerte. Seit 1980, mit dem neuen Dekret, gibt es nach seinen Angaben keine Sklaverei mehr: Schon damals habe die Zahl der Sklaven, die durch das Dekret befreit worden seien „kaum einige Tausend" überschritten und „erreichte in keinem Fall die Zahl von 100000".
Die Haratin begannen sich Mitte der siebziger Jahre selbst zu wehren. 1974 gründeten sie die Befreiungsbewegung „El Hor". Ziele der Bewegung sind die Abschaffung der Sklaverei, Gleichberechtigung aller



Der Wasserhändler kommt in die Slums von Nouakchott. *Foto: Petra Viola Wiegers*

Mauretanier und vor allen Dingen Entschädigungen und finanzielle Unterstützung für die freigelassenen Sklaven.

Viele der Haratin haben momentan nämlich noch wenig von ihrer Freiheit. Mangels Geld und Boden landen sie in den Slums der Hauptstadt Nuakschott. Die Aussichten auf einen Arbeitsplatz in einem der ärmsten Länder der Welt, daß derzeit rund 90 Prozent seiner Nahrungsmittel einführen muß, sind mehr als schlecht.

Noch immer freilich werden Sklaven von ihren Herren mit Hilfe der Polizei zurückgeholt, entweder weil sie angeblich gestohlen haben oder noch einen Tribut „schulden".

„El Hor" versucht seine Ziele mehr und mehr öffentlich kund zu tun, auch mit Demonstrationen, wenn etwa, wie im Februar 1980, Sklaven auf Märkten öffentlich feil geboten werden. Die Regierung ging gegen solche Kundgebungen scharf vor, Verhaftungen und auch Folterungen sind bekannt geworden. Mittlerweile dulden die Militärs mehr oder weniger die „nicht legale" Bewegung, allerdings nur solange sie sich „im Rahmen der Anstrengungen zur Befreiung der ehemaligen Sklaven" bewege (Botschafter Kane).

Der innere und äußere Druck hat mittlerweile bei der Militärregierung gewisse Spuren hinterlassen. Hatten die Militärs anfangs die Vorwürfe der „Anti-Slavery-Society" noch deutlich zurückgewiesen, so lenkten sie Ende 1981 ein und luden eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen nach Mauretanien ein.

Ende Januar reisten nun fünf Experten in der westafrikanischen Staat und nahmen in der Hauptstadt Nuakschott und in mehreren kleineren Städten Kontakt zu Haratin, zu „El Hor" und zu Behörden auf. Nach dem Besuch ergab sich nach Angaben der GfbV Gesellschaft für bedrohte Völker ein verhalten optimistisches Bild von den Bemühungen der Regierung, den Zustand der Sklaverei wirklich zu beenden. Immer noch gibt es freilich 40000 bis 50000 Sklaven.

Die Lösung des Problems gestaltet sich auch angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage in Mauretanien sehr schwierig. Gerade und vor allem dies betont Botschafter Kane, wohl auch um die Schuld der Herrschenden an der derzeitigen Lage herunterzuspielen: „Die Ausrottung des Problems kann nicht losgelöst werden von der Suche nach adäquaten Lösungen für die zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes." Vor allem angesichts der ungünstigen Weltwirtschaftslage und und der anhaltenden Dürre in der Sahel-Zone. Deshalb teilt die Regierung mittlerweile ehemaligen Sklaven Land zu, sie richtet zusätzliche Schulen ein und verstärkt allgemein die Ausbildungsbemühungen.

Vergessen wird dabei von der Regierung, daß bis vor kurzem geplant war, die Herren für freigelassene Sklaven zu entschädigen. Und dies trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Nach dem Saharakrieg von 1976 bis 1979 und immer wiederkehrenden Dürreperioden, durch die Mauretanien noch ärmer geworden ist, wuchsen die Hilfeleistungen aus dem Ausland, vor allem von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Doch die Hilfsgüter gelangen des öfteren in die falschen Hände, die von Dürre und Armut mit am stärksten betroffenen Haratin erreichen sie nicht. Die mauretanische Militärregierung glaubt (nach über 20 Jahren!) die wichtigen ersten Schritte zur „Ausrottung dieser Geißel" (Botschafter Kane) getan zuhaben. Vor allem habe man öffentlich die Mißstände eingestanden und „eine Politik zur Gleichberechtigung" aller Bürger eingeleitet.

Im August wird die oben erwähnte UN-Kommission vor der Menschenrechtskonvention über ihre Erfahrungen in Mauretanien berichten.

Rolf Obertreis

Quellen: John Mercer, Die Haratin, Mauretaniens Sklaven, Göttingen 1982
Spiegel, FAZ, Evangelischer Pressedienst, Monitordienst
Gesellschaft für bedrohte Völker Mauretanische Botschaft Bonn

Nachrichten und Berichte zu: Guinea

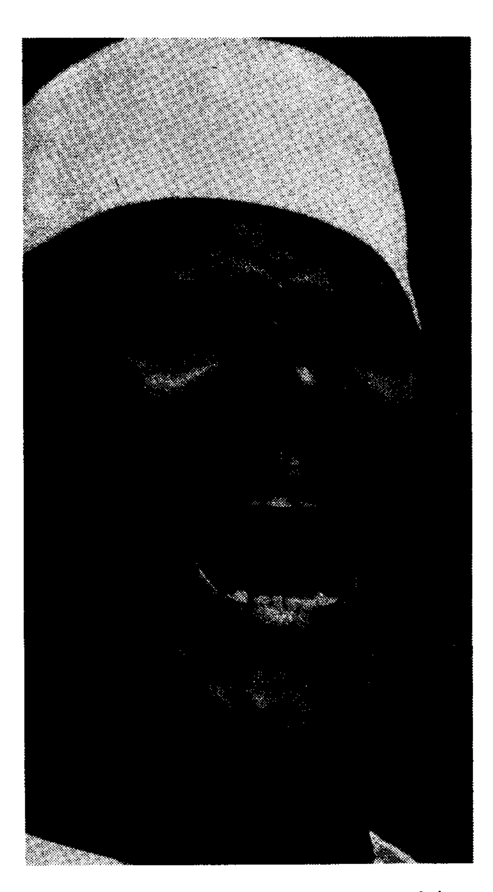
Sekou Touré ist tot

Sein Regime überlebte ihn nur wenige Tage

Am 12. März 1984 starb in den USA der Präsident der Demokratischen Volksrepublik Guinea, Ahmed Sékou Touré. Neben Kenneth Kaunda (Sambia) und Julius Nyerere (Tansania) gehörte er zu den letzten „Gründungsvätern" der OAU. Obwohl nur Machthaber in einem mittelgroßen westafrikanischen Land (246000 km²) war er weltweit bekannt und umstritten, als Symbolfigur des fortschrittlichen Afrika und einer der schlimmsten Kerkermeister des Kontinents.

Er stammt aus der westafrikanischen Gewerkschaftsbewegung und stand im Bunde mit antikolonialistischen Kräften in ganz Französisch-Westafrika, als Frankreich Ende der 50er Jahre daran ging, seine Beziehungen zu den Kolonien neu zu ordnen. Indochina war damals bereits verloren gegangen, Algerien sollte auf ewig zu Frankreich gehören, aber mit den afrikanischen Kolonien wollte die Metropole eine besondere französische Einflußzone bilden, die „Gemeinschaft".

Die westafrikanischen Politiker spalteten sich in zwei Lager. Die einen wollten vollständig mit Frankreich brechen und echte Unabhängigkeit. Zu ihnen gehörten neben Sékou Touré Leute wie Modibo Keita (Mali), Djibo Bakary (Niger) und, in Zentralafrika Felix Moumié (Kamerun). Frankreich förderte die andere Gruppe, die vor-



sichtig auf den vorhandenen kolonialen Strukturen aufbauen wollte. Modibo Keita wurde unter Druch gesetzt. Djibo Bakary kaltgestellt, Felix Moumié ermordet. Das Projekt der „Gemeinschaft" hielt nicht lange, aber auf französischen Druck etablierten sich fast überall Regimes, die Paris genehm waren. Anfang der 60er Jahre konnte sich Paris dann bester Beziehungen zu den meisten Ex-Kolonien erfreuen.

Sékou Touré wurde von Frankreich wohl eher unterschätzt und möglichweise war es im Grunde dies und ein respektloser Umgang mit ihm, der den Bruch provozierte. Als Charlles de Gaulle 1958 in der guineischen Hauptstadt Conakry um ein „Ja" des Territoriums für die Gemeinschaft warb, mußte er in der Territorialversammlung vom jungen politischen Führer des Landes, Ahmed Sékou Touré, hören: Wir ziehen die Armut in der Freiheit dem Reichtum in der Sklaverei vor". Einen Monat später stimmte Guinea als einziges Land gegen die „Gemeinschaft". Die Reaktion der Franzosen war kurzsichtig, dumm und brutal: die französischen Beamten und Techniker wurden umgehend zurückgerufen, das Inventar der Amtsstuben so gut es ging zerstört oder mitgenommen. Was dem französischen Staat gehörte sollte nicht in Guinea bleiben, die Guineer sollten sehen, wie sie fertig würden.

Sékou Touré hatte seinen Ruf weg: er war der Einzige, der es gewagt hatte, zu de Gaulle „Nein" zu sagen. Guinea hatte die alten Fesseln abgestreift und würde nun, so schien es vielen, ohne große Mühe die Früchte der Freiheit pflücken. Es kam anders und die Zeche der Großen, die hochfliegende Pläne machten, zahlte, wie in solchen Fällen üblich, das Volk.

Dabei sah es ja garnicht so schlecht aus. Andere afrikanische Länder führten ja auch eine unabhängige Politik, z. B. das Ghana N'krumahs oder die Ägypten Nassers. In Algerien tobte der Befreiungskampf und in den portugiesischen Kolonien fing es an zu rumoren. Man konnte ja auf die Sowjetunion als mächtigen fortschrittlichen Aliierten hoffen.

Schließlich war Guinea reich, landwirtschaftlicher Selbstversorger, aufgrund guter klimatischer Bedingungen großer Agrarexporteur und quoll über von Bodenschätzen: Bauxit, Eisenerz, Uran, Diamanten u. v. a. m. Die Wasserkraftreserven versprachen eine gute Energieversorgung. Gegenüber dem zurückgebliebenen Elfenbeinküste bot Guinea hervorragende Entwicklungschancen.

Es zeigte sich bald, daß Guinea aus eigener Kraft nach dem Auszug der Franzosen und der weitgehenden verstaatlichung französischer Interessen seinen Entwicklungsstand nicht halten, geschweige denn nachhaltig verbessern konnte. Die sowjetische Hilfe erwies sich als den Bedürfnissen des Landes wenig angepaßt. Die neue Landeswährung verlor rasch an Wert, ein umfassender wirtschaftlicher Verfall setzte ein.

Nach und nach entwickelte Sékou Touré die klassische Einparteiendiktatur. Das Volk erfuhr umfassende Bespitzelung, lernte, zu schweigen, wenn es nicht gebeten war, revolutionäre Parolen zu rufen. Man ließ auf der Parteiversammlung die Revolution hochleben und machte dann seine kleinen Schwarzgeschäfte, um durchzukommen: „se debrouiller manière -manière" wurde zur Lebensstil. Die Macht in Politik, Verwaltung und Wirtschaft wurde von einer bedingungslos mit Sékou Touré verbündeten Führungsclique ausgeübt, die, insofern nicht nur für Guinea typisch, durch Appetit, Korruption und Inkompetenz geprägt wurde. Eine hemmungslose Bevorzugung der städtische Massen hemmte die Produktivkraft der Landbevölkerung, die Intelligenz wurde durch die Repression verjagt, der Privathandel wurde konsequent bekämpft, das Bildungswesen vernachlässigt und ausländische Hilfe durch den „revolutionären" Weg gebremst. Die Nachdrücklichkeit, mit der eine bürokratische Führungsclique mit dem Ruf nach eigenständiger Entwicklung genau diese verhinderte, ist schon bemerkenswert.

Guinea wurde ein Land, das ständig Opfer angeblicher oder echter Verschwörungen wurde. Schon vor der Unabhängigkeit ging Sékou Touré gegen mutmaßliche Gegner vor. 1960 wütete er gegen die Peulh-Aristokratie, 1961 gegen die marxistischen Intellektuellen, 1965 gegen die Händler, 1969 gegen das Militär, 1970 gegen die Exil-Guineer und Alten Kämpfer der französischen Kolonialarmee, 1976 erneut gegen die Peulh.

Mitte der siebziger Jahre war man am Ende. Im Innern hatte man mit ernsthafter Gegnerschaft von seiten der Marktfrauen zu tun, im Äußern brauchte man dringend neue Freunde. Aus einziger Wirtschaftszweig des revolutionären Guinea arbeiteten problemlos nur noch — die amerikanischen Bauxitminen als Staaten im Staate. „Sékou Touré, der „Große Elefant, Symbol der Weisheit und Kraft", hatte tausende von wirklichen oder vermeintlichen Intellektuellen in fürchterlichen Konzentrationslagern umbringen lassen, darunter Diallo Telli, erster Generalsekretär der OAU, der wie viele in der Haft verhungerte und verdurstete. Über zwei Millionen Guineer waren aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen emigriert. Die Zurückbleibenden lebten in Armut und Furcht.

Sékou Touré führte in dieser Situation einen allmählichen Kurswechsel durch und arrangierte sich mit dem Westen, lockerte den strikt bürokratischen Entwicklungskurs etwas und knüpfte, als Führer eines weitgehend islamischen Landes, einträgliche Kontakte mit der arabischen Welt. Auf afrikanischer Ebene profilierte er sich als Staatsmann, sogar im iranisch-irakischen Krieg wollte er vermitteltn.

Er war kein Psychopath wie Macias Nguema (Äquatorial Guinea) oder der Ugander Idi Amin, sondern ein marxistisch gebildeter, glänzender, charmanter und oft überzeugender Redner. Sich selbst hielt er für einen Humanisten. Nach Art vieler afrikanischer Staatsführer kümmerte er sich rührend um seine Freunde — nur seine Gegner, die waren es nicht wert, als Menschen behandelt zu werden. Er vertrug keinen Widerspruch und die Verletzung der Menschenrechte war für ihn das Geheimnis des politischen Überlebens: „Wenn du im Land der Hyänen nicht die Hyäne spielst, wirst du gefressen".

Bei seiner Trauerfeier in Conakry waren zahlreiche Staatsoberhäupter und hochrangige Delegierte anwesend. Unweit des Ortes, wo Diallo Telli gestorben war, pries Sékou Tourés Nachfolger Lansana Beavogui das Denken des "unsterblichen„ Politikers, „der den Humanismus so weit wie kaum jemand gebracht hat".

Die Militärs schauten zu und warteten ab. Kaum waren die illustren Gäste fort, übernahmen sie die Macht.

Die Bevölkerung scheint mit Freudenkundgebungen reagiert zu haben. Das Programm der Militärs scheint von amnesty international inspiriert zu sein: man leerte die Konzentrationslager, verbot die Einheitspartei, setzte die Verfassung außer Kraft, versprach bürgerliche Freiheiten. Die Armee, Randfigur unter Sékou Touré, rückte ins Rampenlicht.

Die Wertung des Toten durch die neuen Machthaber war zwiespältig: „Wenn im Ausland die Arbeit Sékou Tourés von Erfolg gekrönt war, so war es nicht ebenso im Inneren, wo unter dem Einfluß seiner unehrenhaften Kampfgenossen und dem Druck seine Familienclique die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft schnell verflogen ist", verkündeten die Militärs.

as

Mittelamerika: Der Kr

Wahlen, Wahltermine bestimmen das politische Geschehen in Mittelamerika 1984: Präsidentschaftswahlen in El Salvador, Wahlen in Nicaragua und der Wahltermin in den USA. Wahlen sollen Herrschaft legitimieren, nach innen und -nach außen: Mit „demokratischen Wahlen" in El Salvador und der vom CIA massiv unterstützen Wahl des Christdemokraten Duarte soll einem oligarchischen Herrschaftssystem neue Legitimität verliehen werden, dessen Militär und Mordschwadronen siet 1980 40.000 Menschen umgebracht haben; sie sollen als Legitimation vor der US-amerikanischen und Weltöffentlichkeit für erneute massive Militär- und „Entwicklungs"-Hilfe dienen. Die Wahlen in Nicaragua sollen die Revolution, die vor fünf Jahren eine 40jährige, von den USa gestütze Diktatur, beendete, Legitimität verleihen; Legitimität, die Volksaufständen und Befreiungsbewegungen von der Reagan-Administration a priori abgesprochen wird. Für sie sind alle Konflikte in der Region Ausdruck einer Intervention „der anderen Seite" im Rahmen des weltweiten Ost-West-Konflikts. Aber auch die westlichen „Freunde" Nicaraguas, wie die Mitglieder der „Sozialistischen Internationale", machen einen sich in Wahlen manifestierenden „Pluralismus" zur Vorbedingung ihrer Unterstützung. Der Termin für die Wahlen in Nicaragua ist unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen in den USA, da dann die Gefahr einer Invasion am größten erscheint.

Der Krieg ist zur bestimmenden Realität in Mittelamerika geworden. Die Menschen in El Salvador hatten lediglich die „Wahl" zwischen zwei Vertretern der herrschenden Oligarchie, die sich im Krieg mit der Opposition befindet. In Nicaragua soll der massive wirtschaftliche Krieg, mit dem die USA das Land überziehen, der Revolutionsregierung mittels einer Zuspitzung der Versorgungslage die Unterstützung durch das Volk entziehen. Indem das Land immer stärker in eine direkte militärische Auseinandersetzung gezwungen wird. mit der Notwendigkeit zu Verteidigungsbereitschaft, Wachsamkeit und Kontrolle, wird der Versuch offenbar, die Wahlen ganz und gar unmöglich zu machen. Die Wahlen in Honduras 1982, bei denen die Liberale Parteil aufgrund reformistischer Zusagen gewählt worden war, wurden weithin als „Wahlen gegen das Militär" interpretiert. Das Volk hatte aber keine Wahl gegen das Militär. Während Versprechungen wie Landreform und Demokratisierung leere Worthülsen blieben, hat das Militär seine beherrschende Stellung in der honduranischen Gesellschaft behalten und die ihm zugedachte Rolle in der Strategie der USA übernommen. Das Land wurde zum permanenten Stützpunkt und Aufmarschbasis der USA gegen Nicaragua und El Salvador. Diejenigen, die die Versprechungen beim Wort genommen haben, werden Opfer staatlichen Terrors und Repression, wie der Beitrag über eine Landbesetzung, **Eine Landreform aus Papier**, deutlich macht. **„Wir haben keine Wahl"** schreibt eine Frau aus Colomoncagua. Colomoncagua ist ein Lager solvadorianischer Flüchtlinge in Honduras: Ein aktueller Bericht von Rose Gauger mit dem Brief hat uns soeben erreicht. Krieg gegen das Volk ist seit der militärischen Intervention des CIA gegen die reformistische Regierung Arbenz 1954 in Guatemala Alltag. Daß er in den vergangenen Jahren noch schlimmere Formen angenommen hat, zeigt der Beitrag von Albert Recknagel: **Horror ohne Ende?** Wahlen vermögen die Herrschaft der Oligarchie in Guatemala schon lange nicht mehr zu legitimieren: Zwei Drittel der Bevölkerung nehmen überhaupt nicht mehr daran teil. Die indianische Bevölkerungsmehrheit hat angesichts der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nur noch die Wahl, bewaffnet Widerstand zu leisten.

Die Autoren dieses Heftes stellen die Frage nach Wahl-Möglichkeit als Ausdruck von Selbstbestimmung aber nicht nur unter dem Aspekt der imperialistischen Intervention von außen. Es geht ihnen um die inneren Strukturen gerade auch der Befreiungsbewegungen oder neuen wirtschaftlichen und sozialen Organisationsformen, die



Brennende Öltanks in Puerto Corinto, 10. Okt.

ieg läßt keine Wahl

im Kampf gegen das traditionelle Herrschaftssystem entstanden sind. Rose Gauger stellt die Frage nach innerer Struktur und Legitimation der Führung der salvadorianischen Befreiungsbewegungen, in denen die Auseinandersetzung um die richtige Linie auch mit Mitteln des politischen Mordes geführt worden ist. Michael Rediske untersucht den Rückhalt der Sandinisten in der nicaraguanischen Bevölkerung angesichts der bevorstehenden Wahlen und problematisiert die realen Selbstbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten einer Situation, in der die einzige Möglichkeit, die bleibt, „zwischen Revolution und Konterrevolution" zu wählen. Insbesondere stellt er die Frage nach der Institutionalisierung der Revolution, d. h. welche Rolle die sandinistischen Massenorganisationen nach den Wahlen übernehmen sollen, und in wieweit sie heute reale Partizipationsmöglichkeiten bieten. Beide Beiträge machen auf blinde Flecken im Weltbild einer Solidaritätsbewegung aufmerksam, die angesichts zunehmender US-Intervention die Gestalt der zu erkämpfenden Neuen Gesellschaft nicht aus den Augen verlieren darf.



1983.

Letztlich werden die Wahlen in den USA darüber entscheiden, ob den Völkern Mittelamerikas und der Karibik der Weg in die Selbstbestimmung eröffnet werden kann. Im Januar 1984 veröffentlichte PACCA, ein Institut, das politische Alternativen für Mittelamerika und die Karibik sucht, eine Studie: „Changing Course" (Kurswechsel). Aus einem anderen Verständnis US-amerikanischer Interessen heraus, wird dort eine Politik der Nicht-Intervention, des Respekts vor Selbstbestimmung und den Menschenrechten, formuliert und ein alternatives Entwicklungsprogramm in bezug auf Verschuldung und die Rolle multinationaler Konzerne vorgestellt. Dieses Programm wird von drei Präsidentschaftskandidaten, 240 Wissenschaftlern der LASA (Latin American Studies Association), dem Nationalen Rat der Kirchen und den wichtigsten Organisationen der Schwarzen, Latinos und Frauen in den USA unterstützt. Desgleichen haben Sozialwissenschaftler aus Mittelamerika und der Karibik zusammen mit Kollegen aus Europa, den USa und Kanada in der Resolution von Den Haag im Mai 1983 eine **Alternative Politik** formuliert. An der Ausarbeitung beider Dokumente war Xabier Gorostiaga vom nicaraguanischen INIES-Institut beteiligt. Die mit der Invasion Grenadas in den USA noch gestiegene Popularität Reagans zeigt, wie wenig Anlaß derzeit zur Hoffnung auf einen Kurswechsel besteht. Beide Dokumente machen aber deutlich, welche Bedeutung eine andere Politik der Zentren gebenüber der Dritten Welt hat.

Die Miskito-Indianer in Nicaragua sind in dem Krieg völlig zwischen die Fronten geraten. Der Beitrag von Robin Schneider macht deutlich, in welche Ferne die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung für sie gerückt ist. Die Horrormeldungen über angeblich von den Sandinisten ermordete 15.000 Miskitos sind jedoch offensichtlicher Ausdruck des propagandistischen Krieges, der gegen Nicaragua geführt wird. Die Stellungsnahmen internationaler Hilfsorganisationen, die sich der Sache der Miskitos angenommen haben, wie der Gesellschaft für bedrohte Völker und amnesty international sprechen für die Unhaltbarkeit derartiger Anschuldigungen.

Wir verstehen es als Aufgabe der Solidaritätsbewegung für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker in Mittelamerika einzutreten, sowie für reale Partizipationsmöglichkeiten der Menschen am gesellschaftlichen Prozeß. Das erfordert eine stärkere Fixierung auf den Kampf um eine andere Politik unserer eigenen Länder gegenüber der Region und eine Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit den Befreiungsbewegungen — auch in schweren Zeiten.

Red./Ch. K.

Literatur

Changing Course, Blueprint for Central America and the Caribbean, PACCA, N. Y., 1984

Eine alternative Politik für Zentralamerika und die Karibik, Den Haag-Resolution, entwicklungsperspektiven, ladok 12, Gesamthochschule Kassel, 1984

Jubelsolidarität geg

Der folgende Beitrag zu El Salvador faßt nicht nur die Ereignisse zusammen, die aus den letzten zwei Jahren — einer langen Berichtpause in den „blättern des iz3w" — erwähnenswert sind. Vielmehr ist es ein zentrales Anliegen der Autorin, die mangelhafte Offenheit der FDR/FMLN gegenüber ihrer Basis in El Salvador und der Solidaritätsbewegung hier zu kritisieren, sowie in diesem Zusammenhang die allzu große Kritiklosigkeit der bundesdeutschen El-Salvador-Gruppen anzugreifen. Weder dort noch hier wurde sich die Frage gestellt, welche Salvadorianer sich nun wirklich hinter den 60 % Stimmenanteil verbergen mögen, die 1982 bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zu einem Sieg des Rechtsradikalen Roberto D' Aubuisson und seiner ultrarechten Parteienallianz führten. Massiver Wahlbetrug war mit Sicherheit im Spiel, aber es scheint leichtfertig und gefährlich, damit alles erklären zu wollen. Eine Analyse der Auswirkungen der ökonomischen und politischen Situation auf das politische Bewußtsein der verschiedenen salvadorianischen Bevölkerungsgruppen fehlt bis heute. Auch der vorliegende Beitrag leistet sie nicht, ein wesentlicher Mangel, der jedoch von uns in Kauf genommen wurde, weil der Artikel für die Solidaritätsbewegung hier wichtige Gedanken enthält. Insofern schafft er die blinden Flecken unserer politischen Wahrnehmung zwar nicht weg, er macht uns aber auf sie aufmerksam und drängt uns zur Auseinandersetzung.

Der vorliegende Beitrag erreichte uns vor der notwendig gewordenen Stichwahl zu den Präsidentschaftswahlen in El Salvador. Inzwischen steht fest, daß der Ex-Präsident (bis 1982) Napoleón Duarte als Sieger daraus hervorgegangen ist. Politisch wird dadurch keine Wende im Lande vollzogen werden. Wichtig aber ist der Sieg Duartes für die Imagepflege im Ausland: US-Präsident Reagan ist an dem Wahlsieger Duarte gelegen, um seine waffenklirrende Mittelamerika-Politik im eigenen Lande weiter vertreten zu können. So wurde dann auch prompt nach dem Wahlsieg Duartes die US-Militärhilfe um weitere 61,8 Mio. Dollar (zusätzlich zu den bereits laufenden 64 Mio. Dollar) durch den Kongreß aufgestockt. Die im Nachhinein bekanntgewordene CIA-Unterstützung Duartes im Wahlkampf scheint also gelohnt zu haben.

Ein weiterer außenpolitischer Effekt, den der Wahlsieg Duartes hatte, ist vor unserer eigenen Haustür zu beobachten: Die Bundesregierung der BRD

Wer heute über El Salvador berichten will, begibt sich auf ein schwieriges Terrain. Die Informationen sind unvollständig und widersprüchlich und wir haben in den letzten beiden Jahren viele offene Fragen unbeantwortet stehen lassen. An diesen Zustand haben sich viele Aktivisten in der Solidaritätsbewegung gewöhnt, wenn nicht ihren Teil dazu beigetragen.

Wenn ich im folgenden versuche, einen Überblick darüber zu geben, was in El Salvador seit den Wahlen 1982 passiert ist, werde ich nichtdestotrotz das alles noch einmal zur Sprache bringen. Ich werde die rasch verheilten Wunden wieder öffnen, denn ich sehe in der Oberflächlichkeit unseres Aktivismus große Gefahren.

Der nämlich glaubt unerschütterlich daran, daß die Guerilla alles kann, daß sie stark ist und uns nie enttäuschen wird. Wenn sie nicht siegt, dann liegt das einzig an den USA, gegen die niemand etwas machen kann. In diesem Jubel wirkt es lästig, wenn man plötzlich erfährt, daß es mit der angenommenen Klarheit lange nicht so einfach ist, daß es Streit gibt und Differenzen um den richtigen Weg. Da ist man froh, wenn die FMLN gleich wieder verkündet, jetzt sei alles vorbei und es gebe keine Probleme mehr.

Wie oft werden wir uns noch überraschen lassen?

In den Wahlen zur Nationalversammlung, die im März 1982 in El Salvador stattgefunden haben, bekamen die extremen Rechten über 50 % der Stimmen. Der Chef der Todesschwadrone und der ARENA-Partei Roberto D'Aubuisson ging als Sieger aus ihnen hervor. Weder die USA NOCH DIE FDR/FMLN hatten mit einem derartigen Ergebnis gerechnet. Reagan hatte den Christdemokraten Duarte favorisiert, um ihn vor aller Welt als Garant demokratischer Verhäntnisse gegen die kommunistische Gefahr unterstützen zu können. Notdürftig versuchte er das Debakel zu kaschieren. So bewirkten die USA, daß anstelle von D'Aubussion ein unbescholteneres Individuum zum Übergangspräsidenten gewählt wurde. Bankier Magaña übernahm das Amt, an den Machtverhältnissen im Lande hat das selbstverständlich nichts geändert.

Die FDR/FMLN hat zunächst einmal beharrlich über das Wahlergebnis geschwiegen und ist uns bis heute eine Erklärung schuldig geblieben. Es gab lediglich ein paar Hinweise darauf, daß die Wahlen vollständig manipuliert gewesen seien und hin und wieder die Bemerkung, daß man eben nicht mit so breiten faschistischen Schichten in der Bevölkerung gerechnet habe.

Man hätte damals gründlich diskutieren müssen, weshalb sich die Opposition in einem so entscheidenden Punkt hatte täuschen können und was dies für Konsequenzen haben müsse.

Im Rahmen einer Wahlanalyse gab das iz3w in Freiburg seiner Besorgnis darüber Ausdruck, daß eine derart wichtige politische Angelegenheit von der FMLN nicht aufgegriffen wurde (vgl. blätter des iz3w Nr. 101). Das Echo blieb aus.

Danach ging man allenthalben zur Tagesordnung über. Das hieß für die Solidaritätsbewegung: Fortsetzung der Bürgerkriegsberichterstattung, Zählen von Schlachten und Offensiven, Verbreitung offizieller Verlautbarungen der FDR/FMLN.

Bei den meisten war das Unbehagen über die offenen Fragen anlässlich der Wahlen bald vergessen. Genau ein Jahr lang ging auch alles gut.

1982: Militärische Stärke, politischer Druck

Die US amerikanische Hilfe für die salvadorianische Armee lief nach den Wahlen in noch nie zuvor gekannten Dimensionen weiter. Sie sollte die regierungsfreundlichen Soldaten so rasch wie möglich in die Lage versetzen, die Guerilla vernichtend zu schlagen. Aus dem Norden kamen Hubschrauber und modernstes Kriegsgerät, salvadorianische Soldaten wurden in den USA im Antiguerillakampf trainiert und im eigenen Lande von den dortigen Militärberatern betreut.

Ende Mai starteten die Regierungstruppen eine Offensive, die die Lage zu ihren Gunsten entscheiden sollte. In ihren Reihen kämpften zwei Elitebataillone, die kurz zuvor von einem Anti-Guerilla-Training aus den USA zurückgekehrt waren. Es kam zu schweren Kämpfen und kritischen Situationen für die Guerilla, die sich aber letzlich behaupten konnte. In den Augen der FMLN hat die damalige Niederlage der Regierungstruppen den Umschwung gebracht, durch den sich das bisherige militärische Patt zugunsten der Guerilla verschob. Sie

en US-Intervention

nimmt die Entwicklungshilfe-Zahlungen an El Salvador, die seit Februar 1980 unterbrochen waren (übrigens während der Regierungszeit Duartes!) wieder auf. Zur Begründung führt CSU-Minister Warnke an, mit der Wahl Duartes zum Staatspräsidenten sei eine wesentliche Voraussetzung für die Achtung der Menschenwürde und für eine ausgewogene soziale Entwicklung des Landes geschaffen worden. Vorgesehen sind Zahlungen in Höhe von 20 Mio. DM.

Die Bundesregierung kann sich diesen schlimmen Schritt offensichtlich leisten. Sie kann ihr Schärflein zur Aufwertung und Stabilisierung dieses unsäglich repressiven und blutigen Regimes anscheinend beitragen, ohne den massiven Protest einer kritischen Öffentlichkeit zu fürchten. Bedauerlicherweise regt sich bislang auch kein nennenswerter Widerstand.

Auch diese letzten Wahlen wurden wieder unter Bedingungen abgehalten, die keinen rechtmäßigen Ablauf garantieren konnten (z. B. konnte in rund 34 % aller Gemeinden nicht gewählt werden). Auch bei diesen Wahlen wurde wieder nach Kräften manipuliert. Eine Dokumentation über Hintergrund und Durchführung der Wahlen wurde von einer unabhängigen Beobachterdelegation erstellt, die im Auftrag von terre des hommes, medico international und der Christlichen Initiative El Salvador nach El Salvador entsandt worden war (Die Dokumentation ist auch über die genannten drei Organisationen zu beziehen)*. Doch auch heute sollten wir uns nicht zufrieden geben mit dem Betrugsargument. Wenn wir tatsächlich gesellschaftliche Prozesse verändern oder ihre Veränderung solidarisch unterstützen wollen, müssen wir zumindest bereit sein, die tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten zu sehen — auch wenn dadurch alles viel komplizierter wird. Die Realität mit unserem Wunschdenken („Das Volk steht aufseiten der kämpfenden Opposition!") verwechseln, wird in eine fatale Sackgasse führen.

(d. Red./mape)

*terre des hommes Deutschland e. V.
Postfach 4126
4500 Osnabrück

medico international e. V.
Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt am Main 1

Christliche Initiative El Salvador e. V.
Kardinal-V.-Galen-Ring 45
4400 Münster

stellte ihre neugewonnene militärische Kraft in einer Großoffensive im Oktober erneut unter Beweis. In dieser haben die landesweiten Aktionen der Guerilla gezeigt, „daß die Regierungsarmee nicht mehr in der Lage ist, die Kontrolle des Landes, seiner Verkehrswege und Energieversorgung zu gewährleisten" (A. Lüers IDES 107). Die militärischen Rückschläge hatten erwartungsgemäß zur Folge, daß es in den Reihen der Regierung, des Militärs und der Wirtschaft zu offenen Streitigkeiten kam. Die Moral in der Armee fiel auf den Nullpunkt. Die FMLN übergab demonstrativ die Gefangenen an das Rote Kreuz, was die Zahl der Überläufer erhöhte und derer, die sich freiwillig ergaben. Auch die USA waren nicht zufrieden, sie erteilten Rügen und gaben Ratschläge. Die Militärhilfe wurde weiter in die Höhe getrieben. Gleichzeitig wurde das Nachbarland Honduras zu einer hochtechnisierten Militärbase ausgebaut. Immer wieder eilten hondurenische Soldaten den Nachbarn zuhilfe. Sie waren dem Feind jedoch nicht gewachsen. „Die Streitkräfte (sind) machtlos" meldete der Korrespondent von apia im IDES. Diese Lage der Dinge schien der FDR/FMLN außerordentlich gut dafür geeignet zu sein, die andere Seite auch politisch unter Druck zu setzen. Am 26. Oktober 1982 schlugen in Mexico Stadt Guillermo Ungo und Guadalupe Martinez als Vertreter der FDR einen direkten Dialog ohne Vorbedingungen vor. Sie teilten mit, ein entsprechendes Angebot sei an die Regierung, die Streitkräfte und die Verfassungsgebende Versammlung in El Salvador ergangen. Im einzelnen hieß es dann: „Eine Gruppe von Unterhändlern soll erste Kontakte zwischen beiden Seiten schaffen, die Verfahrensregeln festlegen und die Teilnahme anderer gesellschaftlicher Gruppen regeln. Zum Zeichen der Ernsthaftigkeit der Gespräche sollen die von in- und ausländischen Zeugen beobachtet werden." (IDES 108)

Zweifellos erhoffte sich die Opposition von diesem Gesprächsvorschlag eine offene Spaltung im gegnerischen Regierungslager.

In einem Interview, das er einem Korrespondenten des „Guardian" am 4. 10. 82 gegeben hatte, erläutert das Mitglied der FDR Ruben Zamora die grundsätzliche politische Einschätzung, die dem Verhandlungsangebot zugrundelag. Er sagte u. a.: „D. h., daß wir uns an die Kräfte anzunähern versuchen, die sich von der Regierung wegbewegen und ihnen eine Lösung anbieten, die dem Volk und im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung ist." (IDES 109) Man wollte also alle diejenigen Kräfte zusammenbringen, die im Laufe der Zeit notwendig erkennen mussten, daß der eigentliche Gegner die ultrarechten Faschisten unter D'Aubuisson sind. Man rechnet damit, daß die ersten Antworten aus kirchlichen Kreisen kommen, zählt dann auf einige kleinere Parteien, auf Teile der Christdemokraten, auf Gewerkschaften, die noch nicht in der FDR organisiert sind und auf diejenigen Privatunternehmer, die zu der Überzeugung gekommen sind, daß eine militärische Lösung kein Ausweg für El Salvador sein kann.

Das Verhandlungsangebot stieß jedoch auf taube Ohren. Nur der Erzbischof von San Salvador Rivera y Damas ließ verlauten, er sei schon immer für Verhandlungen gewesen.

Die FDR/FMLN ließ sich durch dieses Schweigen nicht entmutigen. Sie erklärte, daß das Angebot eine längerfristige Perspektive verfolge, eine Art Stachel darstelle, der diejenigen, die mit D'Aubuisson nicht mehr einverstanden sein könnten, immer wieder mit der Frage konfrontiere, ob die Lösung, die die Opposition anstrebe, nicht die bessere sei. Man rechnete ebenfalls damit, daß es in den USA in der Öffentlichkeit und in der Demokratischen Partei breite Unterstützung für die Verhandlungslösung geben könnte. Vor allem deshalb, weil ein militärischer Sieg der Regierungskräfte über das Guerillaheer auch in den Augen Reagans an Wahrscheinlichkeit verlieren mußte.

Die FMLN erklärte um die Jahreswende 1982/83 wie auch in der Folgezeit, ihre außerordentliche militärische Stärke werde den Gegner nach und nach an den Verhandlungstisch zwingen. Auch schloß man nicht die Möglichkeit einer us-amerikanischen Intervention aus. Dabei wurde sehr wohl bemerkt, daß die USA darangegangen waren, Honduras zu einer Militärbase für ganz Mittelamerika auszubauen, wenngleich man glaubte, daß eine Intervention beim derzeitigen Kräfteverhältnis für die USA einen unabsehbaren Verschleiß an Kräften und Materialien bedeuten würde. Weiterhin wurde vermutet, daß eine jahrelange Besetzung mehrerer Länder auch für

Reagan politisch nicht durchsetzbar sei, daß sich außerordentlicher Widerstand dagegen erheben würde. Es schien also ziemlich einleuchtend, daß die FMLN gute Chancen hatte, im Falle einer weiteren Demoralisierung und Zermürbung der Armee schließlich zum gewünschten Dialog zu gelangen.

Ein Putschversuch des Oberst Ochoa gegen Verteidigungsminister Garcia Anfang 1983 schien die Zerrüttung der Streitkräfte nur noch zu bestätigen. Ochoa warf Garcia Unfähigkeit vor. Die Mächtigen im Lande verloren offensichtlich den Boden unter den Füßen. Dazu kam, daß es aus den USA eine Reihe zweifelnder Stimmen gab, ob der Kurs, den man verfolge der richtige und die Herren, die man so tatkräftig unterstütze die geeigneten seien. US Botschafter Hinton drohte sogar den reaktionären Kreisen El Salvadors mit der Einstellung nordamerikanischer Hilfe. Ebenfalls zu Jahresbeginn 83 trafen sich auf der Insel Contadora die Außenminister von Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela. Sie verabschiedeten eine Erklärung, in der es hieß, daß die Konflikte in Mittelamerika nicht Teil des Ost-West-Konflikts seien — wie das die USA nach wie vor behaupten — und man sich gegen jede Einmischung von außen verwahre. Die Regierungen von Guatemala und El Salvador wurden dazu aufgefordert, in direkten Dialog mit den jeweiligen Befreiungsbewegungen zu treten.

Überspitzt formuliert könnte man sagen, daß alles für uns hier ziemlich gut aussah, sich zuweilen ein gewisser Optimismus breitmachte, die FMLN geeint und zielgerichtet vor unseren Augen stand.

Mord und Selbstmord in der FMLN — Das Ende der Einigkeit?

In der Nacht vom 5. und den 6. April 1983 wurde in Managua Melida Anaya Montes, Kommandantin Ana Maria, zweithöchstes Mitglied des Generalstabs der FPL (Fuerzas Populares de Liberación, größte Organisation innerhalb der FMLN) ermordet. Alles deutete auf einen Mord des CIA hin, in einer Pressemitteilung aus Managua hieß es dazu: „die Autopsie der Leiche ergab, daß die Kommandantin Ana Maria mit einem Bettuch geknebelt und ihr rechter Arm so weit nach hinten gedreht wurde, daß er brach. Über den ganzen Körper verteilt wurden ihr mit einem Eispickel Stichwunden beigebracht, die zwar zu einem großen Blutverlust, aber nicht zum Tod der Ermordeten führten. Erst danach wurden ihr mit einem Messer die Halsschlagader und die Kehle durchgeschnittel. Offensichtlich sollte dadurch eine Affekthandlung vorgetäuscht werden." (Lateinamerika Nachrichten 114)

Der erste Führer der FPL Cayetano Carpio, Kommandant Marcial, kehrte zur Beisetzung aus Libyen, wo er besuchsweise war, zurück. Die Beerdigung fand ganz im Zeichen der ruchlosen Tat des CIA statt.

Am 22. April gab die FMLN bekannt, Marcial habe sich am 12. des Monats das Leben genommen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, der Mord an Ana Maria sei auf Betreiben des dritthöchsten Führers der FPL, Kommandant Marcelo, geschehen. Das habe der Geheimdienst Nicaraguas eindeutig bewiesen. Marcial habe sich aus Kummer darüber umgebracht. Den Spekulationen waren von Stund an Tür und Tor geöffnet. Alle verwunderten sich darüber, daß Marcials Ableben erst mit zehntägiger Verspätung gemeldet worden war, daß der altgedienteste aller salvadorenischen Führer, sich plötzlich das Leben nahm, daß es weder ein politisches Testament noch sonst eine Erklärung von ihm gab. Es sikkerte dann allmählich durch, daß es in der FPL Streitigkeiten über die politische Linie, vor allem über die Verhandlungsabgebote gegeben habe, daß Marcelo wie Marcial gedacht und Ana Maria eine andere Linie, und zwar die der übrigen Organisationen, vertreten habe. Es gab von der FMLN — trotz häufiger Bitten und Forderungen unsererseits — keine Informationen über die Inhalte der Auseinandersetzungen. Man konnte sich als Kenner der Szene lediglich ausrechnen, daß Marcial Verhandlungen, Dialoge und überhaupt jede Berührung mit den Gegnern mit sehr viel mehr Skepsis betrachtete als die übrigen Organisationen. Klaus-Dieter Tangermann gelang es, Salvador Samayoa, einen hohen Kader der FPL, in Managua zu interviewen. Dieser beschränkte sich auf Andeutungen, die angesichts des Schweigens, das bis dahin geherrscht hatte, aber bereits sensationell klangen. Er gab zu verstehen, daß es innerhalb der FPL um die Frage der Vereinheitlichung mit den übrigen Organisationen und um die Verhandlungen Schwierigkeiten gegeben habe. „Wir denken, die Vorfälle sind ein Problem der Organisation und diese trägt dafür die Verantwortung ... Was in der FPL geschah ist kein Problem zwi-



Beerdigung der Commandante Anna Maria. *Foto: Cordelia Dilg*

schen Marcial und Ana Maria, sondern ein Problem der kollektiven Diskussion in der ganzen Organisation. Der letzte Revolutionsrat, das höchste Gremium der FPL, trat 1979 zusammen." (vgl. taz vom 24. 6. 83)

Niemand konnte mit Samayoas Antworten zufrieden sein, auch nicht mit seinen Beteuerungen, daß es im Innern des Landes, also an der Basis, keinerlei Probleme gebe, die traurigen Ereignisse zu vermitteln. Die FMLN hatte bereits Ende April mit einer Reihe kleinerer Offensiven begonnen, die Reihen zu schließen und auf den Kampf zu orientieren. Die Kampagne erhielt den Namen „Ana Maria juramos vencer" (Ana Maria wir schwören, daß wir siegen).

Der Fall schien erledigt. Die Briefe der Dritte-Welt-Zeitschriften, des Berliner El Salvador-Komitees und anderer mehr an die FMLN erhielten hohle oder keine Antwort, die Bewegung ging wieder zum Tagesaktivismus über. Die Aussagen eines ehemaligen Kommandanten der ERP (Ejercito Revolucionario del Pueblo, zweitgrößte Organisation innerhalb der FMLN), der als Dissident hier in der BRD von CDU-Kreisen zur Schau gestellt wurde, und der der FMLN „stalinistische Methoden" vorwarf, nahm fast niemand ernst. Der IDES (Informationsdienst El Salvador) verwies auf die Notwendigkeit, mehr darüber zu sagen als Verrat — niemand hatte Interesse daran, die eindringlichen Schilderungen zu widerlegen, die der Überläufer von den hierarchischen und undemokratischen Strukturen innerhalb der FMLN zum besten gab. Da steht die Solidaritätsbewegung haushoch drüber, da braucht sie keine Gegenbeweise.

Wie viel es vor unseren Augen zu verbergen gab, hat sich im Laufe des Spätherbst immer deutlicher gezeigt. Von der FPL spaltete sich eine Gruppe ab, die sich MOR (Revolutionäre Arbeiterbewegung Cayetano Carpio) nennt. Sie will im Sinne Marcials weiterkämpfen, mehr ist offiziell nicht zu erfahren. Es gibt auch eine Fraktion innerhalb der FPL, die die Partei im Sinne des großen Führers zu reformieren versucht. Als die beiden Gruppierungen nicht mehr geleugnet werden konnten, versuchte die FPL-Mehrheit mit einem Handstreich, ihre Glaubwürdigkeit zu vernichten. Sie veröffentlichte eine Erklärung, in der es hieß, man habe jetzt herausgefunden, daß Marcial der eigentliche Anstifter des Mordes an Ana Maria gewesen sei. Die Erklärung enthält dann eine Fülle von Enthüllungen über Marcials ideologischen Niedergang. Nach ihrer Lektüre kann man sich nur noch fragen wie es kam, daß solch eine degenerierte Karrikatur offensichtlich bis zu seinem Tod als Held verehrt werden konnte. Die MOR und die Fraktion bezweifeln diese Version. Was sie sagen, dringt über Kanäle an unser Ohr, die wir meist nicht selbst verfolgen können, in Form von Briefen aus Managua (vgl. IDES 176, 178), von Papieren ohne Absender an den IDES, von Bemerkungen hinter vorgehaltener Hand.



Commandante „Marcial" am 9. 4. 83 während er Beerdigung von Anna Maria (mit nicaraguanischen Innenminister Thomas Borge). *Foto: Cordelia Dilg*

Inzwischen wurde in der mexikanischen Zeitschrift „nexos" ein Artikel von Adolfo Gilly publiziert, der das Faksimile des letzten Briefes von Marcial enthält. Marcial habe, so der Verfasser, Mittel und Wege gewußt, vor seinem Selbstmord die Wahrheit in treue Hände zu legen. In diesem Brief mit Datum vom 12. 4. 83 (dem Tag seines Todes) wehrt er sich gegen die lügnerischen Verleumdungen aufgrund derer er in Verbindung mit dem Mord an Ana Maria gebracht werden solle. Inhaltlich gibt das Schreiben nicht viel her, es enthält neben Beschwörungen an die Basis und der Hoffnung auf den Sieg lediglich den bezeichnenden Satz: „Eines weiß ich gewiß. Wenn sich die Machtfrage stellt, versucht die Bourgeoisie national und international alles menschenmögliche zu tun, um die Stärke der Arbeiter und Bauern im revolutionären Prozess zu untergraben und politisch oder physisch die Organisationen zu vernichten, die einzig die Macht der Arbeiter garantieren können." Natürlich bringt uns der Abdruck eines solchen Briefs nicht wesentlich weiter. Er fügt nur ein weiteres Element in den Wust an Möglichkeiten über die wir spekulieren können.

Ich gehe davon aus, daß neben den politischen Differenzen noch sehr viele Faktoren eine Rolle gespielt haben, die zusammengenommen den Mord ermöglicht haben. An erster Stelle sind wohl Machtstreben und mangelnde Demokratie innerhalb der Organisation zu nennen. Wer die Erfahrung gemacht hat, wie unmöglich es ist mit einem Mitglied der FPL, das gilt für sämtliche Organisationen innerhalb der FMLN, eine Art differenzierte und kritische Diskussion über ihre politische Linie zu führen, ahnt, was in ihrem Innern passiert. Die richtige Direktive kommt von oben und es ist die revolutionäre Pflicht eines jeden Kaders, sie so und nicht anders weiterzugeben. Wer Zweifel hat, ist eben kleinbürgerlich. Und unsere Genossinnen und Genossen hierzulande sind da oft noch gerechter als die FMLNler selbst. Eines hat die Ermordung Ana Marias **nicht** gebracht: daß spätestens nach diesem Ereignis hier offener und kritischer diskutiert wurde, man die Informationen und Kommuniquées von drüben etwas sorgfältiger studierte.

Im Gegenteil, ich habe den Eindruck, daß die Reihen noch fester geschlossen, die Scheuklappen noch weiter heruntergezogen wurden. Die nächste Überraschung kommt bestimmt. Wir haben uns in erschreckender Art und Weise daran gewöhnt, daß Solidaritätsarbeit das Verkündigen von heldischen Taten bedeutet, daß uns etwas Alternatives dazu nicht mehr einfällt. Da scheinen jahrzehntelange Erfahrungen folgenlos zu sein, da helfen keine Erinnerungen an den Stil sogenannter K-Gruppen, die in ihren „Roten Fahnen" nur von heldenhaften Völkern und mörderischen Imperialisten berichtet haben. Da täte manch/eine/-r aus der Solidaritätsbewegung gut daran, sich diese Lektüre einmal zu Gemüte zu führen, um sie dann mit unseren eigenen Veröffentlichungen zu vergleichen; wir haben nicht viel dazugelernt.

Die „Regierung der breiten Beteiligung"

Der Kern aller Differenzen, um die es in der FPL gegangen ist, wurde uns am 9. Februar 1984 enthüllt. An diesem Tag hat die Führung der FDR/FMLN der Presse in Mexiko City einen Vorschlag unterbreitet, der eine politische Lösung der Krise in El Sal-



vador möglich machen soll. Die Guerilla bietet die Bildung einer „Regierung der breiten Beteiligung" als Übergangsregierung bis zu dem Zeitpunkt an, an dem demokratische Wahlen in El Salvador stattfinden können. Aufgerufen sind dazu alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes, die im Gegensatz zur Oligarchie (das heißt vor allem zu D'Aubuisson und den ihn tragenden Kräften) stehen.

Der Vorschlag bedeutet nichts anderes als eine Große Koalition mit allen, die — aus welchen Gründen auch immer — einer faschistischen Lösung nicht gewogen sind. Er erinnert auch an das Programm der Regierung, die sich 1979 nach dem Sturz des Diktators Romero bildete und deren Reformkonzept sich sehr schnell als undurchführbar erwies angesichts der alten ungebrochenen Machtstrukturen in den relevanten wirtschaftlichen und militärischen Bereichen.

Vergleicht man den neuen Vorschlag mit der Plattform zur Bildung einer „Demokratischen Revolutionären Regierung", die 1980 veröffentlicht wurde, dann fällt auf, daß eine fundamentale Veränderung der dort vertretenen Grundsätze stattgefunden hat. In der Plattform von 1980 ist das Ziel die Eroberung der Macht und die Einsetzung einer Revolutionären Regierung. Dieser können sich die antioligarchischen Kräfte anschließen. Im neuen Vorschlag sind alle gleichberechtigte Partner. Sie teilen sich die Macht. Wir müssen davon ausgehen, daß die Auseinandersetzung über dieses neue Verhandlungsangebot sich über Monate, wenn nicht Jahre erstreckte und es darüber zum tödlichen Zerwürfnis kam. Vom Standpunkt des marxistisch-leninistischen Revolutionärs aus betrachtet, bedeutet die „Regierung der breiten Beteiligung" Klassenverrat, bedeutet sie den Ausverkauf der Revolution an die Bourgeoisie. Marcial ist uns immer als doktrinärer Marxist vorgestellt worden, wir müssen annehmen, daß er sich zu einer derartigen Wende nicht entschließen konnte. Für diese Auffassung spricht auch ein Dokument, das aus den Kreisen der weiter oben genannten FPL-Fraktion stammt. In dieser — nicht veröffentlichten — Schrift heißt es, daß es der große Fehler der jetzigen FPL-Führung sei, das Bündnis mit der Bourgeoisie anzustreben.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß wir bis heute über die inhaltlichen Auseinandersetzungen, die es in der FMLN um den neuen Vorschlag gab, nichts wissen, sie lediglich aus traurigem Anlaß rekonstruieren konnten. Dabei handelt es sich um eine elementare Frage in der Geschichte der revolutionären Bewegungen. Sie hätte in der Solidaritätsbewegung breit diskutiert werden müssen. Bereits in den 20er Jahren hat man heftig um die Frage gestritten, ob es Umstände gebe, die es rechtfertigen, sich gegen den Faschismus oder andere Diktaturen mit der Bourgeoisie zu verbünden. Sie wird und wurde unterschiedlich beantwortet. Die Moskauer Kommunisten sind bis heute dieser Ansicht, obwohl es keinen diesbezüglichen Versuch in der Geschichte gegeben hat, der erfolgreich war. Der Niederlagen sind Legion.



Uns allen bekanntestes Beispiel ist wohl das Chile Allendes und sein Ende.

Die FDR/FMLN hat sich selbst und ihrer Sache wohl am meisten geschadet mit ihrem Stillschweigen. Ihr Verhalten wird sich langfristig auch auf die Solidaritätsbewegungen auswirken. Daß aber in der BRD diese Fragen, Probleme und Zweifel nicht diskutiert werden, ist allerdings nicht nur in der fehlerhaften Informationspolitik der FMLN begründet. Vielmehr fehlt in weiten Kreisen unserer Solidaritätsbewegung schon lange politisches Problembewußtsein mehr. Auf dem Bundestreffen der El Salvadorkomitees im pril ist klar zum Ausdruck gekommen, daß — mit Ausnahme des Berliner Komitees — keine einzige Gruppe Schwierigkeiten damit hatte, den neuen Verhandlungsvorschlag umstandslos zu verdauen. Natürlich hat ihn auch niemand mit dem Mord am Ana Maria in Verbindung gebracht, denn Meinungsverschiedenheiten innerhalb der FMLN sind ein Tabu, Kritik ist Verrat und konterrevolutionär, weil wir angesichts der Bedrohung von außen andere Probleme haben ... Es gibt zu viele Beispiele, die zeigen, daß man damit alles abwürgen kann, es gibt zu viele Funktionäre und Karrieristen, die dieses Mittel erfolgreich angewandt haben.

Es gibt in unserer Internationalismusgeschichte genug schlechte Beispiele für blinde Jubelsolidarität, an die sich nach dem Sieg der jeweiligen Befreiungsbewegung Ratlosigkeit und Enttäuschung anschloß: Kuba, Vietnam, Zimbabwe und wie sie alle heißen. Es gibt auch für die Sowjetunion noch immer genügend Gründe, sie nicht zu kritisieren. Der Pfad unerser Solidarität ist schmal, auch wenn wir noch so trampeln, wird er nicht breiter. Wir müssen unseren Tritt ändern.







1984 Wahlen und dann?

Bis Ende April 1984 hat die FDR/FMLN keine uns bekannte Antwort auf ihren Verhandlungsvorschlag bekommen. Die USA haben vielmehr zu erkennen gegeben, daß sie „saubere demokratische" Wahlen wollen und sonst gar nichts. Sie haben alles daran gesetzt, diese durchzuziehen, auch gegen die Bedenken der salvadorenischen Militärs, die nach einigen spektakulären Erfolgen der Guerilla um die Jahreswende den Wunsch nach Verschiebung äußerten.

Am 25. März fand in El Salvador die erste Runde der Präsidentschaftswahlen statt. Sie verlief total chaotisch, was die USA nicht daran hinderte, sie für ordnungsgemäß zu erklären. Die ausländischen Beobachter schlossen sich — mit Ausnahme derer, die die Solidaritätsbewegung geschickt hatte — dieser Wahrnehmung an. Am 6. Mai soll die Stichwahl sein. Politisch werden die Wahlen nichts erbringen, denn wenn der Christdemokrat Duarte sie gewinnt, wird er sich kaum lange halten können; konnte er doch schon seine letzte Amtszeit von 1980-82 nicht mehr ohne massive nordamerikanische Unterstützung durchstehen (vgl. blätter des iz3w Nr. 98). Inzwischen haben D'Aubuisson und

Vor einem Wahllokal in San Salvador.

seine Ultrarechten ihren Einfluß eher noch vergrößern können.

Die FMLN verspricht sich von einem Wahlsieg Duartes eine Vertiefung der Gegensätze im herrschenden Lager und eine daraus sich ergebende größere Verhandlungsbereitschaft. Man sollte aber auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, daß eine Schwächung der Position Duartes der Reagan-Administration den Vorwand liefern könnte, gegen die Ultrarechte oder die Linke im Lande zu intervenieren zur 'Rettung und Aufrechterhaltung der Demokratie'.

Vieles deutet darauf hin, daß die Wahlen für Reagan — der die Durchführung nachdrücklich gewollt hat — eher als Legitimation für eine stärkere militärische Intervention gedacht sind, denn als mögliche friedliche Lösung des Konfliktes. Denn im Bericht der Kissinger-Kommission, der Anfang des Jahres erstellt wurde, wird festgestellt, es gebe für Mittelamerika nur eine militärische Lösung. Entsprechend wird Honduras weiter aufgerüstet, finden dort laufend gemeinsame Manöver mit den USA statt, so daß sich ständig zigtausende von Yankees in Honduras befinden, welches ja bekanntlich an Nicaragua und El Salvador grenzt.

Viele Leute rechnen damit, daß der neugewählte Reagan am 7. November den Befehl zum Einmarsch gibt. Wir wissen es nicht, er kann es ebensogut zu einem früheren Zeitpunkt tun. Nimmt man es mit dem Wort Intervention freilich etwas genauer sieht man rasch, daß unser vielbeschworener Tag X eigentlich bereits abgebrochen ist.

Bei der Suche nach einer Gegenposition im Ausland zur nordamerikanischen Kriegspolitik gerät man leicht in eine depressive Stimmung. Die langerhoffte Aktivität von westlichen Staaten und Parteien wie Frankreich, Holland, Spanien und Sozialistische Internationale, die Früchte des Planes, den die Contadora-Gruppe im Januar bekanntgab, wir suchen sie vergebens. Die bundesrepublikanische SPD ist inzwischen so weit heruntergekommen, daß sie in Duarte einen aufrechten Demokraten sieht und seine Wahl begrüßt. Frankreich und Mexiko haben nach ihrer spektakulären Anerkennung der FDR 1981 nichts mehr in diese Richtung getan.

Die Contadora Staaten wollen nur das bißchen Spielraum erhalten, das sie den USA gegenüber zu besitzen glauben und das ihnen durch die Präsens des Großen Bruders in Mittelamerika gefährdet erscheint. Sie wollen den USA eine akzeptable politische Lösung bieten, das heißt Ruhe in Mittelamerika. Ihr Friedensplan enthält keine der Forderungen, die Nicaragua gestellt hat, er ist im Gegenteil so abgefaßt, daß ihn sogar die Regierung von El Salvador unterschreiben konnte. Trotzdem klammert sich Nicaragua an die Contadora und auch die FMLN äußert sich nicht kritisch dazu. Um alle Wege zu ebnen und die Bereitschaft zur Kooperation zu zeigen verließ die Führung der FMLN/FDR zum Jahresende sogar Managua und siedelte nach Mexiko über. Angesichts dieser unerfreulichen Lage spricht einiges dafür, daß der Vorschlag, eine „Regierung der breiten Beteiligung" zu bilden ein Versuch ist, auf der Grundlage eines Kompromisses Zeit zu gewinnen, Atem zu schöpfen, die Aggression wenigstens kurzfristig zu stoppen.

Die FMLN will ihn nicht in diese Richtung interpretiert sehen. Sie begründet ihn mit der Stärke, die sie militärisch besitzt und der Schwäche des Gegners, aufgrund deren sie es sich leisten könne, mit einem solchen Angebot aufzutreten.

Sie will den Vorschlag als ein Mittel verstanden wissen, das ihren Handlungsspielraum erweitert, zum Beispiel eine Phase der Demokratisierung herbeiführt, in der es möglich ist, ohne größere Repressionen Massenarbeit zu machen, die momentan völlig darniederliegt. Auf Fragen, wie man meine, sich vor D'Abuisson und vor den Todesschwadronen zu schützen, dafür zu sorgen, daß das Heer richtig gesäubert werde und wie man sich die gegenseitige Entwaffnung vorstelle, gibt es keine Antwort oder die Ausflucht, daß dieser Schritt nur Taktik sei.

Resumée.

„Si Nicaragua venció El Salvador vencera!!!" Wer hat es nicht schon auf Demos herumgetragen oder gerufen. Im Moment sieht es düster aus um diese Parole. Das färbt in enormen Maße auf die Arbeit der El Salvador Komitees ab, die demzufolge auch erleben, daß plötzlich Nicaragua wieder „in" ist. Weil man da im Moment etwas machen, als Brigadist-in hinfahren, Schiffe etc. organisieren kann.

Dieser Zustand ist zunächst einmal ganz normal. Er sollte aber ein Anlaß sein, sich zu überlegen, ob es nicht vielleicht doch sinnvoller wäre, unsere Solidaritätsarbeit zu einem Forum der offenen Diskussion über Erfolge und Mißerfolge, Fehler, Stärken und Schwächen der revolutionären Bewegung zu machen. Und zwar nicht so, daß auf jeden Fehler gleich die Entschuldigung folgt.

Wenn wir weiterhin erst Monate oder Jahre nach den Ereignissen erfahren, was alles falsch eingeschätzt und entschieden wurde, verlernen wir völlig, mit Informationen umzugehen. Wenn wir uns angewöhnen, nur jubelnde Erfolgsmeldungen zu veröffentlichen und mit verlogener Kritikbereitschaft auf das eingehen, was nicht mehr zu verbergen ist, sinkt unsere Glaubwürdigkeit gegen Null.

Wenn Einseitigkeit und Beschönigung zum tragenden Element der Berichtserstattung werden, haben es diejenigen leicht, deren Anliegen es ist, unsere Unglaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Der Filz ist allerdings schon ziemlich dicht.

Rose Gauger

Der Krieg läßt keine Wahl: Nicaragua

Wahlen mitten im Krieg

Am 4. November gewinnt die Sandinistische Befreiungsfront mit überlegener Mehrheit die Wahlen, damit haben Revolution, Demokratie und Pluralismus ihre Feuerprobe bestanden — und eigentlich kann nur noch eine militärische Invasion die Revolution bedrohen. So kann man in knappen Worten das Szenario beschreiben, das uns von der FSLN selbst nahegelegt und hier von Teilen der Solidaritätsbewegung verbreitet wird.

Aber: Ist der Wahlsieg der FSLN wirklich so sicher, wie diejenigen deutscher Solidaritätstouristen behaupten, die sich bei ihren Nicaraguareisen meist ausschließlich unter Sandinisten und Internationalisten aufgehalten haben?

Dann: Hat dieser Pluralismus etwas mit Demokratie zu tun? Ein Pluralismus, der im Grund nur die Alternative zuläßt zwischen einer Ansammlung verknöcherter und dem „American Way of Life" verschriebener Mittelklassenparteien der Rechten[1] und einer FSLN, deren Kurs von neun Kommandanten diktiert wird — nach strategischen Überlegungen („Weg zum Sozialismus") und taktischen Erfordernissen (von Krieg, internationaler Bündnissen und kapitalistisch organisierter Wirtschaft), deren Zusammenhang weder in Zeitungen noch in Stadtteilkomitees oder Massenorganisationen offen diskutiert wird.

Schließlich: Was können denn Wahlen mitten im Krieg anders bewirken, als eine Regierung zur Kriegsführung zu legitimieren oder ihr genau diese Legitimation zu verweigern?

Es ist der Krieg, der heute das Gesicht der Revolution bestimmt — nicht mehr die Alphabetisierung, der Enthusiasmus für den „neuen Menschen" oder die Agrarreform. Andererseits: Tot ist sie nicht, die soziale Revolution: Weiterhin und immer rascher wird Land an die Bauern verteilt. Doch der Zugang zu diesen Gebieten ist gefährlich, und es fehlt an Staatgut, an Transportmöglichkeiten. Es wird weiter alphabetisiert, nominell gibt es über hunderttausend Menschen, die Lesen und Schreiben lernen oder die Grundschule nachholen. Aber wer kann sich darauf konzentrieren, wenn das Warten auf die Invasion das Leben bestimmt, wenn fast alle Energien in der Miliz und bei den nächtlichen Wachen verbraucht werden? Das Kapital der Revolution sind die zehntausend Jungedlichen, die 1979 hinter den Barrikaden gestanden und geholfen haben, die Kasernen der Nationalgarde zu belagern. Sie bilden heute den Kern von Heer und Miliz, rund 1.000 von ihnen sind im vergangenen Jahr gefallen. Statt zu verändern, aufzubauen und die ältere Generation wie damals mit ihrem Engagement anzustecken, kämpfen sie in den Bergregionen und an der Grenze gegen einen unsichtbaren Feind, der zahlenmäßig unterlegen, aber hervorragend ausgerüstet ist und der den typischen Vorteil jeder Guerilla für sich beanspruchen kann: Zum Zerstören braucht es weniger Menschen als zum Verteidigen. Der Enthusiasmus der Aktivisten unter den Jugendlichen die sich der sandinistischen Revolution verschrieben haben, braucht sich im Militärischen auf.

Es gibt kein „sandinistisches Modell" mehr, dessen Verwirklichung die Bevölkerung bei Wahlen zustimmen oder das sie ablehnen könnte: Revolution ist heute in Nicaragua, was der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen objektiv zulassen, — und andererseits, was die FSLN für vorrangig hält — und das ist nicht die Beteiligung der Basis an politischen Entscheidungen, sondern die maximale Mobilisierung der Bevölkerung für die Erfordernisse des Krieges.

10 bis 20 % der Nicaraguaner mögen es sein, die der FSLN dabei immer und unter allen Umständen folgen werden — das, was man die „soziale Basis" der Revolution im engeren Sinne, ihr Zentrum, nennen kann.

Die Schwäche der bürgerlichen Opposition

Kann die FSLN mit den Stimmen ihrer engeren Basis allein die Wahlen nicht gewinnen, so hat die bürgerliche Opposition eine noch weit kleinere feste Anhängerschaft: die Bourgeoisie, die Mehrheit der Mittelklassen (landbesitzende Bauern, Händler, Akademiker, Angestellte) auch Teile der traditionellen Basis der Konservativen Partei, die immer zwischen der Opposition gegen Somoza und den Paktieren mit ihm lavierte.

Bis heute haben es die Parteien der Rechtsopposition nicht fertig gebracht, sich mehr als nur punktuell in der sogenannten „Coordinadora Democrática" zu verbünden. Sie sind sich bis heute nicht einig geworden, unter welchen Voraussetzungen sie im sandinistisch geprägten Staat die Oppositionsrolle übernehmen wollen. Nach und nach sind Mitglieder und Führer dieser Parteien ins Exil abgewandert, ein Teil hat sich der bewaffneten Gegenrevolution angeschlosen. Die Schwächen der Parteien der Bourgeoisie, die es schon 1978/79 der FSLN ermöglicht haben, die Führung der Opposition gegen Somoza zu übernehmen, sind geblieben: Uneinigkeit, die Konkurrenz zwischen den Parteiführern, das Fehlen einer klaren Alternative zur Regierung und die Unfähigkeit, selbst die Bevölkerung zu mobilisieren, statt sich nur von Wogen der Unzufriedenheit tragen zu lassen.

Die Mehrheit: Weder sandinistisch noch antisandinistisch

Entschieden werden die Wahlen also auch nach fünf Jahren Revolution nicht von deren überzeugten Anhängern oder Gegnern, sondern von einer Bevölkerungsmehrheit, die weniger sandinistisch oder antisandinistisch als katholisch ist, die weder von Sozialismus noch von freiem Unternehmertum träumt und die kaum nach Visionen und Programmen, dafür umso stärker nach unmittelbar erlebten Veränderungen urteilt. Ein großer Teil hiervon wird sich von der Propaganda und den Ereignisse in den letzten Monaten vor der Wahl leiten lassen.

Nicht das, was die FSLN in den ersten zwei bis drei Jahren an Erfolgen vorzuweisen hatte und was größtenteils vom Krieg überdeckt wird, ist für diese Gruppe ausschlaggebend, sondern die Versorgungssituation in Wahljahr. Zu Beginn der Revolution sah es so aus, als könnte der Rückgang des privaten Konsums während des Befreiungskampfes um fast ein Drittel, schnell wieder aufgeholt werde (1980: + 25,9 %). Doch schon 1981 wurde klar, daß sich die negativen Wirkungen von regionaler Wirtschaftskrise, Kreditboykott durch die USA und der Auseinandersetzung zwischen revolutionärer Regierung und privaten Unternehmern gegenseitig verstärkten: Die Produktion hielt nicht mit dem Konsum schritt, und der Verbrauch mußte verringert werden, sollte das Land nicht international zahlungsunfähig werden. Zunächst betrafen



die Einschränkungen noch nicht den sogenannten „Grundbedarf" der ärmeren Bevölkerung. Er wurde vom Staat subventioniert und nahm 1981 noch einmal um 5,1 % zu, während alles, was in diesem „lebensnotwendigen Warenkorb" in der Statistik nicht mehr enthalten war, um durchschnittlich 27 % weniger verbraucht wurde — vor allem Importgüter. Doch schon 1982 reichte dies nicht mehr aus, um die Devisenlücke zu schließen (Grundkonsum 1981: — 4,7 %) In den letzten Jahren ist Nicaraguas Defizit der Handelsbilanz auf rund 450 Mio. US-Dollar gestiegen (1983) — dazu kommen etwa 200 Mio. jährlich an fälligen Schuldenrückzahlungen. Der fast vollständige Kreditboykott Nicaraguas nicht nur durch die USA, sondern auch die internationalen Finanzinstitutionen (die Kredite gingen von 213 Mio. 1979 auf ganze 2,8 Mio. US-Dollar 1983 zurück) haben ein übriges getan, um die Regierung Nicaraguas zu einem internen Stabilisierungsprogramm zu zwingen, das an Strenge der berüchtigten Deflationspolitik des IWF kaum nachsteht, allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung: Die Einkommensverluste treffen die Ärmsten weniger stark als die Mittelklasse. Doch im Ergebnis kommt auch für sie eine jährliche Inflationsrate um 30 % heraus — bei Lohnerhöhungen, die jeweils unter 10 % gelegen haben. Wie sollte es auch anders sein, wenn das reale Pro-Kopf-Einkommen (ähnlich wie in den anderen Staaten Zentralamerikas) zurückgegangen ist und nur noch 767 gegenüber 1072 US-Dollar fünf Jahre zuvor beträgt?[2]

In den vergangenen Monaten hat sich die Versorgungslage noch einmal erheblich verschlechert: Durch die Verminung der Häfen gelangen Importe oft erst mit mehrmonatiger Verzögerung ins Land. Treibstoffmangel, das Fehlen von Saatgut oder Ersatzteilen für die Maschinen behindern die Wirtschaft dabei weit mehr, als es Regierungsangaben über die unmittelbaren Verluste durch die Verminung (6,3 Mio. US-Dollar) vermuten lassen.

Einkreisung der Städte

Auch auf dem Land und in den Bergen wendet die Gegenrevolution neue Formen von Kampf und Sabotage an — mit katastrophalen Auswirkungen für Produktion und Versorgung. Zwar ist es weder der von Honduras aus operierenden FDN noch ARDE von Costa Rica aus gelungen, Grenzgebiete einzunehmen oder Provinzen im Inneren des Landes zu kontrollieren. Dennoch gibt es eine Tendenz zur Einkreisung der Städte, wie sie Südafrikas Hilfstruppen MNR und UNITA in Mozambique und Angola vorgeführt haben: In vier oder fünf Nachtmärschen gelangen Stoßtrupps von zehn oder fünfzehn Mann aus Honduras in zentrale landwirtschaftliche Regionen wie Matagalpa oder Jinotega. Spionageflüge der US-Luftwaffe über Nicaragua informieren die „Contra" darüber, wo die Sandinisten ihre Truppen postiert haben, deren Transportkapazität in der Luft zudem lächerlich gering ist. Die Stoßtrupps der „Contra" sind nicht dazu da, sich auf Kämpfe mit sandinistischen Verbänden einzulassen. Aber der Selbstverteidigung einer Kooperative sind sie allemal überlegen. Und meist ist es schon genug, eine Verbindungsstraße zu verminen, eine Brücke zu sprengen oder einige sadinistisch organisierte Bauern und Regierungsbeamte zu ermorden, manchmal auch nur zu bedrohen: Private Transportunternehmer weigern sich dann, die Gegend zu beliefern, und nur noch todesmutige Agrarexperten oder Techniker wagen es, dort in Regierungsprojekten oder Kooperativen zu arbeiten.

Pastoras Dilemma

Gleichzeitig hat der Krieg auch eine entgegengesetzte, der FSLN zugute kommende Wirkung: Je länger er andauert und je offensichtlicher wird, daß die anti-sandinistische Guerilla ihre Teilerfolge nur durch immer stärkeres Eingreifen der USA erzielen kann, desto mehr zerinnt die Illusion vieler Sandinistengegner, ein Sturz der FSLN könnte in eine „authentisch" nicaraguanische Alternative münden, die gleichzeitig zu den USA und zu den alten Somozaanhängern Distanz hielte. so sind die Verminungen der nicaraguanischen Häfen nach US-Presseberichten direkt vom CIA dirigiert und von nicht-nicaraguanischen Söldnern ausgeführt worden. Über das Für und Wider der Millionenzuwendungen an die „Contra" wird im US-Kongreß seit Monaten in aller Offenheit debattiert.

Exemplarisch ist das Dilemma des ehemaligen Sandinistenkommandanten Edén Pastora. Er war 1981 gegen seine ehemaligen Kampfgefährten angetreten, um in kurzer Zeit Volksaufstände in den Städten Nicaraguas auszulösen und „andere Revolution" weiterzuführen — mit mehr Freiheit für die Unternehmer, ohne kubanische Berater und mit einem Pluralismus nach westlichem Muster. Mag diese Vorstellung damals vor allem den Mittelklassen attraktiv erschienen sein, die keine Radikalisierung der Revolution wollten, sondern eher reformistische Ideen hatten, so ist sie heute längst zwischen den Mühlsteinen des nach Zentralamerika transportierten Ost-West-Konflikts. Als Pastora mit seiner Demokratisch-Revolutionären Allianz (ARDE) im April dieses Jahres für wenige Tage die kleine sandinistische Garnison von San Juan del Norte an der Grenze zu Costa Rica einnehmen konnte, war er kurz zuvor zu eben diesem Zweck vom CIA mit neuen Waffen versorgt worden. Doch kurz darauf widersetzte sich Pastora der CIA-Fordung, sich endlich mit der von ehemaligen Somozaoffizieren kommandierten FDN in Honduras zusammenzuschließen. Als die übrigen ARDE-Führer ihn überstimmten, um den Waffennachschub durch den CIA nicht zu gefährden, wollte er sich mit seinen Kämpfern von ARDE trennen. Auf der Pressekonferenz am 31. Mai, auf der er diesen Schritt bekannt geben wollte, wurde er durch ein noch ungeklärtes Bombenattentat verletzt.

Die unmittelbare Abhängigkeit der „Contra" von nordamerikanischer Unterstützung schwächt sie als politische Alternative, genauso wie ihre zunehmend zu Terror und Sabotage greifenden Methoden. Daß der Zermürbungskrieg so eindeutig von außen her geführt wird und daß die Bomben im Fall eines offenen Krieges alle — auch die Nicht-Sandinisten unter der Bevölkerung — treffen würden, stärkt die Legitimation der FSLN wiederum gegenüber der nicht-bewaffneten Opposition, bei den anstehenden Wahlen — übrigens nicht nur auf der rechten, sonder auch auf der linken Seite. Tatsächlich läßt der Druck der USA nur die Wahl zwischen Revolution und Konterrevolution. Wohin ein Sieg der Rechten Nicaragua führen würde, davon legen die zu US-Halbkolonien gewordenen Nachbarländer (Honduras und Panama) oder auch Costa Rica, wo die US-Regierung mit wirtschaftlichem Druck ähnliches versucht, heute Zeugnis ab. Angesichts der offensichtlichen Kompromißunwilligkeit Washingtons heißt die Alternative der FSLN bei den Wahlen nichts anderes, als den status quo der Revolution mit allen Mitteln zu verteidigen.

Wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird: Zurückgestaute Konflikte

Solange die FSLN es selbst in der Hand hat, in der Öffentlichkeit zu definieren: „Kniefall vor den USA oder FSLN", solange sind ihre Aussichten, die Mehrheit bei den Wahlen hinter sich zu bringen, nicht ungünstig. Noch ist aber der Ausnahmezustand nicht aufgehoben: Streikverbot, Vorzensur der Presse und das Verbot parteipolitischer Propaganda, das bis zum offiziellen Beginn des Wahlkampfs gilt, halten bislang den Deckel auf einem brodelnden Kochtopf. Unter diesem Deckel haben sich gesellschaftliche Konflikte mehrerer Jahre angesammelt, ohne daß es für die wachsende Unzufriedenheit bisher ausreichende Ventile gegeben hätte.



Pastora nach dem Attentat.

Der illegale Streik in Nicaraguas größtem Unternehmen, der privaten Zuckerfabrik San Antonio im Februar und 24 weitere Streiks allein im März (über die Nicaraguas Medien nicht berichten durften), lassen ahnen, welche Konflikte nach Aufhebung des Streikverbots aufbrechen werden. Neben der Wirtschaftskrise wird dann die Frage, wie der Krieg beendet werden kann, im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Im April hat die katholische Bischofskonferenz Nicaraguas die Regierung aufgefordert, Verhandlungen mit den gegnerischen Guerilla- und Söldnergruppen aufzunehmen. Die FSLN nimmt jedoch wohl zurecht an, daß sie dabei nur verlieren Könnte: Denn was würden ihr begrenzte Zugeständnisse bringen, so lange die US-Regierung nur an ihrem Sturz interessiert ist?

Vor allem ist die Schärfe erstaunlich, mit der die FSLN nach einer langen Phase der Konfliktvermeidung diesmal auf einen Hirtenbrief reagiert hat. Daß sie die Aufforderung der Bischöfe „verbrecherisch" genannt und die beginnende öffentliche Diskussion abrupt beendet hat, läßt darauf schließen, wie gefährlich diese Alternative noch werden kann, schreiben erst einmal die bürgerlichen Parteien sie nach Aufhebung des Ausnahmezustandes auf ihre Fahnen. Niemand weiß, ob in der Bevölkerung nach den erheblichen Opfern, die der Krieg bisher gekostet hat, der Widerstandsgeist des „Jetzt erst recht" überwiegt, oder schon die Kriegsmüdigkeit, die Bereitschaft zum Frieden um jeden Preis — gerade auch bei der Mehrheit derer, die weder den Sandinisten noch den Anti-Sandinisten zugerechnet werden können. Noch ein Indiz, das bedenklich stimmt: Nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im vergangenen November hatte die Regierung die Protest dagegen nur mit großer Mühe zum Schweigen gebracht.

Für die FSLN haben die Wahlen vor allem außenpolitische Bedeutung, sie sollen die Regierung noch kurz vor den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen legitimieren — genau dann, wenn nach einem Sieg Reagans eine Invasion von außen wahrscheinlicher wird. Die FSLN hatte sich die Unterstützung der Sozialistischen Internationale für die Wahlen erst dadurch einhandeln können, daß sie ihr unter der Hand versprach, am 4. Mai dieses Jahres den Ausnahmezustand aufzuheben. Dafür, daß diese Ankündigung nicht eingehalten wurde — zum Schock für die SPD, die kurz darauf auf ihrem Parteitag den Erfolg der Mittelamerika-Reisen Hans-Jürgen Wischnewskis feiern wollte — können kaum militärische Gründe ausschlaggebend sein. Denn die Pressezensur für militärische Ereignisse oder repressive Maßnahmen in Kriegszonen wären von der Liberalisierung ohnehin nicht betroffen. Offensichtlich gibt es andere Erwägungen, die das Zögern der FSLN begründen: Je kürzer der dann noch fehlende Zeitraum bis zu den Wahlen, desto weniger wahrscheinlich ist es, daß aufgestaute Protestaktionen sich in eine nicht mehr aufzu-



Versammlung der Landarbeiter-Gewerkschaft ATC. *Foto: Cordelia Dilg*

haltende Lawine verwandeln, die den bürgerlichen Parteien trotz ihrer bisherigen Alternativlosigkeit wieder eine Chance geben könnte.

Bisher hat nur die bis vor kurzem in der Regierung vertretene „Unabhängige Liberale Partei (PLI), die von der Internationale der Liberalen Parteien unterstützt wird, angekündigt, einen Präsidentschaftskandidaten gegen die FSLN aufzustellen. Die Parteien der Rechten werden sich dagegen erst entscheiden, wenn sie wissen, wieviel Bewegungsfreiheit und Propagandamöglichkeiten ihnen die Aufhebung des Ausnahmezustandes tatsächlich gibt. Hier hat die FSLN einen schwachen Stand: Für ihre internationale Reputation — auch bei der Sozialdemokratie und der Contadoragruppe — braucht sie die Wahlbeteiligung der Rechten.

So wird auch das weitere Tauziehen um den Beginn und das Wie des Wahlkampfes von diesen taktischen Überlegungen der FSLN bestimmt sein: Die bürgerliche Opposition soll so schwach gehalten werden, daß sie (trotz gesetzlich garantierter unbegrenzter Auslandsfinanzierung) nicht gewinnen kann — aber nicht so schwach, daß sie die Wahlen mangels Chancen boykottiert.

Was bei dieser Taktik untergeht, ist jede Diskussion um Partizipation und Demokratisierung in der Revolution. Die aus Parteienvertretern zu wählende Verfassungsgebende Versammlung wird den bisherigen Staatsrat ersetzen, in dem ein rundes Drittel der Abgeordneten von sandinistischen Gewerkschaften und Massenorganisationen gestellt wurde. Zumindest öffentlich werden keine Überlegungen angestellt, wie den ohnehin von der FSLN-Führung zentral gelenkten Massenorganisationen dann ein neues Forum gegeben werden kann — geschweige denn darüber, wie eine Demokratisierung in ihrem Innern aussehen könnte. — Daran läßt sich ermessen, wie wenig die Wahlen mit der künftigen Form einer „sandinistischen Demokratie" oder auch nur mit der propagierten „Institutionalisierung" der Revolution zu tun haben. Tatsächlich wird ein Präsident gewählt werden, ohne daß seine Kompetenzen von der des Parlaments abgegrenzt wären. Doch: Wieviel Bestand könnte überhaupt eine Verfassung haben, die unter Kriegsbedingungen entstanden ist?

Wahlen mitten im Krieg — für die Sandinisten können sie nur eine Pflichtübung aus der Defensive heraus sein. Wenn es stimmt, was aus den gut informierten Kreisen in Washingotn zu hören ist, dann will Ronald Reagan bis zum Oktober den „militärischen Druck" auf Nicaragua noch einmal verstärken. Gleichzeitig wird kurz vor der ersten Exporternte der neuen Saison, der des Kaffees, der Devisenmangel am größten, und die Schlangen vor den Supermärkten und Lebensmittelläden noch länger sein als heute.

In einem Wahlkampf, den die bürgerliche Opposition dann vor allem mit den Folgen der politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung und des Krieges bestreitet, wird auch die FSLN mit Haken und

Totenwache bei einem der 47 Opfer des Überfalls auf Pantasma am 18. 10. 1983. *Foto: Cordelia Dilg*

Ösen kämpfen; von Fairness, Pluralismus und Chancengleichheit wird in der Propaganda die Rede sein — in Wirklichkeit ist es eine Abwehrschlacht mit allen Mitteln, die die „internationale Öffentlichkeit" gerade noch als legitim akzeptiert — gegen einen übermächtigen Feind, der ohnehin nur eine Regierung nach seinem Gusto und seinem Interessen akzeptiert. Die Frage nach Partizipation und Demokratie in Nicaraguas Revolution muß weiter gestellt werden — aber mit diesen Wahlen hat sie nichts zu tun.

Michael Rediske

Anmerkungen:

1) Zwischen FSLN und ihnen wird die einzig bedeutungsvolle Auseinandersetzung — die um die Präsidentschaft — stattfinden, während bei den Parlamentswahlen noch andere, marxistisch-leninistische (MAP, PC und PSN) und linksliberale Parteien (PPSC und PLI, letztere auch mit eigenem Präsidentschaftskandidaten) antreten werden.
2) Die Berechnungen — in konstanten Dollar von 1980 — entstammen dem regierungsnahen Wirtschaftsinstitut INIES in Mangua.

Literatur

Jorge Castaneda, Der Krieg geht weiter in Mittelamerika — Keine Verhandlungslösung in Sicht, in: istmo, Studien zu Zentralamerika Nr. 5
Michael Rediske, Die Lage wird immer kritischer, in: iz3w, Freiburg/Informationsbüro Nicaragua Wuppertal, Nicaragua — Ein Volk braucht Frieden, Juni 1983
Instituto Historico Centroamericano. Das Wahlgesetz: Schritte zur Festigung der Demokratie, in: Envio (Managua) April 1984
Instituto Nicaragüense de Investigaciones Economicas y Sociales, Pensamiento Propio, No. 6/7 1983.
Marcel Niedergang, Nicaragua limbers up for November's elections: blood, toil, tears and sweat, in Weekly Guardian, 27. 5. 84

Der wirtschaftliche Krieg der USA gegen Nicaragua

Kriege werden nicht nur mit Kanonen geführt. Im Schatten der USA-gestützten militärischen Aggression gegen Nicaragua führen die US-Regierung, Banken und Konzerne einen wirtschaftlichen Krieg, der schon jetzt schwerwiegende Folgen hat. Ihr Ziel ist, die nicaraguanische Regierung zu schwächen und möglicherweise zu stürzen. Die Reagan-Administration führt diese konzertierte Aktion wirtschaftlicher Sabotage in der Absicht aus, denen beizustehen, die sie als „gemäßigte Kräfte" tituliert: Nicaraguas Privatwirtschaft. Für sie ist der Privatsektor der stärkste Garant eines „demokratischen Pluralismus" innerhalb des nicaraguanischen Volkes. Bis heute hat die Politik der USA allerdings einen ganz anderen Effekt auf die „Pluralität" der Nicaraguaner gehabt. Indem die nicaraguanische Regierung der meisten ihrer ausländischen Kreditquellen beraubt wurde und darüber hinaus gezwungen war, knappe Ressourcen zusätzlich in die Landesverteidigung umzuleiten, hat die Kampagne Reagans die nicaraguanische Wirtschaft insgesamt geschwächt und sozialen und Entwicklungsprogrammen Mittel entzogen. Zusammen mit der CIA-Unterstützung der Contras hat sie darüber hinaus eine breite Mobilisierung der Massen bewirkt und den Nicaraguanern neue Kraft gegeben, ihre Revolution zu verteidigen.

Der Wirtschaftliche Krieg der USA gegen Nicaragua

Kriege werden nicht nur mit Kanonen geführt. Im Schatten der USA-gestützten militärischen Aggression gegen Nicaragua führen die US-Regierung, Banken und Konzerne einen wirtschaftlichen Krieg, der schon jetzt schwerwiegende Folgen hat. Ihr Ziel ist, die nicaraguanische Regierung zu schwächen und möglicherweise zu stürzen. Die Reagan-Administration führt diese konzertierte Aktion wirtschaftlicher Sabotage in der Absicht aus, denen beizustehen, die sie als „gemäßigte Kräfte" tituliert: Nicaraguas Privatwirtschaft. Für sie ist der Privatsektor der stärkste Garant eines „demokratischen Pluralismus" innerhalb des nicaraguanischen Volkes. Bis heute hat die Politik der USA allerdings einen ganz anderen Effekt auf die „Pluralität" der Nicaraguaner gehabt. Indem die nicaraguanische Regierung der meisten ihrer ausländischen Kreditquellen beraubt wurde und darüber hinaus gezwungen war, knappe Ressourcen zusätzlich in die Landesverteidigung umzuleiten, hat die Kampagne Reagans die nicaraguanische Wirtschaft insgesamt geschwächt und sozialen und Entwicklungsprogrammen Mittel entzogen. Zusammen mit der CIA-Unterstützung der Contras hat sie darüber hinaus eine breite Mobilisierung der Massen bewirkt und den Nicaraguanern neue Kraft gegeben, ihre Revolution zu verteidigen.

Nach Aussagen der Nicaraguaner haben die wirtschaftlichen Sanktionen das Land allein 1983 um 345 Mio Dollar in Außenhandel und Krediten beraubt, während der Druck der USA seit 1980 einen zusätzlichen Verlust von 112,5 Mio Dollar in multilateralen Krediten bedeutete.[1] Diese Sanktionen der USA stellen eine klare Verletzung der Charta der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) dar und sind nicht ohne Parallelen: Als in Chile 1970 ein linker Präsident vom Volk gewählt wurde, erließ Richard Nixon seinem CIA-Direktor eine klare Direktive: „Laß die Wirtschaft aufschreien". So wie diese Politik wirtschaftlicher Unterwerfung von Henry Kissinger und seinen Untergebenen durchgesetzt wurde, kulminierte sie in dem blutigen Putsch, der Chile in ein Jahrzehnt brutaler Militärdiktatur und tiefer Wirtschaftskrise gestürzt hat, aus dem sich seit 1983 ein breiter Volksufstand erhebt. In Verletzung grundlegender Prinzipien internationalen Rechts und Freien Handels haben die USA einen ähnlichen Großangriff auf Nicaraguas Wirtschaft entfesselt: mit einem Schlag wurden bilaterale Hilfe und Handelsquoten verringert; auf multilaterale Finanzorgenisationen wurde Druck ausgeübt, Kredite für Nicaragua zu stopprn; das US-Kapital wurde massiv entmutigt, in Nicaragu zu investieren oder Bankkredite zu vergeben; kurz: wirtschaftlicher Krieg.

Hilfe und Handel werden politisiert

Der Sieg der sandinistischen Revolution 1979 bedeutete eine große außenpolitische Herausforderung für die Carter-Administration. Carters Taktik unmittelbar nach dem Triumpf der Sandinisten war, eher die Revolution zu kooptieren, als sie zu stürzen: Er pumpte massive Hilfe in Wirtschaftsunternehmen des privaten Sektors. Im November 1980 stellte sich die US-Politik gegenüber Nicaragua die Aufgabe, neue Allianzen innerhalb der Opposisition gegen die Sandinisten aufzubauen. An diesem Punkt wurde ein 75-Mio.-Dollar-Kredit aufgebracht, für den sich insbesondere die Entwicklungshilfeorganisation US-AID stark machte.[2] Das Programm, das im Fiskaljahr 1981 eingeführt werden sollte, sah das Geld vor allem für Organisationen des privaten Sektors mit explizit antisandinistischer Zielsetzung vor: den Obersten Rat Privater Unternehmen (COSEP), FUNDE (einer regierungsfeindlichen Alternative zur Sandinistischen Kooperativenorganisation) und der AIFLD (American Insitute of Free Labor Development), die wiederholt direkte Zusammenstöße mit den sandinistischen Gewerkschaften provoziert.[3]

Ronald Reagans Wahlsieg über Carter bekamen die Nicaraguaner unmittelbar nach dessen Amtseinführung im Januar 1981 zu spüren. Die antretende Administration Reagan machte eilige Schritte, die nicaraguanische Wirtschaft in den Würgegriff zu nehmen. Wenige Tage, nachdem Reagan sein Amt übernommen hatte, suspendierte er die meisten Formen US-amerikanischer Wirtschaftshilfe, mit Ausnahme des 75-Mio-Dollar-AID-Programms, das zu diesem Zeitpunkt erst noch ausgezahlt werden mußte[4].Mit dem Vorwand Nicaragua unterstütze „den Terrorismus", indem es die salvadorianische Guerilla mit Waffen versorge, verschäfte die Reagan-Administration im April 1981 das Zurückahlten bilateraler Hilfe. (Der Hinweis auf „Terrorismus" machte eine weitere Hilfe gesetzlich unmöglich). Gleichzeitig anullierte Reagan einen 9,8 Mio. Dollar-Kredit, der zuvor aufgrund des Gesetzes 480 zum Kauf von Weizen („Food for Peace") genehmigt worden war. Diese Maßnahme hatte unmittelbare Auswirkungen auf Nicaraguas Versorgung mit Brot und Nudeln[5]. Da private Weizenhändler und großzügige „Food-for-Peace"—Kredite erfolgreich Nicaraguas jährliche Weizenimporte in die Höhe getrie-

ben hatten — von 21.000 Tonnen 1955 auf über die zehnfachen Werte in den siebziger Jahren, — war das Embargo schmerzlich[6]. Ironischerweise verkündete das State Department ausgerechnet am Tag der Verhängung des Getreidestopps aufgrund seiner Unfähigkeit, Beweise seiner vorangegangenen Behauptungen vorzulegen, daß Nicaragua „praktisch (virtually) den Strom von Waffen nach El Salvador gestoppt" habe.

Die Reagan-Administration begab sich schnell an andere Fronten. Nicaragua wurde von Regierungsprogrammen ausgeschlossen, die US-Investitionen und Außenhandel fördern, wie z. B. Handelskredite der Import-Export-Bank und die Versicherung für US-Auslandsinvestitionen, die die Overseas Private Investment Corporation anbietet[7] (vergleichbar den Hermes-Bürgschaften für BRD-Investitionen, d. Ü.)

Die Zuckerquote wird drastisch reduziert

Um die ökonomische Zwangsjacke, in die die USA Nicaragua stecken wollen, noch enger zu schnüren, verringerte Reagan die Zuckerexportquote Nicaraguas von 59.000 Tonnen um 90 % auf 6.000 Tonnen[8]. Die Reduktion entsprach einem Verlust von 15,6 Mio. Dollar in Exporteinnahmen in einer Zeit scharfer Devisenknappheit für die Nicaraguaner.[9] Obwohl neue Zuckermärkte erschlossen werden konnten, zunächst in Algerien und im Iran, erhalten die Nicaraguaner so nur 6 cents für das pound (lb.) Zucker, den sie sonst in den USA zu einem Vorzugspreis von 17-22 cents pro 1b. hätten verkaufen können[12]. Nicaragua wandte sich mit einer formellen Beschwerde an das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen der Vereinten Nationen (GATT) mit dem Argument, die USA hätten ihre allgemeinen Verpflichtungen gegenüber der Freiheit des Handels verletzt. Offizielle Vertreter der US-Regierung rechtfertigten das Vorgehen mit der Behauptung: „Wir haben (die Zuckerquote) nicht eliminiert, sondern nur angepaßt"[13]. Sie erkannten an, daß der einzige Grund, warum sie die Zuckerquote Nicaraguas nicht total aufgehoben hatten, die Bestimmungen von GATT waren. Diese legen fest, daß Länder, die ein Quotensystem bei ihren Einfuhren benutzen, ein „Gleichgewicht" unter den Exportländern aufrechterhalten müssen. Ironischerweise bestrafte die Quotenbeschneidung Nicaraguas Privatsektor, der 50-60 % des Zuckersektors und 60 % der gesamten Volkswirtschaft kontrolliert. Nicaraguas größtes privates Zuckerunternehmen protestierte formell gegen die Beschneidung als einer starken Einschränkung ihrer Operationen.

Während die USA den ökonomischen Druck auf den Handel verschärften, antwortete Nicaragua mit einer Diversifizierung seiner Handelspartner. 1983 gingen 10 % seiner Exporte an völlig neue Handelspartner im Nahen Osten und in Nordafrika. Die europäischen Länder haben ihre Ausfuhren nach Nicaragua erhöht, am auffälligsten Frankreich und Spanien. Mexiko hat geschätzt, daß es 1983 Fertigwaren im Wert von 100 Mio. Dollar nach Nicaragua ausgeführt hat, und plant diese Zahl 1984 noch einmal um 25 % zu steigern. Im Laufe dieser Entwicklung hat Mexiko die USA als Nicaraguas wichtigster Handelspartner abgelöst. (Die Importe aus den USA sind von 30 % vor der Revolution auf 16 % 1983 zurückgefallen).[14]

Selektive Kreditvergabe

Der Druck der USA hat die finanzielle Blokkade Nicaraguas auf solche Institutionen ausgeweitet, deren Charta explizit politischen Kriterien der Kreditvergabe ausschließen: die multilateralen Finanzorganisationen. 1979 verletzte der Internationale Währungsfonds in flagranter Weise diesen „Bann über die Politik", indem er der Somoza-Diktatur gerade 9 Monate vor ihrem Sturz einen 66 Mio. Dollar-Kredit bewilligte.[15] Kaum eine Spur dieser 66 Mio. Dollar — wohl einer der schlechtest beratenen IWF-Kredite — befand sich noch in Nicaraguas Zentralbank, als Somoza fluchtartig das Land verließ. Als zusätzliche Härte für die Sandinisten wurden diese aufgefordert, den Kredit *sofort* zurückzuzahlen, als dem IWF berichtet wurde, daß Somozas Angaben über sein Haushaltsdefizit von 1979 auf falschen, beliebig zusammengewürfelten Zahlen beruht hatte.

Seit Somozas Sturz hat der US Executive Director des IWF eine Kampagne geführt, so harte Bedingungen zur Gewährung jedweden Kredits an Nicaragua zu stellen, daß ein Abkommen seither nicht einmal auch nur in Sichtweite gekommen ist. Im gleichen Zeitraum hat jedes andere mittelamerikanische Land substantielle IWF-Kredite über die vergangenen zwei Jahre hinweg erhalten.[16]

Was macht das wirtschaftliche Programm Nicaraguas für die internationalen Finanzorganisationen wie den IWF so empörend und befremdlich? Nicaraguas Politik „wirtschaftlicher Anpassung" befindet sich in scharfem Gegensatz zu der Art „wirtschaftlicher Anpassung", die der IWF aufzuerlegen sucht. Sie gibt wirtschaftlichen und sozialen Zielen Vorrang, die aktiv eine Umverteilung von Macht und Wohlstand fördern. Anstelle den Direktiven des IWF zu folgen, den privaten Sektor „abzusichern und größeren Spielraum zu gewähren" („reassure")

- stellt sich Nicaraguas Wirtschaftsprogramm einer umfangreichen Abwertung des Córdoba entgegen und führt statt dessen ein differenziertes Wechselkurssystem ein, mit speziellen Anreizen für bestimmte Exportsektoren;
- wird eine 50%ige Steuer auf nichtessentielle Importe, wie Luxuskonsumgüter, erhoben.

Nachdem die Möglichkeit IWF-Krediten zu erhalten endgültig in weite Ferne gerückt ist, hat die Reagan-Administration ihre Blockadepolitik noch in zwei andere große Finanzorganisationen hineingetragen: die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank. Während 1979 Nicaragua 179 Mio. Dollar von diesen beiden Institutionen erhielt, mit Aussicht auf weitere 149 Mio., wurden letztere aufgrund des Drucks der Reagan-Administration auf 30 Mio. 1983 zusammengestrichen.[18] Im Februar



Beim Überfall auf Pantasma am 18. 10. 83 zerstörte Lastwagen des Bauministeriums.
Foto: Cordelia Dilg

1982 brachte das obere Weltbankmanagement ein" *Country Program Paper"* in Umlauf, das die sofortige Suspendierung jedweder Unterstützung durch die Banken in folgenden Bereichen vorsah:

- **Wasserversorgung** — obwohl der Bericht feststellte, daß nur 34 % der Landbevölkerung Zugang zu gesicherter Wasserversorgung haben;
- **Erziehung** — obwohl der Bericht die große Nachfrage nach Erziehung anerkannte, beendet die Kürzung einen 40 Mio Dollar Kredit zur Unterstützung der Alphabetisierungskampagne;

- **Bau von Landstraßen.** In den Gebieten Landwirtschaft, Industrie und Energie, wo sich Projekte bereits in der Entwicklung befanden, wurden diese auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Das *„Country Program Paper"* anerkannte: *„Nicaragua hat seine externen Verpflichtungen verantwortungsvoll gehandhabt und unbeschadet ständiger Devisenknappheit, seine Schulden pünktlich zurückgezahlt."* Das Papier nahm außerdem zur Kenntnis, daß genau die Projekte, die von der vorgesehenen Einfrierung der Weltbankkredite betroffen waren. von der nicaraguanischen Regierung als vital für die Gesundung der nicaraguanischen Wirtschaft angesehen wurden. So war das Vorenthalten der Bankkredite klarer Bestandteil einer bewußten Strategie, das wirtschaftliche Programm der Sandinisten zu unterminieren.

Innerhalb der Interamerikanischen Entwicklungsbank IBD hat sich ein ähnliches Szenario wiederholt. Dabei waren die USA in wiederholten Fällen die einzigen, die gegen Kredite für Nicaragua stimmten. Im Juli 1983 blockierten die USA die Auszahlung von 2,2 Mio. Dollar, die der IDB für Nicaragua vorgesehen hatte, und setzten sich damit über die Zustimmung zu einem Projekt aller anderen 42 Bankmitglieder hinweg. Mit den Geldern sollte ein Straßenbauprojekt abgeschlossen werden, das die USA zu Somozas Zeiten gefördert hatten.

Die „wirtschaftliche Abschußliste" *(hit list)*

Die Kampagne Nicaragua innerhalb der IDB zu ächten ist weit davon entfernt, im Geheimen abzulaufen. Das Wall Street Journal berichtete nach einer jüngsten Untersuchung des Kongresses, daß die Reagan-Administration Nicaragua auf eine wirtschaftlichen „Abschußliste" („hit list"), um die eigne Terminologie der Administration zu gebrauchen, gesetzt hat — zusammen mit vier anderen links orientierten Regierungen.

Der finanzielle Druck auf Nicaragua, der von den USA ausging, hatte noch stärkere Pressionen auf private Bankkredite zur Folge. Die Rückwirkungen waren beachtlich, da der Einfluß us-amerikanischer Bankkredite in dieser Region von großem Gewicht ist — US-Banken haben einen Anteil von 40 % an den privaten Bankkrediten im karibischen Becken — und zu Beginn des Jahres 1983 beliefen sich die Kredite der US-Banken an Nicaragua auf 404 Mio. Dollar.

Als Somoza 1979 floh, bürdete er der neuen Regierung 1,6 Mrd. Dollar privater Auslandsverschuldung auf, von denen ungefähr die Hälfte kommerziellen Banken gehörte. Nach dem Sieg der Sandinisten versprach Nicaragua Somozas Schulden zurückzuzahlen und die Privatbanken kündigten an, den Kreditstrom weiter fließen zu lassen. Unter dem massiven Druck der US-Regierung haben seit 1979 jedoch nur armselige 11 Mio. Dollar privater Bankkredite Nicaragua erreicht, und die hatten eine Laufzeit von nur 90 Tagen.

Die Reagan-Administration hat sich an verschiedene Fronten begeben, um kommerzielle Kreditlinien für Nicaragua zu erschweren.

US-Bankiers wurden durch das „Inter-Agency Country Exposure Review Committee" von Kreditvergaben für Nicaragua abgeschreckt. Dieses Komitee erarbeitet US-Klassifikationen von Entwicklungsländern, die US-Kredite erhalten. Obwohl Nicaragua seine Zinsen und Tilgungen stets prompt und vollständig bezahlte, wurde es zu Beginn des Jahres 1983 von „sub-standart" zu „zweifelhaft" heruntergestuft[22]. Eine jüngste Studie einer angesehenen Geschäftsorganisation, der Gruppe der Dreißig, kam zu dem Ergebnis, daß einige Bankiers diese Beurteilungen nicht für ganz objektiv halten: „Eine Anmerkung verschiedener kommerzieller Banken war, daß die US-Supervisoren politisch vom State Department beeinflußt werden ..."[23]

Bananen — Diplomatie

USA-Konzerne spielen eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung des Embargos. Im Oktober 1982 setzte die *Standard Fruit* (die Bananengesellschaft des *Castle & Cooke-Konzerns)* urplötzlich und mit enthusiastischer Unterstützung des State Department einen 1981 mit der sandinistischen Regierung unterzeichneten Vertrag aus. Standart Fruit war zu diesem Zeitpunkt der einzige Aufkäufer nicaraguanischer Bananen[24]. Nachdem die nicaraguanische Regierung daraufhin angekündigt hatte, sie wolle nun ihre Bananen selber vermarkten, mit geplanten Verschiffungen nach England, Holland und Frankreich, drohte der Präsident der Standart Fruit damit, Nicaraguas Banenenexporte „zu begraben", indem er den Markt mit eigenen Früchten überfluten wollte.[25] Ungeachtet dieser Drohungen hat nach dem Rückzug der Standart Fruit das nicaraguanische Staatsunternehmen Embanco mehr als 4 Mio. Kisten Bananen vermarktet, die 35 Mio. Dollar wertvoller Devisen ins Land brachten.

Erst vor kurzem hat *Exxon*, die die größte einzelne ausländische Investition in Nicaragua — die Ölraffinerie von Mangua — besitzt, sich geweigert, Öl von Mexiko nach Nicaragua zu transportieren. Eine dramatische Eskalation dieser Verweigerung erfuhr die nicaraguanische Wirtschaft durch die Kampagne wirtschaftlicher Sabotage der Contras, die von der CIA ausgebildet und finanziert werden. Die Contras führten allein im September und Oktober 1983 fünf größere Angriffe auf Ölanlagen aus und erklärten, sie würden die ankommenden Tanker in die Luft jagen. Neue Tanker wurden gechartert, um Rohöl zu transportieren, und Exxon raffiniert weiterhin Öl innerhalb der Grenzen Nicaraguas. Eine Unterbre-

chung der Ölzufuhren könnte dem Land einen schweren Schlag zufügen und würde die Wirtschaft weitgehend außer Gefecht setzen. Man nimmt an, daß Nicaragua nur Vorräte für zwei Monate lagern kann, und mehr als ein Drittel der Exporterlöse sind für den Kauf von Rohöl reserviert. Gegenwärtig versorgt Mexiko Nicaragua mit praktisch seinen gesamten Ölimporten — was 225 Mio. Dollar im Jahr bedeutet — zu einem geringererm als dem Weltmarktpreis aufgrund eines langfristigen Kreditabkommens.

Finanzierung von Wirtschaftssabotage

Vielleicht die unverfrorenste Komponente der US-Kampagne zur Unterminierung der nicaraguanischen Wirtschaft ist die großzügige Finanzierung und Zusammenarbeit mit den Contras, die sich darauf verlegt haben, Nicaraguas Infrastruktur zu zerstören. Nach Schätzungen der nicaraguanischen Regierung beliefen sich die materiellen Schäden zwischen Mai 1981 und Oktober 1983 auf insgesamt über 1 Mrd. Dollar. Die Contras haben ihre Angriffe auf Schlüsselbereiche der nicaraguanischen Wirtschaft konzentriert. Über die Angriffe auf Ölanlagen hinaus haben die Contras einen Bombenanschlag auf eine strategische Brücke beim Pazifikhafen Corinto verübt, über die der größte Teil des Außenhandels läuft.[29]

Die FAO hat das Jalapa-Tal als vorrangigen Ort für landwirtschaftliche Projekte ausgewählt, dennoch haben ständige Übergriffe der Contras das Anlaufen der Projekte verhindert[30]. Angriffe der Contras haben zeitweise die Kaffee- und Baumwollernte unterbrochen und den Transport durch Unterbrechung der Interamerikanischen Straße gleichzeitig an der honduranischen und costarricanischen Grenze lahmgelegt.[31] Die Contras operieren im Bewußtsein, daß sich die wirtschaftliche Basis des Landes um ein Dutzend exponierter Anlagen dreht. Eine Serie strategischer Schläge gegen Pipelines, Brücken, Raffinerien und Grenzübergänge könnte die nicaraguanische Wirtschaft ernsthaft unterminieren.

Das macht deutlich, daß in diesem Fall die Reagan-Administration ihre sonst gern als rhetorische Rechtfertigung ihrer Außenpolitik angeführte „Verteidigung des Freien Handels" mißachtet. Die USA sind dabei, einen wirtschaftlichen Krieg gegen ein Land zu führen, daß als „marxistisch" etikettiert wird, unbeschadet der Tatsache, daß sich der größte Teil seiner Wirtschaft auch weiterhin in privaten Händen befindet. Das State Department ermutigt ausländische Unternehmen das Land zu verlassen, obwohl die sandinistische Regierung einen Kodex für ausländische Investitionen erlassen hat, der diese begünstigt. Während Somoza auf 50 % Beteiligung nicaraguanischen Kapitals an ausländischen Investitionen bestand, erlaubt der Kodex bis 100 % ausländischer Kapitalbeteiligung in einigen Sektoren.[32] In Kenntnis der potentiell negativen Effekte ausländischer Investitionen sagte ein Miglied des Internationalen Direktoriums der FSLN, daß der Kodex in einer Art und Weise angewendet werden würde, die „Nicaraguas Devisenreserven stärken, den Handel mit der ganzen Welt erweitern und die Arbeitslosigkeit bekämpfen" würde.[33]

Die Aktionen der USA gegen Nicaragua wurden von Ländern wie Mexiko und Venezuela als klare Verletzung der Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verurteilt. Die Charta verbietet den Mitgliedern der OAS wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zum eigenen Vorteil gegenüber anderen Staaten zu ergreifen oder das wirtschaftliche Wachstum eines Mitgliedslandes ersticken zu wollen. Eine wachsende Zahl von US-Bürgern bringt ihre Opposition gegen die US-Politik zum Ausdruck. Hunderte sind nach Nicaragua geflogen, um an die Grenze zu Honduras zu gehen, wo die meisten Überfälle der Contras ihren Ausgang nehmen. Andere sind mit den Kaffeebrigaden ins Land gekommen, die zusätzlich zu ihrem kleinen Beitrag zur Wirtschaft des Landes, ein deutliches Zeichen der Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk setzen.

John Cavanagh, Joe Hackel
(aus: Counterspy, Vol. 8, No. 3 March-May 1984; Übersetzung: Ch. K.)

Anmerkungen

1) **Christian Science Monitor,** December 6, 1983.
2) David Landes, „Bilateral Economic Aid Polica," Paper prepared for conference on Polica Alernatives for the Caribbean and Central America (PACCA), October 1982, p. 8.
3) Jeff McConnell, „Counterrevolution in Nicaragua: the US Connection," **Counterspy,** May-June 1982, p. 16.
4) **Ibid.,** p. 15.
5) **New York Times,** February 12, 1982.
6) Joe Collins, **What Difference Could A Revolution Make?** (San Francisco, 1982).
7) Center for International Policy, **International Policy Report,** March 1983.
8) **New York Times,** May 10. 1983.
9) **Washington Post,** May 10, 1983.
10) **Multinational Monitor,** June 1983, P. 5.
11) **Washington Post,** May 12, 1983.
12) **Multinational Monitor,** June 1983, p. 6; and **Washington Post,** May 10, 1983.
13) **Washington Times,** April 4, 1983.
14) **Financial Times,** September 5, 1983.
15) Center for International Policy, **op. cit.,** p. 10.
16) **Ibid.**
17) **Christian Science Monitor,** December 6, 1983.
18) **New York Times,** February 3, 1983.
19) Center for International Policy, **op. cit.,** p. 10.
20) World Bank, **Country Program Paper: Nicaragua,** February 16, 1982.
21) **Washington Post,** July 30, 1983.
22) Mark Hansen, „US Banks in the Caribbean Basin: Towards a Strategy for Facilitating Lending to Nations Pursuing Alternative Models of Development," paper prepared for conference of Policy Alternatives for the Caribbean and Central America (PACCA), October 1983.
23) **Ibid.**
24) **Guardian,** January 19, 1983.
25) **Ibid.**
26) **Guardian,** December 8, 1982.
27) **New York Times,** December 8, 1982.
28) **Washington Post,** October 15, 1983.
29) **Washington Post,** October 6, 1983.
30) Institute for Food and Development Policy, **Food First News,** Winter 1983.
31) **Washington Post,** October 6, 1983.
32) **New York Times.** December 8, 1982.
33) **Multinational Monitor,** March 1983, p. 21.

Miskito-Indianer zwischen den Fronten

Der Krieg an Nicaraguas Atlantikküste

Nach fünf Jahren Revolution sind die interethnischen Probleme in den Indianergebieten Nicaraguas so gravierend geworden, daß sie womöglich über den Fortbestand der linken Regierung mitentscheiden werden. Es könnte sogar sein, daß über diesen „schwächsten Punkt" die sandinistische Revolution zu Fall gebracht werden kann.
Die Internationalisierung dieses Guerillakrieges an der nicaraguanischen Atlantikküste hat zu einer bizarren Veränderung des ursprünglichen Anspruchs der Revolutionsregierung geführt. Wollten die Sandinisten nach 1981 mit ihrer Indianerpolitik „ein Beispiel geben" für ganz Amerika, so geht es heute kaum um mehr, als vorläufig die schlimmsten Auswirkungen die Fehler von gestern zu beheben.

Seit zwei Jahren gibt es hier einen Krieg, indem inzwischen auch Indianer gegen Indianer schießen. Im April hat der Atlantikküster-Minister William Ramirez verkündet, daß jetzt ein ganzes Miskito-Bataillon vom Sandinistischen Heer aufgestellt wurde und im Nordosten auch eingesetzt wird. Die Miskito-Guerilla MISURA, die von Steadman Fagoth geführt wird, hat rund 2.000 Kämpfer unter Waffen. Dies belegt aber nicht eine Polarisierung der indianischen Bevölkerung in überzeugten Sandinisten und Anti-Sandinisten. Im Gegenteil: Die Miskito, Sumu und Creoles stehen heute zwischen den Fronten.

Der zugespitzte Konflikt um Land- und kulturelle Forderungen hat sich längst verselbständigt. Selbst unter nahezu aussichtslosen Bedingungen müssen die Sandinisten jetzt kurzfristige Lösungen suchen. Am deutlichsten wurde diese fatale Entwicklung im Dezember 83, als die Regierung in Managua eine Amnestie für alle die Indianer verkündete, die sich in irgendeiner Weise gegen die Sandinisten gestellt hatten. Denn von den 25.000 nach Honduras geflohenen Indianern kamen nur etwa 200 zurück. Zu Fall gebracht wurde die Amnestie dann durch einen einzigen Vorfall: Ungefähr 3 Wochen nach dem Amnestieangebot kam die antisandinistische Guerilla Steadman Fagoths in einer offenbar gut geplanten Aktion in ein Miskito-Dorf und „führte" die über 2.000 dort lebenden Indianer teils freiwillig, teils wohl auch unter Zwang nach Honduras. Der katholische Bischof der südlichen Atlantikküste, der US-amerikanische Kapuziner Salvodor Schlaefer gab bei dieser Aktion „Geleitschutz". Dies war für die Flüchtlinge in Honduras und Costa Rica ein eindeutiges Zeichen dafür, daß an eine problemlose Rückkehr nach Nicaragua nicht zu denken war. Nun gab es ja wieder Zeugen dafür, daß man als Indianer aus der sandinistisch kontrollierten Atlantikküste nur noch fliehen konnte. Ob Bischof Schlaefer indessen die Miskitos aus freiem Willen — wie er später behauptete: aus seelsorgerischen Gründen — begleitete oder obv er dazu gezwungen wurde, spielt auch in der internationalen Öffentlichkeit für den Effekt dieser Aktion keine Rolle. Inzwischen war das Mißtrauen fast aller Indianer gegen die Sandinisten durch Militarisierung und Krieg derart gewachsen, daß die Amnestie ohnehin keine Früchte mehr tragen konnte[1]. Denn die Zentralregierung in Managua hat zu lange ihre Integrationspolitik auf politisch



Monsignore Schlæfer besucht eine Miskito-Neusiedlung. *Foto: Cordelia Dilg*



Frauen einer Miskito-Theatergruppe hinter der Bühne. *Foto: Cordelia Dilg*

und militärische Kontrolle der Atlantikküste durch die fast ausschließlich spanischsprechende FSLN-Kultur hin angelegt.

Die vom sandinistischen Heer durchgeführten taktischen Umsiedlungen der Miskitos von der Grenze zu Honduras weg ins Landesinnere (vom Januar und Dezember 82) und die Zerstörung der evakuierten Dörfer, um die Guerilla an ihrem Gebrauch zu hindern, bestätigten dann die aussichtslose Lage, in der sich die Sandinisten mittlerweile militärisch und politisch befanden. Sie mußten sich damit abfinden, daß die militärische Verteidigung den politischen Erfordernissen vorzuordnen waren. Die Umsiedlungen jedoch verschärften nochmals die angespannte Lage zwischen Miskitos und den Sandinisten.

Der Kampf um die Miskitos

Die ersten Zwangsumsiedlungen bedeuteten gleichzeitig den völligen Stillstand der Sozialprogramme in den übrigen Dorfgemeinschaften, nachdem hier schon seit 1981 selbst Impfkampagnen der Regierung boykottiert worden waren. Mittlerweile lassen Militarisierung und Krieg der indianischen Bevölkerung nur mehr wenig Spielraum und kaum noch die Chance, vom Krieg verschont zu bleiben und ihr gewohntes Leben weiterzuführen. Für viele Dorfgemeinschaften bleibt nur die Möglichkeit, aus den Kampfgebieten zu fliehen.

Nach letzten Informationen sind die Zwangsevakuierungen durch die Sandinisten in den vergangenen Monaten wieder aufgenommen worden. Bisher ist allerdings unklar, ob es sich dabei um zeitlich begrenzte Maßnahmen in den häufig wechselnden Kampfzonen handelt. Nach Berichten aus Honduras kommen wieder ganze Dorfgemeinschaften in Mokoron, einem Auffanglager für Miskitoflüchtlinge im honduranischen Grenzgebiet, an. Genaue und verläßliche Informationen gibt es hier nicht, da mit Ausnahme der Neusiedlungen und der Städte Bluefields und Puerto Cabezas, die gesamt Atlantikküste militärisches Sperrgebiet ist und nicht besucht werden darf.

Zumindest wissen wir aber hierdurch von der Strategie der Miskito-Guerilla, die mit der somozistischen FDN verbündet ist: Sie rekrutieren nicht nur möglichst viele junge Männer aus den Dörfern, sondern sind auch zu gezielten Angriffen auf die Infrastruktur der Region übergegangen: Anschläge auf Brücken, Straßen, Fernmeldeeinrichtungen, aber auch auf Aufforstungsgebiete, eine Sägemühle und auf die Hafenmohle von Puerto Cabezas, sowie die von CIA organisierte Verminung des Hafens von Bluefields, *The Bluff,* haben Folgen nicht nur für die militärische Handlungsfähigkeit der Sandinisten. sie behindern auch die Versorgung der Dorfgemeinschaften mit Lebensmitteln. Eine Hungerkatastrophe kann schon in den kommenden Monaten wahrscheinlich werden.

Spätestens seit Anfang 1983 können wir davon ausgehen, daß auf der einen Seite die von den USA mit Waffen belieferte indianische Guerilla darauf abzielt, möglichst viele Versorgungsleistungen für die indianische Landbevölkerung den Sandinisten aufzubürden — besonders, da sie außer der unmittelbaren Grenzregion keine Gebiete ständig kontrollieren, sondern sie nur unsicher machen können. Andererseits wissen die Sandinisten, daß die Dorfgemeinschaften auch politisch leichter zu kontrollieren sind, wenn sie nicht autark, sondern von Nahrungsmittellieferungen abhängig sind: d. h. Indianer werden zeitweise nicht auf ihre Felder gelassen.

Gerade die Unabhängigkeit der für die Subsistenz der Dorfgemeinschaften produzierenden Bauern war es, die den Konflikt mit der Regierung ausgelöst hatte — der Konflikt um die Landforderungen und um regionale Autonomie des Indianergebietes. Bis heute hat sich an der Atlantikküste die kapitalistische Produktionsweise nicht allgemein durchgesetzt: Mit Ausnahme der Enklavenwirtschaft der Fischereiindustrie, der drei Großminer und einer Zukkerraffinerie herrscht weitgehend Subsistenzproduktion vor.

Die ethnisch-politischen Probleme zwischen Indianern und Sandinisten

Wenn die Indianer für das sandinistische Nicaragua zum Problem geworden sind,

Foto: Cordelia Dilg

dann im Grunde, weil sie sich deren Strategie von wirtschaftlicher Entwicklung und militärischer Absicherung nicht unterordnen wollen und können: weil sie an ihrer nichtkapitalistischen Produktionsweise festhalten, vor allem kaum zu Lohnarbeit bereit sind, und weil sie nationastaatliche Grenzen (zwischen Nicaragua und Honduras) nicht verstehen und nicht anerkennen, die ihr Territorium durchschneiden. Schließlich reicht die Miskitoküste bis weit in den Osten von Honduras hinein.

Die FSLN hat 1079 einen ersten Schritt in Richtung auf einen Kompromiß zwischen „ihrer" sandinistischen Revolution und der Anerkennung ethnischer Identität und Autonomie der Indianer getan: Sie hat die unabhängige indianische Organisation MISURASATA, anerkannt und unterstützt. Dennoch blieb ihr Ziel immer, das Ethnische dem Klassenkampf unterzuordnen. Staatschef Daniel Ortega hat damals mehrfach geäußert, die Indianer sollten sich vor allem als Arme und Bauern fühlen, sollten sich mit dem revolutionären Kampf, mit dem Befreiungsversuch der Nicaraguaner von Somozismus und Imperialismus identifizieren.

Um jedoch ethnische Militanz zu kanalisieren, war die MISURASATA ein zweischneidiges Mittel. Die Teilnahme der jungen indianischen Intellektuellen, die die Führungsgruppe von MISURASATA bildeten, an der nationalen Politik in Managua bedeutete nicht zuletzt, Integration in die Verkehrsformen der nicht-indianischen Gesellschaft: Verhandlungen unter den Führern um Kompromisse, Taktieren, das Einsetzen von Machtmitteln. Doch während die nationale Leitung der FSLN ihre Politik tatsächlich zentralistisch bestimmen kann, ist das politische System der Miskito durch die Machtlosigkeit seiner Führer bestimmt. Sie sind nur so lange Führer, wie ihnen gefolgt wird. Ihre Entscheidungen können nicht delegiert werden, sondern werden durch Konsensbildung in den Dörfern getroffen, durch Reden, bis man sich einig ist. Deshalb können sie auch nur langsam und wenig flexibel auf die Regierungspolitik reagieren, denn wenn man sich nicht einig werden kann, wird die Problemlösung vertagt.

Bis heute ist die Revolution im indianischen Nicaragua, im tropischen Wald und den Piniensavannen an der nördlichen Karibikküste, ausgeblieben. Um sie in die sandinistische Revolution einzupassen, sind die Indianer zu widerstandsfähig — um ihre Selbstbestimmung durchzusetzen, zu schwach. „Indianische Revolution", das hieße, die Kolonalisierung der autochthonen Völker dieses Gebietes durch das spanisch-sprachige Nicaragua zu überwin-

den. Das würde regionale Autonomie über Lebensformen und über die Ausbeutung der Naturressourcen bedeuten — ohne sich wiederum von der anderen Seite, dem Interesse der international organisierten Gegenrevolution, instrumentalisieren zu lassen.

Für Selbstbestimmung scheint es solange keinen Platz zu geben, wie der Krieg andauert — solange die beiden eigentlich kämpfenden Seiten stärker sind als die Miskito, Sumu und Creoles, die zwischen die Fronten geraten sind und oft das Spiel des einen oder anderen mitspielen müssen.

Lernprozesse mit Beton: Das Beispiel Spielplatz

Im Verlaufe dieses Krieges an der Atlantikküste hat die sandinistische Regierung lernen müssen, daß mit Militarisierung und einer forcierten Integrationspolitik dieses Gebiet langfristig nicht zu sichern ist.

Das von der Regierung getragene Forschungsinstitut für die Atlantikküste CIDCA hat im April dieses Jahrs eine Studie über Geschichte und gegenwärtige Lage in der Region veröffentlicht, die in außergewöhnlich selbstkritischer Weise die Übergriffe von Heer und Miliz auf die indianische Bevölkerung anprangert und — zum ersten Mal in Nicaragua — soweit geht, die Idee eines „multi-ethnischen" Staates als Ziel zu formulieren. Dennoch kann vor übertriebenen Hoffnungen in Lernprozesse, die unter Kriegsbedingungen sehr schwer möglich sind, nur gewarnt werden. So sehr die CIDCA-Studie und Äußerungen von Regierungsmitgliedern nahelegen, daß die Sandinisten selbst bemüht sind, das eigene Heer an Repressionen gegenüber der indianischen Zivilbevölkerung zu hindern, so wenig wird offensichtlich das eigene Sendungsbewußtsein der Revolutionäre gegenüber ethnischen Minderheiten und damit auch der eigene Fortschrittsbegriff infragegestellt. Mit folgender 'Anekdote' will die erwähnte CIDCA-Studie ein Beispiel für den einsetzenden Lernprozess **beider** Seiten geben:

„Der unfertige Spielplatz in Tasbapauni demonstriert vielleicht am ehesten die gegenwärtige Beziehung zwischen der sandinistischen Revolution und den ethnischen Gruppen an der Atlantikküste. Vor zwei oder drei Jahren hat die Revolutionsregierung entschieden, der Gemeinde Materialien zum Bau eines Kinderspielplatzes zu geben. Bald kam Zement und das Versprechen, auch Spielgeräte zu liefern, sobald

Miskito-Umsiedlung Truslaya

Foto: Cordelia Dilg

die Gemeinde den Spielplatz fertig angelegt habe. Ein junger Mann fing sofort an zu arbeiten und versuchte, andere dazu zu bewegen, ihm zu helfen. Aber niemand tat es. Die Leute kamen vorbei und sagten, daß der Ort für einen Spielplatz blöd sei, sumpfig und immer feucht. Oder sie meinten, die Regierung würde die fehlenden Sachen ja doch nicht geben, denn, wieso baut die Regierung den Spielplatz nicht selbst. Der junge Mann jedoch machte weiter, immer wenn er ein paar Stunden Zeit hatte. Er baute eine Mauer um den Platz, damit das Wasser dort nicht mehr eindringen konnte. Aber ohne die Hilfe der anderen war er nicht schnell genug, Feuchtigkeit und Regen machten den Zement zu Stein. Schließlich hörte auch er auf weiterzuarbeiten.

Zunächst waren viele Leute zufrieden darüber, denn sie hatten ja recht damit behalten, daß es sich nicht gelohnt habe, mitzumachen. Nach und nach aber begann der unfertige Spielplatz bei den gleichen Leuten, eine andere Geschichte anzunehmen. Wenn sie jetzt an der aufgegebenen Baustelle vorbeikamen, meinten sie, daß die Regierung ihnen vielleicht etwas Gutes habe tun wollen. Hätten sie beim Bauen geholfen, so wäre jetzt ein Spielplatz für ihre Kinder da.

Die Probleme kamen von beiden Seiten. Die Regierung mit ihrem guten Willen, wollte etwas für die Leute tun, ohne diese aber nach ihren Interessen zu fragen oder sich um deren Aufnahmefähigkeit für ein solches Projekt zu bekümmern. Die Leute auf der andere Seite waren in ihrem historischen Fatalismus gefangen, der mit den Folgen jahrhundertelangen Paternalismus' und der traditionellen Weigerung allem „Spanischen" gegenüber verknüpft ist."

Von den Autoren unbeabsichtigt belegt der Text, daß die Zeit des Paternalismus in Nicaragua keineswegs zuende ist. Tasbapauni liegt auf einer langgezogenen Insel vor der „Lagune der Perlen": ein je zur Hälfte von Miskitos und Creoles bewohntes großes Dorf, das zur einen Seite aufs offene Meer und zur anderen auf die Mangroven der Lagune zugeht. Hier, wo es keine Autos gibt, sollte sich der Fortschritt seinen Weg bahnen, sollten die Kinder frühzeitig lernen, was Beton ist? Es ist kaum glaubhaft, daß die Einwohner aus diesem gescheiterten Projekt etwas über gute Absichten der Regierung gelernt haben. Viel wahrscheinlicher ist doch, daß sie noch heute an der Baustelle vorbeikommen und sagen: „Wir tun nichts, was wir nicht tun wollen!"

Was die Sandinisten hier fälschlicherweise als historischen Fatalismus wahrnehmen, ist viel eher die Verpuppung eines von ihnen nicht verstandenen passiven ethnischen Widerstands. Hat nicht ein künstlicher Spielplatz in einem Indianerdorf so viel zu suchen, wie Pfeil und Bogen in Miskito in den Supermärkten von Managua wo sie gelegentlich in der Auslage stehen?

Robin Schneider

Anmerkungen

(1) Schon im September 10981 hatte der damalige Vizeminister für die Atlantikküste, Lumberto Campbell, vor der UNO in Genf den geflohenen Miskito-Indianer angeboten, in ihre Heimat zurückzukehre. Einige, vor allem Männer, machten davon auch Anfang 1982 Gebrauch. Sie wurden jedoch zunächst von den Sandinisten verhört und durften nicht in ihre Dörfer zurück. Damit wurde für die anderen deutlich, daß es keine verbindlichen Garantien für eine ungehinderte Rückkehr gab.

Literaturhinweise

Informationsbüro Nicaragua: Dokumentation zum FR-Artike„I Statt Sozialismus Deportationen und Konzentrationslager" vom 25. 5. 1984, Wuppertal 1984 (10 Seiten, 2.- DM)

Nationale Revolution und indianische Identität. Der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern an Nicaraguas Atlantikküste, Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.), Wuppertal 1982 (216 Seiten, 18.- DM)

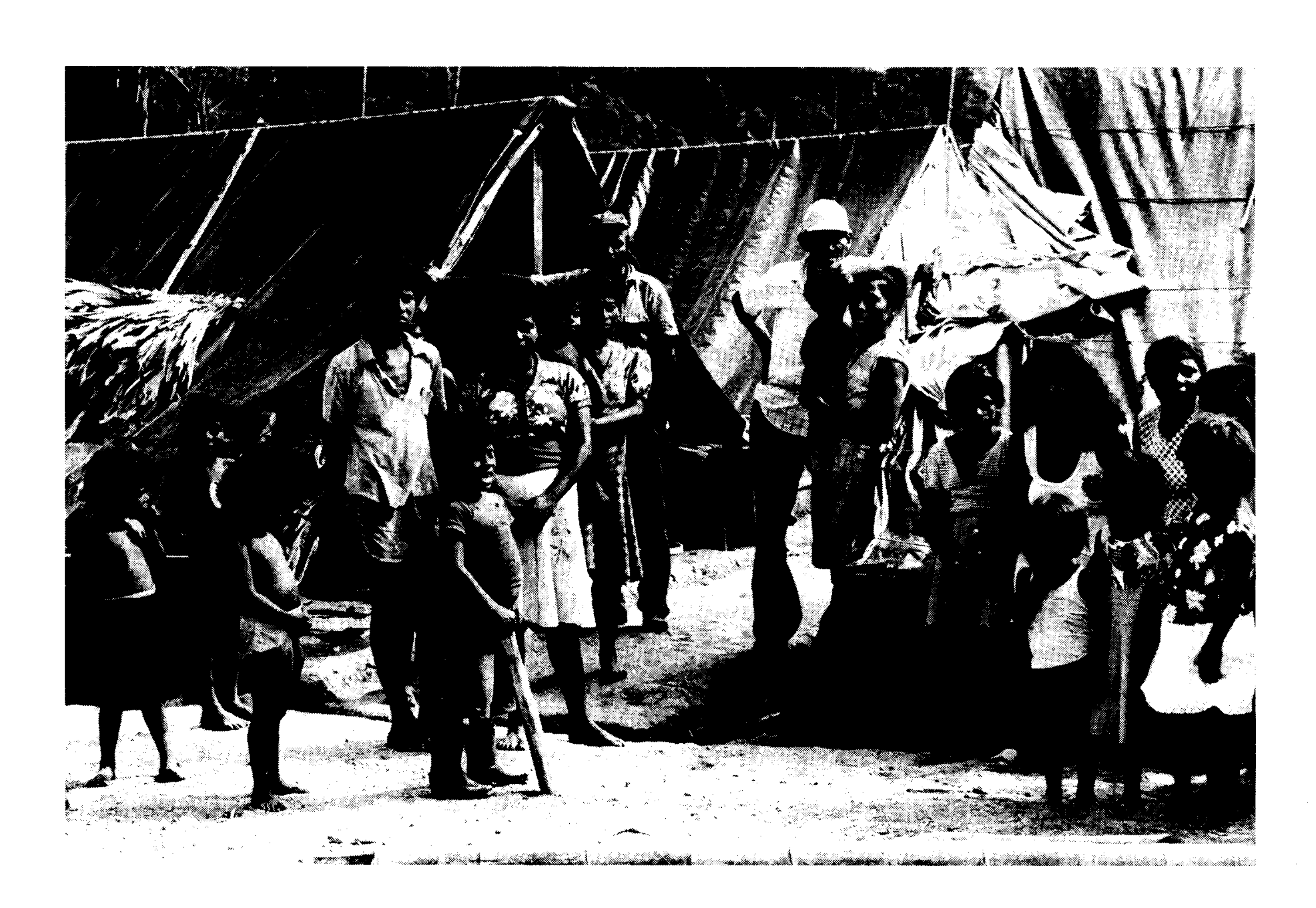
Nicaraguas Indianer. Sandinistische Revolution gegen indianische Selbstbestimmung, pogrom, Nr. 94, Jg. 13, 1982 (60 Seiten, 4.- DM; Bezug: Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 34 Göttingen)

Indianer in Mittelamerika. Selbstorganisation und Widerstand. Landraub und Massaker. pogrom, Nr. 104, Jg. 14, 1983 (80 Seiten, 4.- DM)

Centro de Investigaciones y Documentacion de la Costa Atlantice (CIDCA): Trabil Nani: History and current Situation in Nicaragua's Atlantic Coast, Managua o. J. 1984 (70 Seitzen, 5.- DM; Bezug: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal)

Rediske, M.: Lernen mitten im Krieg. Interview mit William Ramirez und Hazel, Lan.: in: Die Tageszeitung vom 26. 5. 1984

Schneider, R.: Nicaragua. „Wie gigantische Ameisenkolonnen", Neue Indianerumsiedlungen an Nicaraguas Nordgrenze, in: pogrom, Nr. 97, Jg. 14, 1983, S. 45-48 und in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 112, Jg. 10, S. 55-61



Briefe aus Wiwili 1980-1983

Eine Dokumentation von Walter Moßmann

Auf der Weltkarte ist Mittelamerika eine „Landbrücke" zwischen den großen Brokken Nord- und Südamerika, vergleichsweise winzig, ohne eigene Bedeutung, Lieferant von Kolonialwaren, Bananen und Kaffee. Bananenrepubliken im trostlosen Hinterhof der USA: Armut, Hunger, Unterernährung, Seuchen, Militär-Regimes, blutige Unterdrückung, Massaker ..., das war schon immer so. Das fand nie größeres Interesse.

Seit vier, fünf Jahren ist Mittelamerika interessant, weil sich gefährlich viele Menschen dort auflehnen gegen Zustände, die schon immer so waren: 1979 Revolution in Nicaragua, Guerilla-Krieg in El Salvador, militärische Gegenmaßnahmen der USA, die ganze Region ein weltpolitischer Brennpunkt.

Die Zeitungen versorgen uns mit strategischen Skizzen. Aber seit ein Terrorkommando der Contra vor einem Jahr den Tonio ermordet hat, genügt mir dieses Zeitungswissen nicht mehr. Ich lese die Briefe durch, die Tonio an seine Familie geschrieben hat. Ich versuche mir vorzustellen, was das für ein Ort ist, Wiwili.

Eine andere Welt

Eine andere Welt. Die Jahreszeiten haben andere Bedeutung: *(Februar 81): Erstmals sehe ich Blüten hier, gelbe große zarte hellblaue, tiefrote tropische, wobei ringsum das eintönige Grün der letzten Monate abtrocknet und langsam gelb wird. Wie lange halten das die Blüten aus?* Von Schlangen und Schildkröten ist die Rede, von Colibris, Papageien und Geiern, oder von den Maultieren, *die sehr trittsicher ihre Lasten oder den besoffenen Campesino oben drauf auch im Dunkeln über die schwierigsten Wege nach Hause bringen. Weigert sich ein solches Maultier, einen Fluß oder einen Sumpf zu durchqueren, wird das, wie ich hörte, vom Reiter immer akzeptiert, da erzählt wird, daß durch Gewaltkur da noch keiner lebend durchgekommen ist.*

Wiwili liegt in den Bergen am Oberlauf des Rio Coco, 35 Kilometer von der hondurensischen Grenze entfernt. Der größere Ortsteil auf dem Westufer (2000 Einwohner) ist traditionell Handels- und Verwaltungszentrum für ein Gebiet, in dem 11.000 Menschen leben. Der kleinere auf dem Ostufer, „Jinotegita", ist von den Campesinos geprägt, Kaffee-Gebiet. Weit verstreut leben etwa 40.000 Menschen im östlichen Hinterland, das zum Teil noch gar nicht kartografisch erfaßt ist, eine Wildnis, oft überhaupt nur an den Flußrändern zugänglich. Der Rio Coco ist die wichtigste Straße, wenn er nicht gerade Hochwasser hat. *(Oktober 80): Die Leute am Fluß räumten in Eile ihre ärmliche Habe aus den Häusern/Hütten, um weiter oben abenteuerliche Notunterkünfte zu errichten. Vier Häuser wurden mitgerissen ... Wir waren also mal wieder von der Umwelt abgeschnitten, ich mit drei Leuten alleine im Hospital. Zum Glück lief alles gut, Schwerkranke, die eventuell hätten wegtransportiert werden müssen, gab's nicht ... Die einzige Gefahr war also eine Epidemie (zum Beispiel Typhus), wegen der Scheiße, die aus den Latrinen hochgeschwemmt wurde ... In Eile schafften wir dann Impfstoff heran für 500 Leute ... die einzige Telefonleitung war auch zerstört ...*

Eine Woche später fuhr ich mit der Ambulanz nach Jinotega ... Für die läppischen 106 Kilometer brauchten wir 18 Stunden, die ansonten harmlosen Flüßchen waren reißend, unser Jeep blieb etliche Male im Fluß hängen ...

In dieser abgelegenen Region hat es vor der Revolution überhaupt keine Gesundheitsversorgung gegeben, kein Arzt fand den Aufenthalt in Wiwili rentabel.

(Aus dem Arbeitsbericht 81): *Die Erkrankungen der Atemwege, die Parasitendurchseuchung, Mangel- und Unterernährung, hohe Erkrankungsrate an Malaria, Amöbiasis und Leishmaniose (Berglepra) und Tuberkulose kennzeichnen den schlechten Gesundheitszustand der Menschen ...*

Die Revolutionsregierung hat dann im Haus des Bürgermeisters (der hatte sich nach Honduras abgesetzt) ein kleines Hospital eingerichtet und drüben in Jinotegita eine Gesundheitsstation. Umbauten, Anbauten, Ausstattung mit Mobiliar und einfachen Geräten, Medikamente ... ohne Eigenarbeit der Bewohner von Wiwili geht nichts; jedes Kilo Zement hat seinen Wert, jede Taschenlampenbatterie, jeder Stuhl für die Ambulanz; eine Schenkung von „Medico International" hat eine Bedeutung, die die Geldspender kaum ermessen. Und auch die „Internationalistas", die ausgebildeten Ausländer wie Tonio und der Pfleger Michael Kirschmann sind für die Aufbauzeit nicht ersetzbar. *(November 81): Die Arbeit ist weiterhin immens. Letzten Monat 1.500 Patienten in der Consulta externa, fast 100 Patienten stationär, 12 Geburten (1 mal Zwillinge), etliche Operationen (kleine) und Narkosen waren nötig. Auf kurativem Gebiet arbeiten wir — soweit für uns erkennbar — ziemlich gut. Präventivmedizin hapert bedenklich.*

Beim Lesen der Briefe bekomme ich langsam einen Begriff von den Mühen, die sich hinter dem Plakatwort „Aufbau des Gesundheitswesens" verbergen. Nichts ist selbstverständlich. Weder die Anwesenheit von Ärzten und Krankenschwestern, noch die Verfügbarkeit von Medikamenten, noch die bei uns alltägliche Institution der Impfung.

(März 81): Es ist 11 Uhr nacht, für heute ist Feierabend. Wir bereiten eine großangelegte Polio-Impfkampagne vor, die dieses Wochenende laufen soll. Alleine in unserem Municipio sind ca. 1.900 Kinder zu impfen, das bedarf immenser Arbeit, Organisation und Koordination. Uns helfen einige Gruppen von Brigadistas de Salud, die extra aus Jinotega angereist kommen, morgen brechen sie auf, in aller Frühe, um mit Kühleimern in die Berge auszuschwärmen, in die abgelegenen Täler, um auch alle Kinder zu erreichen ...

Tonio Pflaum, Arzt in Nicaragua: Dokumente aus der Wirklichkeit

Mir ist plötzlich klargeworden, wie wichtig die Organisation der Bevölkerung ist. Früher war mir das mehr eine theoretische Einsicht ... Leider hapert es in diesem Sinne noch erheblich gerade in unserer Gegend. Die Leute lebten immer weit zerstreut, ohne Kontakt nach außen, sie kannten wohl ihre nächsten Nachbarn, aber letztlich kümmerte sich nie jemand um sie, sie hatten sich allein durchzuschlagen. Jetzt hat sich das geändert ...

(April 81): Wie schwierig ist es für einen gerade vom Analphabetismus „befreiten" Campesino z. B. eine Liste mit Namen, Alter und Vorimpfung der Kinder zu erstellen, und noch dazu in der richtigen Form, die für uns lesbar ist, wie schwierig, all die mit der Schluckimpfung verbundenen Informationen immer zu beachten, angefangen von der Kühlkette bis hin zur Ausgabe der Impfkarten.

Die große Alphabetisierungskampagne der sandinistischen Regierung hat Wiwili erreicht. Nachdem die freiwilligen Lehrer

wieder in die Städte zurückgekehrt sind, geht die Bildungsarbeit in Tonios Haus weiter. *(Oktober 81): Bernabes ist der Lehrer, ein junger Nachbar, der im Hauptberuf Radios repariert. Er bemüht sich durchaus mit Erfolg, seit Mai dieses Jahres den anderen Nachbarn, etwa 10 an der Zahl und zwischen 12 und 35 Rechnen beizubringen ...*

Hospital, Impfkampagne, Schreiben, Lesen, Rechnen — wer könnte etwas dagegen haben? Einmal haben die relativ reichen Händler in Wiwili etwas dagegen, wenn zu gut gerechnet wird. Sie nutzen traditionell ihr Monopol, die Waren bis zu 100 Prozent verteuert zu verkaufen. Jetzt droht ihnen die Konkurrenz staatlich kontrollierter „tiendas populares" (Volksläden). Die Händler verlieren die Freiheit, die Preise zu diktieren.

Und auch die Großgrundbesitzer haben etwas gegen die neuen Verhältnisse. Im Gebiet von Wiwili besitzen 0,5 Prozent der Bevölkerung 73 Prozent des Bodens. Alle, die Brachland besitzen oder ihre Gewinne total nach Miami transferieren, statt etwas zu investieren, müssen Enteignung befürchten.

(Oktober 81): Morgen habe ich einen Tag frei; günstig, denn ich kann dem wichtigsten politischen Acto beiwohnen, den Wiwili je erlebt hat: Im Rahmen der Reforma Agraria werden die Bodenbesitz-Urkunden an zirka 40 Campesinos übergeben, bisher besitzlose Landarbeiter, die sich während des Volksaufstandes und danach im Aufbau verdient gemacht haben ... Vor meinem Häuschen wurde von den Nachbarn ein Triumpfbogen aus riesigen Palmwedeln gebastelt, überall Fahnen: die blau-weiße Natinalfahne und die „rojinegra", die rotschwarze der Frente Sandinista. Alle sind etwas aufgeregt ...

Es war im Oktober 81. Im folgenden Jahr hat sich die Lage in Nicaragua verändert, aber nicht nur infolge der Interessenkonflikte im Land selbst, sondern vor allem durch Eingriffe von außen. Bewaffnet mit Millionen US-Dollars und erfahren in solchen Angelegenheiten, sammelte die CIA Söldner und unzufriedene Nicas in Honduras, versorgte sie mit Waffen und schickte sie nach einer gewissen Ausbildungszeit zurück ins Land. Zu ihren Aufgaben gehört auch Mord. Besonders gefährdet sind Leute, die im Gesundheitswesen, bei der Alphabetisierung und der Agrar-Reform arbeiten. Über die Radio-Sender der Contra kann man auch in Wiwili erfahren, wer auf der Todesliste steht. Was Tonio seinen Eltern nicht geschrieben hat: Die „Internacionalistas" sind besonders bedroht. Zu denen gehört auch Marilyn Rigat-Pflaum aus Argentinien. Marilyn arbeitet in Jinotega, muß aber sehr oft ins Hinterland reisen.

(November 81): Seit Sonntag in Jinotega im Hause meiner Frau. Sie arbeitet wie ein Pferd ..., fühlt sich bei aller Anstrengung wohl im Organisieren, in der Ausbildung der Frauen, im Herumstreiten mit den Behörden, im Einrichten und Ausstatten dieser Kindertagesstätten auf den staatlichen Fincas. Ihre Arbeit ist deshalb so wichtig, weil die vernachlässigte Finca-Kinderbevölkerung endlich betreut wird im Sinne von Spielmöglichkeiten, Lernen, Zusatzernährung, Hygiene, gesundheitlicher Betreuung. Gleichzeitig werden die Frauen entlastet und können sich z. B. bei der Kaffee-Ernte beteiligen — (was sie früher auch schon taten, aber mit zwei Kindern auf dem Rücken, die anderen Bälger irgendwo im Gelände). Uns geht's beiden ziemlich gut, wir klagen nicht. Viele positive Erfahrung halten uns in Schwung; die negativen bleiben in der Minderzahl, aber die gibt's natürlich.

Ende 1982 machte das bisher vernachlässigte Gesundheitszentrum auf dem Ostufer des Rio Coco, das vor allem den Campesinos um Jinotegita nützen soll, große Fortschritte. (Das Zentrum heißt heute „Puesto de Salud Tonio Pflaum").

Wir rackern weiter

(Januar 83): In der Zwischenzeit hatte sich eine Menge verändert. Die Cooperative „La Perla" hatte ein Haus fürs Gesundheitszentrum überlassen, inzwischen war der Innenausbau fast vollendet, der Außenputz wurde aufgetragen — das macht das Arbeiten erträglich... Das schönste aber war, daß ich jetzt mit einer Krankenschwester zusammenarbeitete, was wirklich Spaß macht. Diese Muchacha Rosa arbeitete fast zwei Jahre alleine in den Bergen in einem abgelegenen Gesundheitsposten. Sie mußte dort verschwinden, weil die Contras ihr nach dem Leben trachteten. Sie ist wirklich eine politisch bewußte Sandinistin, ein Organisationstalent, initiativ, beliebt und anerkannt. Sie organisierte erstmal die materielle Unterstützung der umliegenden Berggemeinden für den Aus- und Aufbau unseres Zentrums. Seither kommen alle paar Tage die Gesundheitsverantwortlichen, bringen etwas Geld, Kaffee, Frijoles oder was sie eben sonst anbauen. Das wird zu Geld gemacht, und bald ist das Zentrum fertig, mit einem großen Fest werden wir's einweihen und ich bin sicher, dann sind alle sehr stolz auf „ihr" Zentrum. Das verpflichtet natürlich, und so rackern wir halt weiter, aber es ist alles leichter als früher, da man den Rückenwind der Unterstützung durch die Gemeinden verspürt ...

Fünf Monate vor der geplanten Rückreise nach Deutschland:

Ich habe noch nie solange an einem Platz gearbeitet und noch nie mit so viel Interesse und Einsatz wie eben im Hospital Wiwili. So wie ich die Sache kenne in Deutschland, wird es mir schwerfallen (oder schwer gemacht), eine so weitgehende Identifikation mit einer Arbeit zu finden. Dabei ist es hier alles andere als lustig und angenehm zu leben, im Gegenteil, die Lage ist sehr gespannt, die militärischen Operationen der Contras haben erheblich zugenommen, es gibt Versorgungsschwierigkeiten, verbreitete Unsicherheit der Leute. Und doch sieht man die Veränderung, den Aufbau, Konsolidierung von schon Erreichtem, und das auf allen Ebenen ... Würde — aus was für Gründen auch — das Gesundheitszentrum zugemacht werden müssen, wäre das ein fracaso politico (politische Katastrophe) für die Frente Sandinista. Mit Propaganda ist in diesen Zeiten nicht viel auszurichten. Was zählt, sind die funktionierenden Projekte, und die gibt's in allen Bereichen.

Am 30. April 1983 befand sich Tonio in einem Wagen, der auf dem Weg von Wiwili nach Jinotega bei Zompopera in einen Hinterhalt der Contra geriet. Alle Insassen sind wurden ermordet.

Unter den Toten war auch Adelina Ortega Castro, geboren am 3. Mai 1953 in Managua. Ihr Vater, ein Arbeiter, war in den Gefängnissen Somozas zu Tode gefoltert worden. Adelina beteiligte sich an der Alphabetisierungskampagne und begann 1982 ihre Ausbildung als Krankenschwester. Am 5. Januar 1983 kam sie ans Hospital von Wiwili und arbeitete mit den Medizin-Brigarden bei der Polio-Impfung in dem durch Contra-Überfälle gefährdeten Hinterland, danach im Gesundheitszentrum Jinotegita. Vier Tage vor ihrem 30. Geburtstag bekam sie Urlaub und befand sich auf der Fahrt zu ihrer Mutter nach Jinotega. In einem Brief an ihre Mutter schreibt sie:

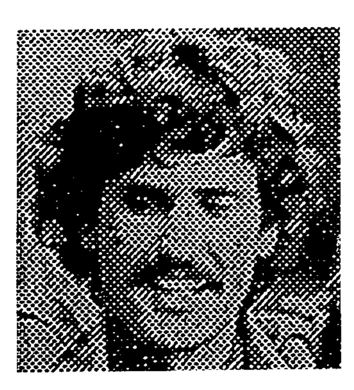
Ich habe sehr schwierige Momente erlebt, ich befinde mich praktisch in einer Kriegszone. Der Tod kommt einem hier vertraulich nahe, routinemäßig.

Fünf Tage nach den Morden in Zompopera verteidigte der Bundeskanzler vor dem deutschen Bundestag die US-amerikanisch Mittelamerika-Politik. Die Witwe von Tonio Pflaum erhielt ein Beileidsschreiben des Bundesaußenministers.

Erklärung der Entwicklungshelfer des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) in Nicaragua zum Todestag von Tonio Pflaum

Am 30. April 1983 wurde unser Freund und Companero, der deutsche Arzt Tonio Pflaum, zusammen mit 13 Nicaraguas ermordet. Wir wollen seinen Todestag zum Anlaß nehmen, um wieder einmal auf die Situation in diesem Land aufmerksam zu machen.

Im Verlauf des letzten Jahres ist die militärische Agression gegen Nicaragua ständig gewachsen. Das honduranische Heer schreckt nicht mehr davor zurück, die Contras offen und direkt zu unterstützen. Honduras hat sich in eine Aufmarschbasis für eine eventuelle Intervention El Salvadors und Nicaraguas verwandelt. Der nordamerikanische Kongreß hat weitere 21 Millionen US-$ für CIA-Aktivitäten in dieser Zone zur Verfügung gestellt. Entgegen allem internationalen und Völkerrecht sind die Häfen Nicaraguas vermint worden, wodurch die Ökonomie des Landes empfindlich getroffen wurde. Aufgrund der ständigen Contraüberfälle im Norden und Süden Nicaraguas ist die Arbeit vor allem auf dem Gesundheits- und Erziehungssektor erheblich erschwert worden, denn die Contras konzentrieren ihre Angriffe auf Institutionen wie Gesundheitszentren, Schulen, Organe der Landreform, Straßenbaubrigaden etc. und deren Vertreter.



Dieser Terror richtet sich gezielt gegen die Zivilbevölkerung und soll dazu dienen, die Bevölkerung zu verunsichern und die Fortführung der Reformvorhaben zu erschweren bzw. unmöglich zu machen. Trotz allem gibt es nach wie vor bemerkenswerte Fortschritte, sei es die Weiterführung der Agrarreform, sei es die verstärkte Arbeit in Impfkampagnen und Präventivmedizinprogrammen oder seien es die enormen Anstrengungen im Wohnungs- und Straßenbau.

Zur Unterstützung eben dieser Programme, die eine wirkliche Verbesserung der materiellen und sozialen Lage vor allem der armen Bevölkerungsschichten zum Ziel haben, arbeiten wir — die Entwicklungshelfer des DED, dem auch Tonio Pflaum angehörte — zusammen mit vielen anderen staatlichen, privaten und kirchlichen Entwicklungshilfeinstitutionen der ganzen Welt. Für uns ist diese Form der Mitarbeit, wie sie durch die gute Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen Nicaraguas ermöglicht wird, beispielhaft für erfolgreiche Entwicklungshilfe. Nicht umsonst unterstützen die Weltgesundheitsorganisation und UNICEF das Gesundheitsprogramm in Nicaragua als Pilotprojekt für unterentwickelte Länder.

In dieser Situation und trotz der Anstrengungen, die Nicaragua unternimmt, den Frieden in der Region zu gewährleisten, trotz der Durchführung von erstmals freien Wahlen in diesem Land im November hält die Bundesregierung an ihrer Unterstützung der unverantwortlichen US-amerikanischen Politik in Zentralamerika fest. Zugesagte Kredite wurden nicht ausgezahlt. Das BMZ mischt sich sogar direkt in die Arbeit des DED ein, mit dem Ziel, die Anzahl der DED-Entwicklungshelfer hier zu vermindern. Entwicklungshilfe wird somit zum Spielball der wirtschafts- und außenpolitischen Interessen der jeweiligen Bundesregierung.

Durch dieses Verhalten nimmt die Bundesregierung Tote wie Tonio billigend in Kauf, macht sich mitschuldig an dem Elend vieler tausender Nicaraguaner. Tonios Tod darf nicht umsonst gewesen sein. Seine Arbeit und die Arbeit vieler anderer muß fortgeführt werden.

Wir appellieren an die bundesdeutsche Öffentlichkeit, die Bevölkerung dieses Landes weiterhin zu unterstützen und somit dazu beizutragen, daß Nicaragua den Weg einer selbstbestimmten Entwicklung weitergeben kann.

Wer macht was in Nicaragua?

Für bessere Zusammenarbeit: Projekt-Reader beschlossen

Am 14.-16. 4. trafen sich in Hamburg nach offener Einladung Unterstützer verschiedenster Projekte in Nicaragua und Vertreter des INFO-Büros. Nach ausführlicher Diskussion wurde beschlossen als ersten Schritt zu besserer Information und letzendlich besserer Koopertion einen **Projekt-Reader** zu erstellen. Dieser Reader soll für möglichst jedes Projekt, Ziele, in Nicaragua beteiligte Organisation/instanz, hier das Projekt tragende Gruppen uswf. enthalten. Jedes Projekt kann und soll aufgenommen werden. Der Reader soll so gegliedert werden, daß man/frau sich leicht und schnell darüber informieren kann, wer auf welchem Gebiet in welcher Region Nicaraguas mit welchen Erfahrungen welches Projekt unterstützt.

Zum Verfahren: Jede Gruppe, die selbst ein Projekt macht, oder eine Gruppe kennt, die ein Projekt macht, oder Leute kennt, die Leute kennen, die..., schickt die Adressen an die Sammelstelle. Von dort erhält das Projekt einen Fragebogen (ca. 8 Fragen) mit der Bitte, diesen ggf. mit weiterer Information versehen ausgefüllt zurückzuschicken. Legt man/frau außerdem 20 DM bei, gibt's Mitte Juni als Gegenleistung den kompletten Reader mit Adressen usw. Außer für die Druckkosten, Porto, Telefon usw. werden die 20 DM für den „Freiwilligen" gebraucht, der es auf sich genommen hat, in nur sechs Wochen den mehr als 150! Einzelprojekten nachzurennen und den Reader bis zum nächsten NICA-Bundestreffen 15.-17. 6. zu erstellen. Redaktionsschluß ist Ende Mai. Parallel zum Bundestreffen soll dann über den nächsten Schritt beraten werden.

Sammeldresse: Thomas Kolbe, Thedestr. 11-12, 2000 HH 50, Tel. (040) 3 89 41 99

Nicaragua: Solidarität

Rio San Juan

Der Fortgang des medico- Projekts

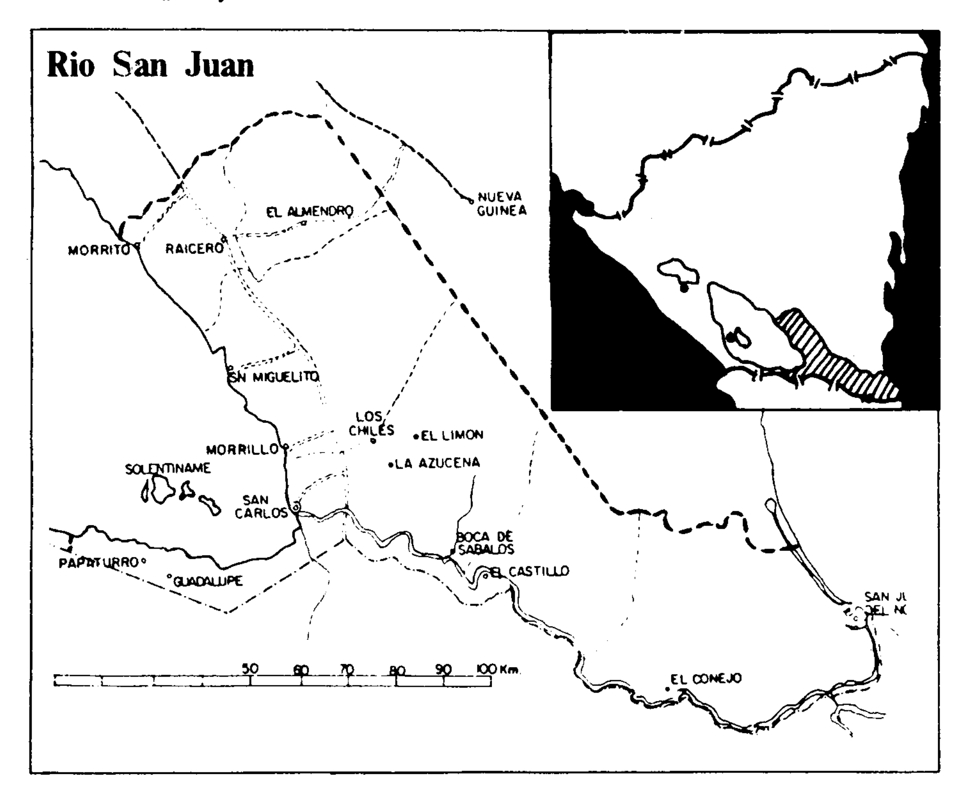
Als der verantwortliche Bauingenieur im nicaraguanischen Gesundheitsministerium von der Idee hörte, am Rio San Juan ein Sägewerk aufzubauen, konnte er sich der Bemerkung nicht enthalten, wir wollten wohl zunächst jene offenbar unvermeidbaren Fingerverletzungen „produzieren", um sie dann in den Gesundheitseinrichtungen behandeln zu können. Dann stimmte auch er der Kalkulation schnell zu, daß die vor-Ort-Herstellung des Baumaterials, wie es zur Errichtung des geplanten Krankenhauses in San Carlos notwendig sein wird, um einiges günstiger käme als der Transport über den gesamten Nicaragua-See. Seit dieser Entscheidung ist der Aufbau des Sägewerkes in San Miguelito zügig vorangegangen: gemäß der Bauplänen, die die Kollegen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff aus Düsseldorf ausgearbeitet hatten, sind die Betonfundamente gelegt worden, wurde die fahrbare Säge geschweißt und hat der Hallenbau begonnen. Und gerade sind in Corinto die Zuschneide-, Besäum- und Hobelmaschinen ausgeladen worden, zusammen mit den Baugeräten, die Kollegen und Betriebsgeräte in der Bundesrepublik aufgetrieben hatten. Dabei kam es jedoch zu einer 5-wöchigen Verspatung, weil bekanntlich auch die CIA nicht untätig geblieben war, als sie die die Hafeneinfahrt von Corinto verminte. Deshalb mußte das Containerschiff „Lafayette" kurz vor Corinto



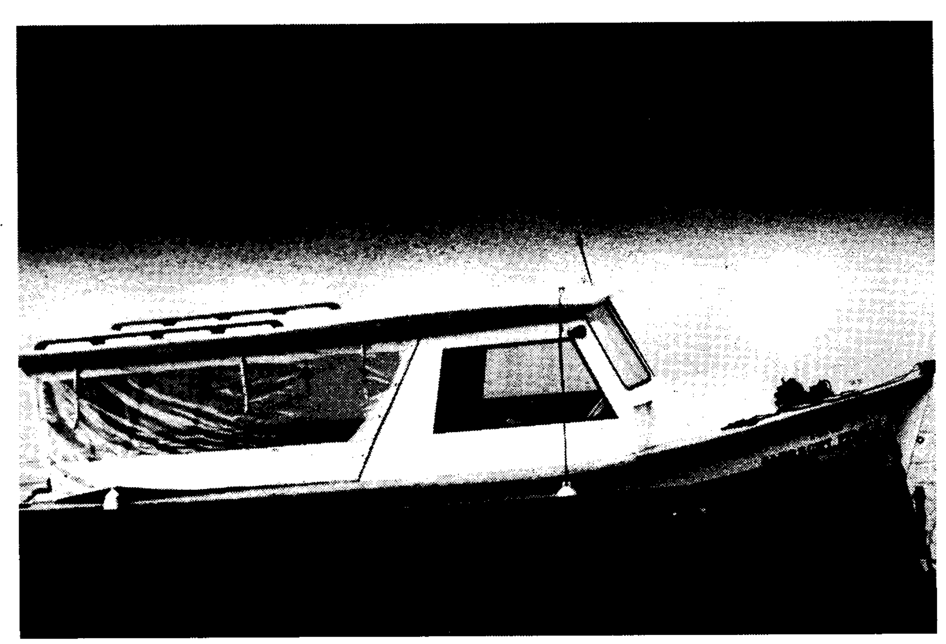
wieder abdrehen und seine Fracht im costaricanischen Hafen Puerto Caldera löschen. Erst nach vielen Telefonaten, Bitten, Forderungen und natürlich schier unendlichen Vertröstungen war das Material in San Miguelito. Dennoch sind wir zuversichtlich, im kommenden Jahr, wenn der Bau des Krankenhauses begonnen wird, den größten Teil der Baustoffe aus dem Sägewerk beziehen zu können.

Inzwischen hat sich die Situation am Rio San Juan weiter zugespitzt, seit die ARDE verstärkt die grenznahen Siedlungen angreift: Anfang April die kleine Ortschaft San Juan del Norte, deren 250 Einwohner bereits vor einem Jahr evakuiert worden waren. Sicher konnte Pastora mit der kurzfristigen Einnahme der leerstehenden Hütten einen propagandistischen Erfolg für sich verbuchen, zumal die internationalen Medien kräftig mithalfen, als sie aus San Juan del Norte eine bedeutende H a f e n s t a d t machten.

Natürlich beeinträchtigt der Krieg auch die Gesundheitsversorgung, denn die Strategie der „contra" ist ebenso einfach wie perfide: alles, was positiv für die Menschen wäre, will sie verhindern bzw. zerstören. So sind in ländlichen Gebieten nachts kaum noch Patiententransporte möglich, weil selbst die als Ambulanzen gekennzeichneten Fahrzeuge überfallen werden. Bei Matiguas im Norden des Landes werden bei Impfkampagnen nur noch die Hälfte der zu impfenden Kinder erreicht, weil die „contra" immer wieder gezielt Gerüchte in Umlauf bringt, sie werde am Impftag die Impfstellen mit Mörsern beschießen. Aus Angst bleiben die Menschen zu Hause, während die „contra" die Posten überfällt, Medikamente raubt, das Personal mißhandelt und oft ermordet. In den Krankenhäusern ist zuletzt der Mangel an medizinischem Verbrauchsmaterial zum Problem geworden, da die Zahl der Verletzten ständig steigt. Das von den Gesundheitsläden in Zusammenarbeit mit medico international gesammelte Material konnte einige Abhilfe schaffen, weshalb wir ermuntert worden sind, diese Aktion zu wiederholen.



Trotz alledem gehen die Projekte am Rio San Juan voran und werden erste praktische Ergebnisse sichtbar: als im März in der Nähe von La Azucena drei Kinder durch Granatsplitter schwer am Kopf verletzt wurden, konnte über das neue Kommunikationssystem binnen kürzester Zeit der Flugtransport nach Managua organisiert werden. Carlos Vanzetti, der die Kinder operierte, hatte zuvor seine Kollegen in La Azucana ebenfalls mittels des Funknetzes über die notwendige Erstbehandlung instruieren können. Zwei der verletzten Kinder überlebten so letztlich den Terror der ARDE. Natürlich sind es nicht immer solche dramatischen Funksprüche, die das mit Unterstützung von medico international im Departement Rio San Juan aufgebaute Kommunikationsnetz zu übermitteln hat. Meist werden Medikamentenbestellungen durchgegeben, Impfstoffe vorangekündigt, wegen eines Patienten um Rat gefragt, Krankentransporte angefordert.



Auch das Flußarztboot „Tonio Albrecht Pflaum" hat seine Arbeit aufgenommen. Manch einer in San Carlos mußte sich jedoch erst daran gewöhnen. Denn statt der erwarteten Hochgeschwindigkeits-Flußambulanz kann dann ein Boot mit einem eher schwerfälligen, aber kraftstoffsparenden Dieselmotor. Nach und nach aber wurde, die Zweckmäßigkeit dieses, einem Fischkutter nachempfundenen 7-Meter-Schiffes deutlich: für den Transport von Medizinpersonal und Patienten sowie für die Verteilung des Verbrauchsmaterials, das in San Miguelito, dem Endpunkt der ganzjährig befahrbaren Straße angeliefert wird.

Große Schwierigkeiten gibt es allerdings bei fast allen Bau- und Renovierungsarbeiten, denn immer wieder muß Material importiert werden. wozu die Ausfuhr von Devisen notwendig ist. Dennoch sollte der Erweiterungsbau des Gesundheitszentrums in San Carlos demnächst beendet werden können. Dann werden wir die entsprechenden Einrichtungen in San Miguelito angehen. All dies erfordert nach wie vor unsere Unterstützung. Deshalb bittet medico international um weitere Spenden für die Gesundheitsprojekte am Rio San Juan.

„Nicaragua no esta solo!"
Konto 1800
Stadtsparkasse Frankfurt
Weitere Informationen bei:

medico international

6 Frankfurt/M. 1
Hanauer Landstraße 147–149,
Tel. 0611 / 49 03 50)

Als Arbeitsbrigadistin in El Pochote

Nicaragua, Frühjahr 1984

Ich bin als Teilnehmerin der 2. Arbeitsbrigade aus der BRD im März und April in Nicaragua gewesen. Entstanden ist die Idee der Brigaden, nachdem Tomas Borge, Innenminister Nicaraguas, im Herbst vergangenen Jahres in einem Interview, das in der „Zeit" erschien, äußerte, er könne sich als eine neue Form der Solidarität einen „internationalen Sternmarsch" auf Nicaragua vorstellen. Diese Idee stand im Zeichen der US-Invasion auf Grenada im Oktober '83. Nicaragua fürchtet aus gutem Grund und bitterer Erfahrung, daß Grenada nur ein Vorspiel gewesen sein könnte zu einer Besetzung des Landes, verbunden mit der Niederschlagung der sandinistischen Revolution und der erneuten Installierung einer US-hörigen Regierung.

Die Funktion der Arbeitsbrigaden ist dreifach:

1. Durch die Anwesenheit vieler Menschen aus Westeuropa und den USA erhofft man sich einen praktischen Schutz gegen eine drohende Invasion.
2. Die Arbeitsgruppen sollen in Projekten arbeiten, für die z. Zt. wegen der notwendig gewordenen vielfältigen Verteidigungsaufgaben weder Arbeitskräfte noch Geld zur Verfügung stehen, die aber von großer Dringlichkeit sind.
3. Ganz besonders wichtig ist den Nicaraguanern, daß wir alle, die wir jetzt in Nicaragua waren, uns zu Hause mit unserem Wissen, unseren Erfahrungen und Eindrücken an die Öffentlichkeit wenden.

Unsere Gruppe, bestehend aus 40 Personen, lebte und arbeitete in 'El Pochote', einer kümmerlichen Siedlung im äußersten Süden Nicaraguas, 4 km entfernt von der Grenze zu Costa Rica. Unsere Aufgabe bestand darin, beim Bau eines neues Dorfes zu helfen, in dem später ca. 800 Menschen leben sollen. Die zukünftigen Bewohner El Pochotes sind Flüchtlinge. Bis vor einem Jahr lebten sie in La Florcita, unmittelbar an der Grenze zu Costa Rica. Nachdem die Truppen Edén Pastoras, die seit einiger Zeit von dort aus operieren, das Nachbardorf von 'La Florcita' angegriffen hatten und es wieder Tote und Verletzte gegeben hatte, entschlossen sich die Bewohner von La Florcita, ihr Dorf zu verlassen. Seitdem (Mai 83) lebt ein Teil unter äußerst beengten Verhältnissen bei Verwandten in umliegenden Orten, und 17 Familien, das sind 200 Menschen, haben ihre alten Hütten notdürftig in El Pochote aufgeschlagen.

Ich möchte vom Leben der Menschen in El Pochote berichten; von ihrer Geschichte und von dem, was sich für sie in den letzten Jahren geändert hat.

Ein Projekt wie El Pochote bezieht seine Wichtigkeit nicht nur aus der Bedeutung, die es für die Bauern hat, die sich ansiedeln wollen. Ein Vertreter der Regionalregierung erklärte folgendes: weite Landstriche Nicaraguas sind aufgrund der häufigen Vertreibungen der Campesinos durch Großgrundbesitzer sehr zersiedelt. Die Hütten stehen häufig einzeln, gerade da, wo die Campesinos ein Stückchen Erde fanden. Daher ist es sehr schwierig, eine Infrastruktur zu entwickeln — Schulen, Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung, Elektrizität, Straßenbau etc. Man bemüht sich daher von Seiten der Regierung, im Zusammenhang mit der Landreform und der Übergabe von Land an die Bauern Dörfer zu errichten.

Am 3. März kamen wir in El Pochote an. El Pochote, das ist eigentlich nur diese Ansammlung elender Hütten. Es war im März und April sehr heiß, Trockenzeit, im allgemeinen zur Mittagszeit um die 45° C im Schatten. In den ersten Wochen ging ständig ein starker bis sturmartiger Wind, der einen elenden Dreck durch die Luft wirbelte und alles innerhalb kürzester Zeit total einstaubte. Als wir ankamen, wurde das Wasser noch aus Wasserlöchern geschöpft, die in das ausgetocknete Flußbett gegraben waren und die für Brauch- und Trinkwasser schlechtester Qualität genutzt wurden. Schweine, Hühner, Hunde, Rinder laufen überall frei herum, der Dreck, den sie hinterlassen, wirbelt mit dem Staub durch die Luft. In der Trockenzeit gibt es kaum Schatten. Die Kinder tragen meist keine Schuhe, obwohl es Schlangen (auch tödliche) und ziemlich viele Skorpione gibt. Natürlich gibt es keinen Strom. Das Wasser wird von den Frauen und Mädchen Eimer für Eimer vom Fluß geholt, auf dem Kopf getragen. Leichtfüßig und scheinbar mühelos schleppen sie die schweren Behälter. Aber sie klagen über die schlimmen Kopfschmerzen, die sie davon bekommen. In den Hütten leben große Familien, oft drei Generationen, 8,10 oder mehr Menschen auf engstem Raum. Der Kinderreichtum ist unübersehbar. „Das ist ein Problem" — denken wir sofort. Aber unsere Maßstäbe stimmen hier nicht so ohne weiteres. Die Bauern von El Pochote stammen ursprünglich aus der Gegend von Masaya, das ca. 100 km weiter nördlich liegt. Im Zuge der Landvertreibungen sind sie immer weiter in den Süden abgedrängt worden. Ganz in der Nähe des Platzes, auf dem jetzt die neue Siedlung entsteht, haben sie schon einmal gelebt. Vor ca. 20 Jahren wurden sie aber auch hier vertrieben. Das Land — heute savannenähnlich, vor 30 Jahren aber nocht dicht bewaldet — eigneten sich Großgrundbesitzer an. Die Wälder wurden rigoros abgeholzt, die Edelhölzer exportiert. Danach wurde das Land für extensive Viehzucht als Weideland genutzt. Die Rinder wurden in die USA exportiert. Interessenten für große Mengen nicaraguanischen Rindfleichs: z. B. McDonalds.

An der Grenze entstand dann das Dorf 'La Florcita', in dem es später viel von dem gab, was jetzt in El Pochote fehlt: Wasser, blühende Obst- und Gemüsegärten, eine Schule, eine Gesundheitsstadion.

Nachdem sich die Bauern im Frühjahr 1983 schweren Herzens entschlossen hatten, La Florcita zu verlassen, suchten sie

Arbeitsbrigaden: Leute gesucht!

Für die Arbeitsbrigaden in El Pochote, Pantasma und Nueva Guinea in Nicaragua werden für zweimonatige Arbeitsaufenthalte dringend noch bis Ende 1984 Leute gesucht.

Kurzer Brief mit frankiertem Rückumschlag bitte an:

Informationsbüro Nicaragua Wuppertal
Katernberger Schulweg 123
5600 Wuppertal 1

gemeinsam mit der regionalen Regierung den Platz für das neue Dorf. Natürlich hat es eine stark symbolische Bedeutung, daß sie den Platz wählten, von dem sie seinerzeit vertrieben worden waren. Die Campesinos, die schon 1980 in La Floricita eine Kooperative gegründet hatten, erhielten hier im Rahmen der Landreform Besitztitel über 2,500 Manzanas Land (1 Manzana = 0,7 ha), geeignet für Rinderzucht und den Anbau von Grundnahrungsmitteln (Reis, Mais, Bohnen, Yuccas, Kochbananen, Obst). Zur Zeit hat die Kooperative 22 Mitglieder. Wer es vorzieht, seine Land privat zu bearbeiten, kann für sich selbst Land erhalten. Es ist also niemand genötigt, sich der Kooperative anzuschließen. 8 Frauen des Dorfes haben sich in einer kleinen Gemüseanbaukooperative zusammengeschlossen.

Die Rinderzuchtkooperative besitzt z. Zt. 170 Rinder. Die Produktionsplan wird alljährlich von den Mitgliedern der Kooperative eigenständig erstellt; die nötigen Kontakt bzgl. Realisierung, Materialbeschaffung etc. laufen dann über das regionale Landwirtschaftsministerium, das aber rein beratende und helfende Funktion hat. Auch bezüglich der Anwendung von Düngemethoden gibt das Ministerium Rat, führt Schulungen durch etc. Der Lohn beträgt 75 Cordoba täglich (= DM 7,50 nach offiziellem Kurs, bei Berücksichtigung der realen Kaufkraft höchstens die Hälfte); im Krankheitsfall wird er zu 50 % weitergezahlt, sofern es sich um einen Betriebsunfall handelte. Die Bauern besitzen außer Ochsengespann und Holzpflug keine Arbeitsgeräte. Im Rahmen der großen Alphabetisierungskampagne 1980, mit der die Analphabetenquote auf ca. 15 % gesenkt wurde, haben auch die Bauern El Pochotes Lesen und Schreiben gelernt. „Was waren wir denn", sagte Diemaz, der Vorsitzende der Kooperative. „Früher konnten wir nicht einmal unseren Namen setzen". Lesen und Schreiben können, das ist ein Stück Menschsein.

Die Kooperative trägt den Namen „Gaspar Carcia Laviana". Gaspar Carcia war ein katholischer Priester, der in der Region lebte. Die Leute sagen, daß er es war, der ihnen den Gedanken der Revolution nahegebracht habe. Sein Bildnis, mit liebevoller Unbeholfenheit gemalt, ziert die Wand einer Bücherei in Rivas, der nächsten größeren Stadt, und darunter steht: Revolution bedeutet: Kultur haben. Diemaz holte ein buch aus seiner dumpfen Hütte, eine Biographie Gaspar Carcias, las uns vor, mühsam, langsam, so liest meine 7-jährige Tochter. Aber er liest und er besitzt dieses Buch, das ihm kostbar ist; er behandelt es geradezu zärtlich.

Das neue Dorf soll eine bleibende Heimat werden für 700 bis 800 Menschen. Eine Schule soll gebaut werden, ein Gemeinschaftszentrum, eine Gesundheitsstation. Vier Brunnen wurden fertiggestellt, die allerdings zum Ende der Trockenzeit kaum noch Wasser führten. Auf Dauer muß das Wasserproblem durch Bohrung eines Tiefbrunnens gelöst werden, der eine mit Windenergie betriebene Pumpe erhalten soll. Die Häuser haben eine Grundfläche von 7×7 m, unvorstellbar eng für uns. Diese Grundform wird von der Regierung bezahlt. Weitere Anbauten muß jede Familie selbst finanzieren. Die Kosten für die Elektrifizierung werden zu Lasten der zukünftigen Gemeinde gehen. Die Dächer der neuen Häuser werden an Ort und Stelle gegossen aus einer Mischung von Zement und einer einheimischen Faser (Agave).

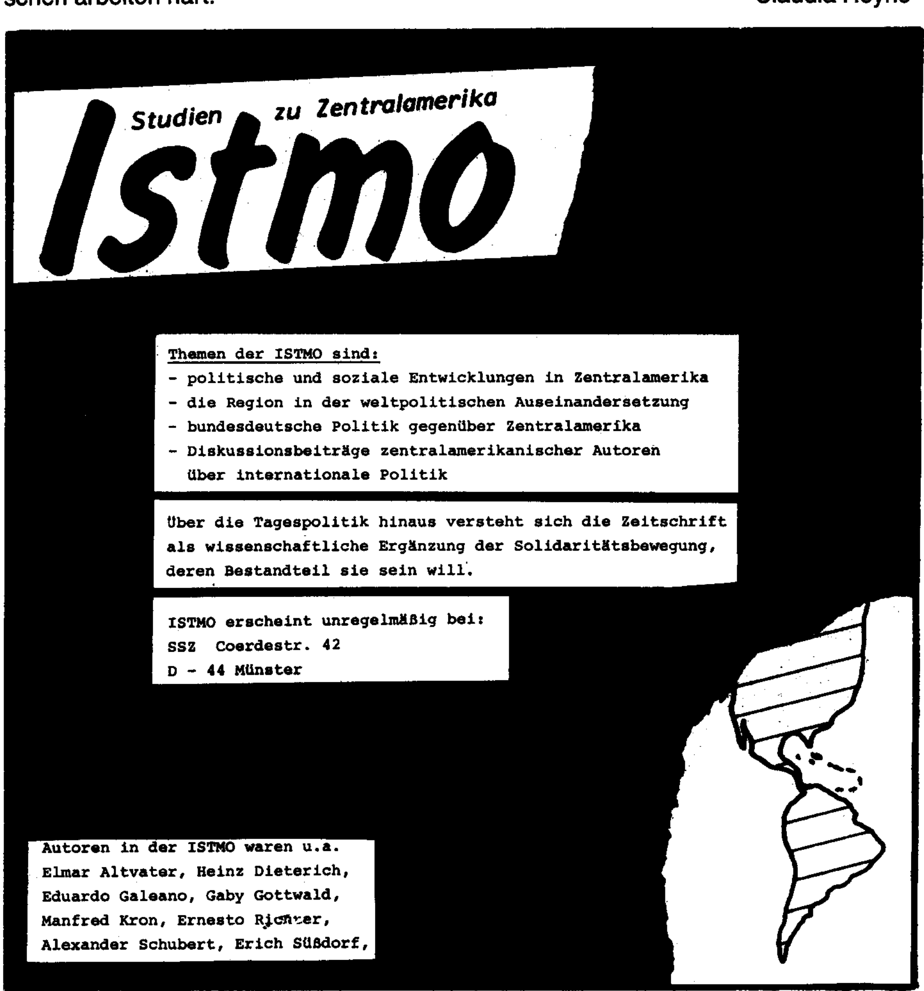
Es stellt sich heraus, daß in der Umgebung gar nicht genügend Holz zur Verfügung stand, um das Dorf fertigzustellen. Die neuen Umweltschutzbestimmungen legen im einzelnen fest, wo noch geschlagen werden darf; es gibt umfangreiche Programme zur Wiederaufforstung, denn mit zunehmender Erosion verschärft sich ja auch das Wasserproblem. Nach langen Diskussionen einigten sich Vertreter des Umweltministeriums und die Familien des Dorfes auf eine gemischte Bauweise aus Naturstein und Holz. Das Problem war den Bauern gar nicht in dem Maße bewußt gewesen, sie kannten die neuen Gesetze auch nicht. Es dauert eben alles seine Zeit.

Für die regierungsfeindlichen Verbände ist es sicher eine Provokation, daß man in El Pochote nun wieder darangeht, ein Dorf zu bauen, nicht aufzugeben. Es paßt in die Zermürbungstaktik der Contra, die Menschen durch Angriffe in ständiger Angst zu halten. Die Campesinos sind überfordert, sie schieben nachts Wache, aber auch die tägliche Arbeit geht ja weiter, und die Menschen arbeiten hart.

Trotzdem: Das Festefeiern kam nie zu kurz. Ein Volk, dem Musik und Poesie im Blut liegen. Menschen von großer Fröhlichkeit. Kinder, deren ruhige Freundlichkeit sich wohltuend abhebt von der quengeligen und vereinnahmenden Art vieler Kinder, die ich hier kenne — meine eigenen nicht ausgenommen. Menschen, die so viel weniger besitzen, als wir. Deren schwere Geschichte sie nicht verbittert hat; die mit ungebrochenem Lebensmut ein weiteres Mal von vorne beginnen; und die ein unbestreitbares Recht auf **ihre** Zukunft haben.

Vielleicht bleiben Zweifel an einem Projekt wie 'El Pochote'. Etwa in dem Sinne, daß derartige Hilfe nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei und es mehr darauf ankomme, hier, im eigenen Land, Veränderungen herbeizuführen; an den Ursachen etwas zu ändern, statt an Folgen herumzukurieren. Diese Einwände sind richtig, aber ich glaube, daß gerade die projektorientierte Arbeit Auslöser bestimmter — zunächst bewußtseinsmäßiger — Veränderungen in der BRD sein kann und darüber hinaus unmittelbar sinnvoll ist für die, denen ein Projekt zugute kommt. Der „Tropfen auf den heißen Stein" bedeutet im Falle El Pochote, daß einige hundert Menschen, die z. Zt. unter unwürdigen Bedingungen leben, ein Dach über dem Kopf erhalten; daß es weniger Krankheiten geben wird, weil die neuen Brunnen gutes Wasser führen; daß die Kinder eine Schule bekommen und die Menschen medizinisch versorgt werden können.

Claudia Heyne



Der Krieg läßt keine Wahl: Honduras

Eine Landreform aus Papier

Der folgende Beitrag berichtet über eine Landbesetzung und ihre Folgen in Honduras. Er dokumentiert, daß Landreformen solange auf dem Papier bleiben, wie eine Regierung und ihre Institution untätig zuschauen, wie ihre Gesetze von den Großgrundbesitzern und ihren Terrorkommandos durchlöchert und — buchstäblich — im Nagelstiefeltritt übergangen werden.
Eine Situation, wie sie hier geschildert wird, ist nicht nur typisch für Honduras. Ort des Geschehens könnte ebensogut ein anderes lateinamerikanisches Land sein: El Salvador, Guatemala, — auch Mexiko —, Chile, Uruguay, Argentinien ... Länder, die von den Industrienationen wirtschaftlich ausgepreßt und politisch abhängig gehalten werden. Länder, in denen von den jeweiligen nationalen Eliten Strukturen aufrechterhalten werden, die eine grenzenlose Ausbeutung der Bevölkerung und der natürlichen Ressourcen garantieren.
Der Bericht führt uns den täglichen Kampf der Landbevölkerung Lateinamerikas vor Augen und macht uns die Notwendigkeit unserer Solidarität sinnlich erfahrbar: Von dem Mut einiger Bauern wird im folgenden die Rede sein und von den brutalen Versuchen, ihn zu brechen.

Red.

Im Jahr 1974 beschließt die reformistische Regierung Lopez Arrellano eine Neufassung des bis dahin nutzlosen Gesetzes der Agrarreform. Es soll eine gerechtere Verteilung des Bodens bringen, der zu großen Teilen in Händen amerikanischer Konzerne und einheimischer Großgrundbesitzer konzentriert ist. Bis heute wurde dieser Anspruch der Agrarreform nicht eingelöst. Die Verteilung des Bodens weist 1984 ähnliche statistische Werte auf wie 1974. Die geringfügigen Veränderungen in der Landverteilung, die in den vergangenen 10 Jahren erreicht wurden, kamen auf massiven Druck der Bauernorganisationen zustande. Dieser hat organisierten staatlichen Terror gegen die Bauernbevölkerung nach sich gezogen: Unterdrückung, Bespitzelung, Verfolgung, Gefängnis und Mord gehören seitdem in Honduras zum Alltag für Individuen und Gruppen, die das Landreformgesetz ernst nehmen und für ihre Rechte aktiv werden. Das Ausmaß staatlicher Gewaltanwendung hat in den letzten 3 Jahren erheblich zugenommen. Das erklärt sich

* zum einen, weil das nationale Agrarinstitut INA (Instituto Nacional Agrario, beauftragt mit der Durchführung der Agrarreform) von den Großgrundbesitzern eingeschüchtert und praktisch handlungsunfähig gemacht ist; Konflikte um Land werden mehr und mehr nach dem „Recht des Stärkeren" mit Killern und Militär vor Ort entschieden;
* zum zweiten, weil die vielen Waffen, die in Honduras einsatzbereit stehen, auch gegen die Opposition im Lande selbst gerichtet sind. Wer Kritik an der dramatischen sozialen Lagen der Bevölkerung erhebt, vor allem aber, wer die Ursachen des Elends aufdeckt und organisiert dagegen einschreitet, der bekommt die (inzwischen nordamerikanisch geschulte) Maschinerie von Überwachung, Entführung, Verschwinden und Tod gnadenlos zu spüren.

Das Leben in Honduras bietet heute ein durch und durch militarisiertes Erscheinungsbild. Angst und Mißtrauen beherrschen den Alltag, Kontrolle und Willkür haben die Menschen vorsichtig und still gemacht. Die Versuche der Bauerngruppe Puerta Azul* legen Zeugnis davon ab, wie Menschen in Honduras zum Schweigen gebracht werden sollen.

Ein Fall wie viele: Puerta Azul

Im Jahre 1975 organisieren sich 23 Bauernfamilien und beantragen beim INA ein Stück Land von 63 ha, das nach dem Gesetz der Agrarreform zur Verteilung kommen kann. Der Großgrundbesitzer Miguel Hernandez Recinos hatte den Boden über Jahre brach liegen lassen.
Am 1. April 1976 übereignet das INA der Gruppe die Äcker zur kooperativen Bewirtschaftung. Die Bauern erhalten den Besitztitel, dem Großgrundbesitzer wird das Gelände abgesprochen.
Am 11. Juni 1978 tötet eine von der Familie Hernandez Recinos bezahlte Killerbande (=Mordschwandron) 2 Mitglieder der Gruppe als sie auf dem Gelände arbeiten. Mit Hilfe der FUSEP (Polizei für öffentliche Sicherheit) werden weitere Bauern gefangen genommen. 5 von ihnen wird der Prozeß gemacht. Unter falschen Anschuldigungen verurteilt man sie zu 2 Jahren Gefängnis. Die restlichen Bauern flüchten, die Gruppe zerfällt. Der Großgrundbesitzer eignet sich die 63 ha wieder an. Der Besitztitel bleibt in den Händen der Bauern.
In den Jahren 1978-1983 versuchen Mitglieder der Gruppe wiederholt, durch Anträge und Eingaben beim INA zu ihrem Recht zu kommen. Sie bitten um behördliche Hilfe und Schutz zur Durchführung des auf dem Papier geklärten Falles. All diese Versuche scheitern an der Untätigkeit bzw. Machtlosigkeit des INA.
Nach 5 ergebnislosen Jahren besetzen die inzwischen neu organisierten Bauern ihr Land. **Am 11. April 1983** betreten 59 Familien, darunter die früheren 23, das Gelände, richten sich Notunterkünfte und Kochstellen ein, bereiten die Äcker zur Aussaat vor, bestellen und bewachen sie. Gleichzeitig verhandeln sie mit dem INA zwecks behördlicher Klärung mit dem Großgrundbesitzer.
Am 15. April 1983 treibt das Militär die Bauern gewaltsam von ihren Äckern. Nach Abzug der Soldaten gehen sie zurück auf ihr Land. Der Großgrundbesitzer schickt nun wiederholt sein Mordschwadron vorbei, welches die Leute bedroht und provoziert. „Heute Nacht wird's wieder Totenwache geben", sagen sie mehrfach.
Am 21. Mai 1983 überfallen ca. 25 Soldaten erneut die Gruppe, prügeln ohne Unterschied Kinder, Frauen, Alte und Männer, verbrennen ihre Unterkünfte und persönliche Habe. 31 Mitglieder der Gruppe werden festgenommen und ins Gefängnis gebracht. Dort verweigert man ihnen das Essen, weil sie nicht „auf legalem Wege" gekommen wären und „ihre Ernährung nicht im Haushalt der Anstalt vorgesehen" sei. Die örtliche Kirchengemeinde versorgt sie daraufhin im Gefängnis mit Verpflegung.
Während die Männer ins Gefängnis gebracht werden (einige entgingen der Festnahme durch Abwesenheit), flüchten die zurückbleibenden Frauen, Kinder und Alten unter Schlägen und Tritten der Soldaten auf ein benachbartes Gelände, dessen Besitzer, ein Kleinbauer mit wenigen manzanas Land (1 manzana = 0,7 ha), ihnen notdürftig über die ersten Stunden hinweghilft. Währenddessen organisieren andere Bauerngruppen unter Anleitung der Bauernorganisationen solidarische Hilfe. 300 Bauern finden sich bereit, ersatzweise das Gelände zu besetzen und die zurückgelassenen Frauen und Kinder vor den Schlägertrupps zu schützen. Noch in derselben Nacht fährt ein Lastwagen mit 46 Bauern zum Gelände. Auf dem Rückweg werden der Fahrer und Beifahrer des Lastwagens vom Militär festgenommen und geschlagen. Man versucht sie zu Unterschriften unter 2 Papieren zu zwingen: eines, auf dem der örtliche Priester als Drahtzieher und Rädelsführer der Landbesetzung beschrieben wird, das andere in blanco. Die



Ein Teil der Bauerngruppe im Tabakschuppen. *Foto: Uli Pfeiffer*

beiden weigern sich standhaft, können jedoch den Transport weiterer Bauern zum Gelände nicht fortführen, weil sie festgehalten und der Lastwagen beschlagnahmt wird.

Da inzwischen alle Zufahrten zum Ort vom Militär und Geheimdienst abgeriegelt sind, organisieren die Bauern ihren Beistand zu Fuß. Über die Berge kommen sie — geführt von Ortskundigen — in Nachtmärschen von hinten zum Ort des Geschehens. Mit Hilfe eines Netzwerks solidarischer Hilfe wird den Besetzern die Verpflegung buchstäblich zum Gelände geschmuggelt.

Am 30. Mai 1983 werden die 31 Bauern auf freien Fuß gesetzt, nachdem die Bauernorganisationen Druck gemacht und der Bischof der Diözese eingegriffen hat. Zuvor muß eine Bürgschaft von 42.000.- Lempiras (=21.000.- $-US!!) gezahlt werden. Dieses Geld wird aus einem Kirchenfond bereit gestellt.

Anfang Juni 1983 droht das Todesschwadron des Großgrundbesitzers Hernandez Recinos dem örtlichen Priester mit Mord. Die Dorfkirche wird über Nacht mit Drohparolen, die den Geistlichen z. B. als „Rädelsführer der Bauern" bezeichnen, vollgeschmiert. Priester und Laien aus umliegenden Gemeinden organisieren einen Solidaritätsgottesdienst, um Geschlossenheit und Unbeugsamkeit vor dem Großgrundbesitzer mit seinen Killern und der behördlichen Ungerechtigkeit zu demonstrieren. Es strömen viele solidarische Menschen zusammen, darunter 12 Priester-Kollegen aus derselben Diözese. In der kollektiven Predigt während des Gottesdienstes wird vorsichtig vom gerechten Kampf der Bauern um Land gesprochen.

Im Juni 1983 spricht das INA den Bauern plötzlich das Recht ab, auf ihren 63 ha Land zu bleiben und autorisiert gleichzeitig den Herrn Hernandez Recinos, dieses Land vorläufig wieder in seinen Besitz zu nehmen. Die Bauern werden durch erneuten Militäreinsatz gewaltsam vom Gelände getrieben. Da sie sich ohne Dach überm Kopf, ohne Decken und Kochstellen auf der angrenzenden Straße befinden, öffnet der Hausmeister nachts das nahegelegene kleine Dorfschulhaus zum Schlafen für die kleinen Kinder und schwangeren Frauen der Gruppe. Nach wenigen Tagen verhört und malträtiert ihn der Geheimdienst. Er läßt sich daraufhin auf nichts mehr ein. Der Nachbar des besetzten Geländes, ein Kleinbauer, bringt nun die 59 Familien (ca. 380 Personen) notdürftig in Schuppen und provisorischen Unterständen seines bescheidenen Hofes unter. Eine gemeinsame Kochstelle errichten sie im Freien. Folge ist, daß er sehr schnell Morddrohungen erhält, bald auch der Geheimdienst auftaucht, das Haus durchwühlt und ihn verhört. Sie kommen mit der Begründung, ein Informat habe 2 schwere Kisten mit Waffen bei ihm gesehen. Der Bauer ist standhaft und unerschrocken. Er wehrt sich mit guter Rechtskenntnis, dem Argument der christlichen Nächstenliebe und der Drohung, die Vorgänge vors Gericht und an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Leute können bleiben.

Nachdem die Gruppe von ihrem Land vertrieben war, läßt der Großgrundbesitzer **im Juli 1983** 50 Kühe auf die bestellten Felder des umstrittenen Geländes bringen. Die Bauern hatten im Mai bereits Mais ausgesäht, der inzwischen schon ordentlich hoch steht. 2 Tage später schickt er den Traktor hinterher und läßt die abgefressenen Pflanzungen umpflügen. Die Gruppe muß vom Nachbargrundstück aus zusehen, wie die Früchte ihrer Arbeit wütend zermalmt werden, während sie gleichzeitig hungern. —Im Süden von Honduras gibt es zur selben Zeit eine Hungersnot, unter der zig tausende von armen Bauern leiden. Mißernten hatten Knappheit geschaffen, so stiegen die Preise für Mais in unermeßliche Höhe.

Am 4. September 1983 wird ein Mitglied der Gruppe brutal mit der Machete (= großes Buschmesser) ermordet. Dies geschieht am Ausgang des nächstgelegenen Dorfes. Es gibt Hinweise darauf, daß dies die Tat des Mordschwadrons von Herrn Hernandez Recinos ist. Die Behörden äußern sich nicht zu dem Fall, eine Untersuchung wird nicht eingeleitet.

Im Oktober 1983verschärft sich die Lage der Bauerngruppe Puerta Azul rapide durch eine gezielte Verfolgungswelle von Mordschwadron und Behörden. Einige Mitglieder der Gruppe werden ermordet, andere gefangen genommen und gefoltert. wieder andere können fliehen. Die Landbesetzung hat nach gut 1/2-jährigem Versuch der Bauern, durch Landbesetzung zu ihrem Recht zu kommen, ein gewaltsames und blutiges Ende genommen. Die Gruppe zerfällt zum zweiten Mal.

Heute leben einige immer noch auf der Flucht. Verschiedene der gefangenen Mitglieder der Gruppe sehen Prozessen entgegen, bei denen anstatt mit Aufklärung mit neuen Ungerechtigkeiten zu rechnen ist. Die Toten der Gruppe sind weitere Namen in der langen Liste der Opfer von unmenschlicher Ausbeutung und Unterdrükkung in Honduras.

Der Kampf der Bauerngruppe von Puerta Azul ist nur einer von hunderten in diesem Land und von tausenden in Lateinamerika. Allein in der Provinz Santa Barbara, die mit ihren 5115 km² ca. 4,5 % der Fläche des Landes einnimmt, sind derzeit ungefähr 150 Bauernorganisationen aktiv im Kampf um Land. Für eine gerechtere Verteilung des Bodens wird auch nach der Niederlage vom Oktober weiter gestritten, in Honduras und anderswo. Die Massen der Besitzlosen und Armen haben dort keine andere Wahl als die, kämpfend Auswege aus ihrer Not zu suchen. Andernfalls bringt ihr Elend sie selber um.

Was können wir hier tun?

Eine Agrarreform aus purem Papier ist — wie dieser Fall zeigt — allenfalls dazu da, soziale Kosmetik zu betreiben. Diese kann den Unterdrückern nützen, die wahren Verhältnisse zu verschleiern, die Kampfkraft der Betroffenen zu zermürben und die internationale Solidarität zu verhindern. Damit dies nicht passiert und die Suche der Bauerngruppe Puerta Azul nach Gerechtigkeit weitergehen kann, muß zunächst den Überlebenden geholfen werden. Sie brauchen Rechtsanwälte zur Verteidigung vor den verlogenen Gerichten, sie wollen durch Zeitungsanzeigen im eigenen Land über die Vorgänge informieren. Andere Informationskanäle sind ihnen nicht zugänglich. Die Familien der Toten, der Gefangenen und der Flüchtenden brauchen Unterstützung, damit die Gruppe überleben, sich reorganisieren und weiter um ihr Land kämpfen kann.

* alle Namen und Orte von Betroffenen in diesem Beitrag sind aus Sicherheitsgründen geändert. *Ulli Pfeiffer*

Spendenkonto:
Darlehenskasse im Bistum Münster
Konto Nr. 3112200, BLZ 40060265
Konto der Christlichen Initiative El Salvador
Projekt: Landbesetzung Honduras
(bei Überweisungen bitte **alle** diese Angaben notieren — in dieser Form ist die Spende von der Steuer absetzbar)

Flüchtlinge aus El Salvador

Zwangsdeportation droht — selbst die UNO spielt mit

Honduras, Ende Mai 1984:

Am 29. demonstrieren viele tausende gegen eine 25%ige Erhöhung der Importsteuer, welche die Regierung plant, um den Bedingungen zu entsprechen, die ihr der Internationale Währungsfonds (IWF) auferlegt. Dieser wird nur weitere Kredite vergeben, wenn Honduras sich seinen Vorstellungen der wirtschaftlichen Sanierung fügt. Dazu gehört auch die Abwertung des Lempira (momentan noch einen halben Dollar wert), gegen die sich die Regierung augenblicklich noch zu wehren scheint. Die Demonstration ist kleiner als erwartet. Am 25. April, als es um die Freilassung der politischen Gefangenen ging, waren es 20.000 gewesen, am 1. Mai gar das Doppelte. Gegen die Steuererhöhung war zwar ein relativ breites Bündnis von fortschrittlichen Gewerkschaften und Parteien zustandegekommen, dafür hatte die rechtsgerichtete Gewerkschaftszentrale CTH ihre Beteiligung abgesagt. Die stolze Zahl von 30.000, welche die Presseagenturen vermeldeten, ist sicherlich dem Umstand zu danken, daß trotz halb so vieler Leute auf der Straße eine ausgesprochen gute und kämpferische Stimmung herrschte. In Reden und Parolen hieb man auf die Regierung Suazo Cordoba und die Politik der Unterwerfung unter das Diktat der Yankees ein. Am Straßenrand stehende Besucher deutscher Abstammung (wie die Schreiberin) wurden als „Gringos" beschimpft und angeschrieen. Fast alle Redner der Kundgebung wiesen darauf hin, daß Honduras keinen Krieg keine US-Base und keine Manöver wolle.

Linke Intellektuelle aus der Hauptstadt Tegucigalpa deuten diese Demonstration als einen Aufbruch in eine neue Phase politischer Aktivitäten. Sie hat mit dem Sturz von General Alvarez im April dieses Jahres begonnen. Obwohl er nachweislich nicht aus politischen Gründen erfolgt ist, sondern als Ursache Streit und Neid unter verschiedenen Cliquen der Offizieren angegeben werden, haben alle oppositionellen Kräfte ein bißchen Hoffnung geschöpft, daß sich die Repression lockern möge.

Die Angahörigen der Verschwundenen haben Mitte Mai einen Hungerstreik und eine Demonstration durchgeführt, ohne daß es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen ist. Gegen diesen Hoffnungsschimmer steht eine harte Realität. Am 31. Mai begann im Nordwesten des Landes, in ziemlicher Nähe zur salvadorianischen Grenze, das Manöver Granadero I. Es dient der gemeinsamen Übung von hondurenischen, US-amerikanischen und salvadorenischen Truppen. Radio Venceremos, die offizielle Stimme der Guerillaorganisation FMLN aus El Salvador, gab der Befürchtung Ausdruck, daß es im Zusammenhang mit diesen Manövern zu einem direkten Angriff auf die Provinz Morazan komme, die weitgehend von der Guerilla kontrolliert wird. Dafür spreche auch eine Offensive der Armee im Inneren des Landes in Richtung auf diese Provinz.

Das hondurenische Militär hat in Brasilien acht Kampfflugzeuge (Tucanos) eingekauft, die spezielle, zur Guerillabekämpfung entwickelt worden sind. Seit dem Abschuß eines hondurenischen Hubschraubers, durch nicaraguanische Soldaten ist das Klima zwischen beiden Ländern eisig geworden. Nicaragua bemüht sich trotzdem mit allen Kräften, das Nachbarland zu beruhigen und hat auf der verbalen Ebene eine gewisse Entspannung erreicht. Das ändert im Wesentlichen nichts und in den Zeitungen von Honduras kann man fast täglich lesen, daß das kommunistische Nicaragua einen Überfall auf Honduras und Costa Rica plane. Es gibt viele Gerüchte und Hochrechnungen über ein eventuelles Datum, an dem der Einmarsch in Nicaragua passiert. Die Fantasie, bezüglich der Möglichkeiten ihn zu vermeiden, läßt nach. Die berühmte Contadora-Gruppe begeistert immer blasser durch die Kommentare und politischen Statements.

Nebenschauplatz: Flüchtlinge aus El Salvador

Auf dem Hintergrund dieses Kesseltreibens, dieser Exhibition US amerikanischer Weltmachtrserei spielt sich im hintersten Winkel des Landes eine weitere Tragödie ab, wird das Schicksal von 30.000 salvadorenischen Flüchtlingen besiegelt, die von der Grenze zu ihrem Heimatland weg 5000 km ins Landesinnere verlagert werden sollen. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der UNO (im folgenden in der spanischen Abkürzung ACNUR genannt) betreibt seit über zwei Jahren die Verlagerung der Flüchtlinge, die im Laufe des Jahres 1980 nach Honduras gekommen sind. Mit dem Argument, diese lebten in der Nähe der Grenze zu gefährlich, wurden bereits 1981 eine große Zahl vom grenznahen La Virtud landeinwärts nach Mesa Grande gebracht. Heute genügt auch dieser Standort nicht mehr und so soll Mesa Grande zusammen mit Colomoncagua, einem Lager dicht an der Grenze zu El Salvador, endgültig aufgelöst werden. ACNUR argumentiert mit seinen Prinzipien, die verlangen, daß es keine Lager in Grenznähe geben darf. Da Honduras der Genfer Flüchtlingskonvention nicht beigetreten ist, hat ACNUR als Verwalterin der Lager nur Gastrecht im Lande, wird sie formal rein freiwillig geduldet. Diese Umstand nutzt Herr Blatter, der Chef von ACNUR in Tegucigalpa, um festzustellen, daß die hondurenische Regierung die Verlagerung wolle und ACNUR nur die Wahl habe, mit den Flüchtlingen mitzugehen oder das Land zu verlassen.

In Wirklichkeit haben die Regierung und ACNUR ein übereinstimmendes Interesse an der Verlagerung und scheint es keine Widersprüche zu geben in diesem trauten Verein. Der eigentliche Grund für ihre Besorgnis um die Sicherheit der Flüchtlinge liegt wo anders. Herr Turcios, der Beauftragte der hondurenischen Regierung für Flüchtlingsfragen und Herr Lowman, zweiter Mann nach Negroponte in der US-Botschaft, haben uns das genau erklärt: die Flüchtlinge sind Sympathisanten der Guerilla, die Lager, in erster Linie das der Grenze am nahesten gelegene Colomoncagua, dienen als Stützpunkte für die Terroristen aus dem Nachbarland. Dieser Grenzverkehr muß aufhören. Jede Frage nach Beweisen für diese Behauptungen, jeder Hinweis auf die Lücken in dieser Theorie werden selbstsicher vom Tisch gefegt — sie wissen es einfach besser.

Der große Track ...

Im Norden von Honduras liegt Olanchito, der Ort, an den die Flüchtlinge umgesiedelt werden sollen. Dort will ACNUR Land kaufen, jede Familie soll so viel bekommen, daß sie sich davon ernähren kann. Die Flüchtlinge werden das Gebiet, in dem sie dann leben, nicht verlassen dürfen, nur untereinander sollen sie freizügig sein. Sie dürfen ihre Produkte nicht als Konkurrenten der hondurenischen Bauern auf die einheimischen Märkte bringen.

Bei näherer Betrachtung ist der Plan schlicht absurd. Nicht nur der Umstand spricht dagegen, daß vier Fünftel der Flüchtlinge Frauen, Kinder und alte Männer sind, eben diejenigen fast völlig fehlen, die das Gelobte Land eventuell bebauen könnten, falls es dort Wasser gibt und Saatgut, was auch noch niemand weiß.

Weitaus gravierender ist die Tatsache, daß sich die hondurenischen Bauern mit Händen und Füßen gegen diese Umsiedlung wehren.

Mehr als 90 Prozent von ihnen haben kein Land. Sie verlangen von der Regierung, die ihnen eine Agrarreform versprochen hat, daß sie zuerst bedient werden. In ihren Augen ist es eine vollkommen ungerechtfertigte Bevorzugung der Salvadorenier, wenn diese unversehens ein Stück Land bekommen, wofür sie selbst seit Jahrzenten kämpfen.

Drittens aber, und das ist der wichtigste Punkt, wollen die Flüchtlinge keinesfalls nach Olanchito. Dieser Ort, deren Fluchtweg nur wenige Kilometer über die vertrauten Berge führte, bedeutet für sie Niemandsland, Nirgendwo. In Colomoncagua können sie bei gutem Wetter noch einen Zipfel von El Salvador sehen, hier haben sie eine räumliche Vorstellung von der Gegend, in der sie sich befinden. Olanchito, so meinen viele, sei so weit weg, daß man unterwegs sowieso sterbe, mehr als 500 km zu reisen kommt nur einem Alptraum gleich, einer Ferne ohne Ziel.



Demonstration gegen die geplante Verlagerung *Foto: Medienwerkstatt Freiburg*

Seit Beginn der Verlagerungspläne haben die Flüchtlinge begonnen, gezielt die große Verweigerung zu planen. Sie sind sich der Hintergründe voll bewußt, auf denen sie betrieben wird. Sie haben keine Illusionen, dafür einen festen Willen.

Am Beispiel Colomoncagua

Im Fall des Lagers Colomoncagua kann man die Härte der Verlagerung besonders deutlich machen. Hier haben sich die Flüchtlinge in den fast vier Jahren seines Bestehens eine Überlebensgrundlage geschaffen, die als vorbildhaft in die Geschichte eingehen wird.

Das Lager ist voll nach einem Delegiertenverfahren durchorganisiert, an dessen Spitze jeweils ein Koordinator der sechs Lagereinheiten steht, aus denen Colomoncagua sich zusammensetzt. Für alle Angelegenheiten, die die Gemeinschaft betreffen, Gesundheit, Erziehung, Sauberkeit, Werkstätten etc. gibt es Verantwortliche und kollektive Regelungen. Im Turnus werden die Tortillas an zentraler Stelle gebakken, werden diejenigen, die einer Arbeit nachgehen aus der Gemeinschaftsküche versorgt. Bis zum Saubermachen der Vitrinen ist alles detailliert geregelt.

Kleider, Hängematten, Schuhe, Musikinstrumente, Töpfe und Matten, die in den Werkstätten fabriziert werden, gehen an die zu ihrer Verteilung verantwortlichen Leute. Sie geben sie an diejenigen weiter, die sie brauchen. Geld gibt es dafür nicht. Wer Lesen und Schreiben kann, wird Lehrerin oder Lehrer. Das Alter spielt dabei keine Rolle. Wer diese Künste erst erlernen muß, setzt sich umstandslos auf die Schulbank. Da unterrichten dann zwölfjährige Mädchen und Jungen ihre Mütter und Großväter, halten diese zum ersten Mal im Leben einen Bleistift in der Hand und blikken ernsthaft auf die kleine Tafel, die getreu der Methode von Paolo Freire das Schlüsselwort aufschreibt, von dem die Buchstaben und Silben abgeleitet werden.

Diese großartige organisatorische Leistung, die gleich dem Bildungswesen die Gesundheit und Ernährung erfaßt, macht es möglich, daß es im Lager so etwas wie eine Perspektive gibt. Viele haben das Gefühl, etwas zu erleben und zu lernen, was es früher für sie nicht gab.

Dies alles findet unter äußeren Umständen statt, die ACNUR nur deshalb als zufriedenstellend bezeichnen kann, weil sie sie mit Bedingungen vergleicht, die noch schlimmer sind, wie solche in dem Slums von Lima und Bogota.

Die Flüchtlinge leben in Zelten, es ist im Sommer heiß und staubig, im Winter kalt, naß und schlammig. Warme Kleidung und Decken fehlen weitgehend. Die Ärzte sind gegen die Erkältungskrankheiten, Bronchi-



„ACNUR" verlangt die Verlagerung, aber wir akzeptieren sie nicht.
Foto: Medienwerkstatt Freiburg

tis und Durchfallerkrankungen ihrer Patienten machtlos, weil sie die Ursachen nicht beseitigen können. Viele Menschen leiden an Angstzuständen, Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen.

Daß unter diesen Lebensumständen weder Alkoholismus, noch Streitsucht, weder Apathie noch Selbstmord zur Tagesordnung gehören, das eben macht die Leistung aus, das eben ist für ACNUR der Beweis dafür, daß das alles organisierte Guerrilleros sind.

Nur mit internationalem Druck ist eine Wende möglich

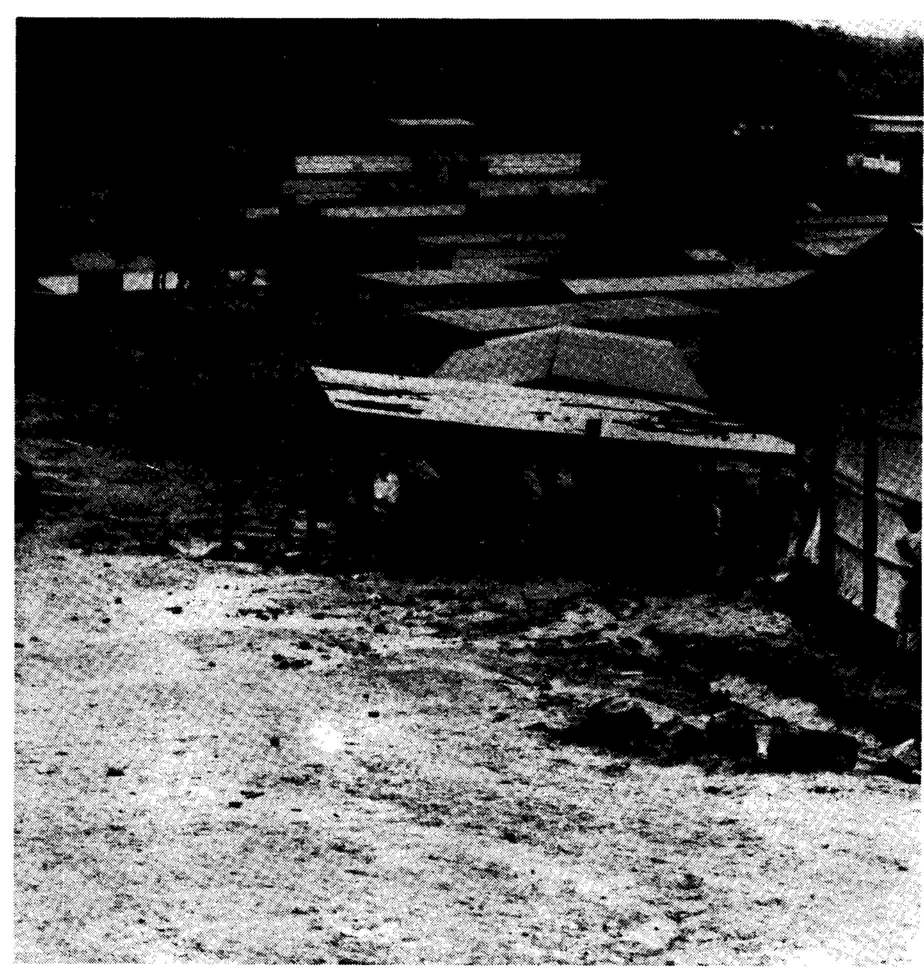
An der Organisierung des Lagers haben internationale Betreuer, die von verschiedenen Hilfsorganisationen wie Caritas angestellt worden sind, einen nicht geringen Anteil. Deshalb werden sie mit Argwohn verfolgt, wird vor allem Caritas unterstellt, Terroristen zu unterstützen. Keine der Hilfsorganisationen die Verlagerung. Unter den hondurenischen Verantwortlichen von Caritas gibt es sogar ausgesprochene Gegner. Jetzt versucht ACNUR, welche die Aufträge an die Hilfsorganisationen vergibt, auf diese Druck auszuüben. Unter den internationalen Helfern entsteht Unsicherheit um die Arbeitsverträge. Es gab bereits Entlassungen, offene Stellen bleiben unbesetzt.

Überall im Lager hängen Transparente und Tafeln, die ACNUR auffordern, die Verlagerung rückgängig zu machen. Die Flüchtlinge werden das mühsame Aufgebaute nicht preisgeben. Sie vermuten, daß ihre Infrastruktur dem hondurenischen Militär gute Dienste leisten soll, daß an derselben Stelle eine Militärbase errichtet wird. Sie haben in vielen Gesprächen mit ACNUR und Herrn Turcios immer wieder klargemacht, daß sie nicht weichen, die Lastwagen nicht besteigen werden. Auch die Hinweise auf das mögliche Eingreifen von hondurenischen Soldaten lassen sie unbewegt. Olanchito, das ist der Tod, da kann man ihn auch gleich an Ort und Stelle erleiden.

Wir haben einige der Herren gefragt, was sie in folgendem Falle unternehmen, den wir als durchaus möglichen ansehen: die Lastwagen, die die Flüchtlinge abholen sollen, kommen an und keiner steigt auf. Ihre Antwort war stereotyp. Das werde sich durch Gespräche und Appelle an die Vernunft vermeiden lassen. Man habe bie der Verlagerung nach Mesa Grande erlebt, daß es schließlich doch ginge. Ja, man wolle jeden Zwang vermeiden, aber es gebe eben bloß diese eine Lösung. Die Gerüchte über den endgültigen Zeitpunkt der Verlagerung reichen von Juli bis Mitte Oktober. Es ist schwer, etwas Genaueres zu sagen.

Die Verlagerung hat nur dann eine Chance verhindert zu werden, wenn in diesem entfernten Winkel nicht heimlich aufgeräumt werden kann, wenn es nicht gelingt, die Menschen auf die Karren zu knüppeln und zu erschießen. Die Aussichten für eine solche Lösung sind durchaus gegeben. Von ACNUR werden ein paar Worte des Bedauerns kommen.

Rose Gauger



Eines der sechs Campamentos des Lagers Colomoncagua

Foto: Medienwerkstatt Freiburg

„Ernährung zuerst ..." Aufruf zur Hilfe für guatemaltekische Flüchtlinge in Mexiko

Dem Terror im eigenen Land entflohen, haben Tausende von Guatemalteken in den nur schwer zugänglichen Gebieten des mexikanischen Regenwaldes Zuflucht gefunden

Poza Rica, Rizo de Oro, San Pedro el Viejo: so lesen sich die Namen der winzigen und unendlich armen mexikanischen Gemeinden, die erst nach mehrstündigem Fußmarsch erreichbar sind und nun plötzlich ein Vielfaches an Menschen ernähren müssen. Doch an eine Versorgung von außen ist aufgrund der Abgeschiedenheit nicht zu denken. Und selbst die Erweiterung des traditionellen Maisanbaus ließe sich nur auf Kosten schwerwiegender ökologischer Eingriffe in das sensible Gleichgewicht der tropischen Böden erreichen. Die Menschen aber, die hier leben, sind auf prekäre Weise unternährt. Da sämtliche Gesundheitsprogramme eben daran scheitern, gilt: Ernährung zuerst!

Mit einem „integrierten Ernährungsprogramm", zu dessen Kernstück die Neukultivierung ökologisch angepaßter Nutzpflanzen gehört, versucht eine Gruppe fortschrittlicher mexikanischer Biologen, Ärzte und Agronomen gemeinsam mit den Guatemalteken und der mexikanischen Bevölkerung Abhilfe zu schaffen. Die ersten Erfolge sind beeindruckend.

Seit Anfang 84 unterstützt medico international dieses Programm, zu dessen Absicherung jedoch noch ein Vielfaches notwendig sein wird. Deshalb bittet medico international dringend um Spenden unter dem
Stichwort: Guatemala
Konto 1800
Stadtsparkasse Frankfurt

Umfassende Informationen über dieses Projekt gibt es bei
medico
international
Hanauer Landstraße 147-148, 6000
Frankfurt/M. 1

»Wir haben keine Wahl«

Brief aus Colomoncagua

Sonntag, 20. Mai 1984
Colomoncagua, Antibucá, Honduras
Salvadorianisches Flüchtlingslager

Wir senden Euch einen ganz herzlichen Gruß und hoffen, daß Ihr wohlauf seid. Nach diesem kurzen Brief nun das Folgende. Wir schicken Euch diesen Brief, um Euch von den Leiden zu erzählen, die wir hier in den Flüchtlingslagern durchmachen. Man hebt das Aufnahmezentrum auf, das Personal der Memonitenkirche, das hier mit uns arbeitet und bei dem wir gelernt haben, soll entlassen werden. ACNUR sagt, sie hätte darüber zu entscheiden, ob »Internationale« weiterhin hier arbeiten könnten, oder sie weggeschickt würden, wie es ja mit einigen Internationalen geschehen ist. ACNUR möchte, daß SEDEN die Verwaltung übernimmt. Wir aber haben erlebt, wie diese Institution arbeitet und sind nicht damit einverstanden, daß sie hier wieder arbeitet. Die Beauftragten von SEDEN haben Leute von uns angezeigt und dann sind Militärs gekommen, haben sie mitgenommen und ermordet. Deshalb wehren wir uns dagegen, daß SEDEN seine Arbeit hier wieder aufnimmt. Sie haben uns schon die Nahrungsmittel gekürzt, vor allem in den Zentren für Unterernährung. Alte Leute und unterernährte Kinder bekommen nichts mehr. ACNUR erklärte uns auf einer Versammlung, daß sie den Kindern bis zum Alter von 6 Monaten die Nahrung entziehen würde. Wie sollen diese Kleinen wachsen, wenn auch die Mütter an Nahrungsmangel leiden?

ACNUR macht, was sie will mit uns und sagt uns, daß hier die Regierung und die Militärs zu befehlen hätten, und daß sie dies tun würde, weil wir die Verlegung der Lager nicht akzeptieren. Schon hier sind wir ja in den Lagern rings um von der Armee bewacht und im Fall einer Verlegung ins Landesinnere werden sie noch viel mehr mit uns machen, was sie wollen. Sie behaupten, die Regierung von Honduras sei demokratisch. Wäre sie wirklich demokratisch, wären wir hier nicht von der Armee eingekreist, die um die Lager herum Schießübungen veranstaltet. Weiter im Landesinneren wären wir dem Tode ausgeliefert. Früher, als wir weiter ins Landesinnern gebracht werden wollten, hat man das nicht zugelassen. Heute, wo wir über Werkstätten, Gemüsegärten, Felder, Gemeinschaftsküchen, Wohnhäuser, Gesundheits- und Bildungszentren, Ernährungszentren usw. verfügen, wollen sie uns nach Holanchito Yoro verlegen. Hier geht es uns gut, alles ist gebaut und funktioniert. Sie sollten das Geld das sie für unsere Verlegung verwenden, uns mehr Nahrungsmittel zukommen lassen, denn das ist, was wir dringend benötigen. Ebenso möchten wir mehr solidarische »Internationale«, die uns hier besuchen und hier arbeiten. Wir brauchen mehr internationale Unterstützung!

Habt Verständnis für diese Anklagen, aber wir haben keine anderen Mittel: Unsere Lage ist sehr traurig und läßt uns keine Wahl.

Dieser Brief ist für die internationale Solidaritätsbewegung bestimmt.

Mit solidarischen Grüßen
für die salvadorianischen Flüchtlinge

Maria *(Name von der Redaktion geändert)*



Alphabetisierung im Flüchtlingslager. *Foto: Medienwerkstatt Freiburg*

Der Krieg läßt keine Wahl: Guatemala



Horror ohne Ende?

Was die Öffentlichkeit über die internationalen Medien vermittelt aus Guatemala erreicht, sind meist Schlagzeilen über Massaker der Armee an wehrlosen Indigenas[1], verbrannte Dörfer, Flüchtlinge und sich per Wahlfälschung und/oder Putsch abwechselnde Militärregierungen.

In folgenden Beitrag soll versucht werden, die wenigen und zusammenhanglos präsentierten Informationsstückchen zu einem anschaulichen wie auch analytischen Bild über die Politik des institutionalisierten Terrors in Guatemala zusammmenzufügen[2].

„Wir wollen die Rechte des Menschen achten und uns in ihnen üben; es ist die einzige Form, demokratisch leben zu lernen", sagte General Rios Montt, als er mit us-amerikanischer Unterstützung im März 1982 General Lucas Garcia stürzte. Und General Mejia Victores versicherte, als er im August 1983 seinerseits — und wieder mit nordamerikanischer Rückendeckung — Rios Montt stürzte: *„Unser Entschluß ist es, die Menschenrechte in wirksamer Form zu achten; die Behörden werden keine Anstrengungen scheuen, um dieselben zu gewährleisten"*.

Nach Angaben amerikanischer und internationaler humanitärer Organisationen wurden in der Zeit zwischen diesen beiden Erklärungen, in den knapp 17 Monaten der Diktatur Rios Montts, dessen Verteidigungsminister Mejia Victores war, von den staatlichen Sicherheitskräften 15.000 Guatemalteken ermordet, ganze Dörfer und Ernteflächen mit Napalm verbrannt und 100tausende von Landbewohnern zur Flucht genötigt.

Eine Subkomission der UNO verabschiedete am 5. September 1983 eine Verurteilungsresolution, die sich gegen die Zwangsumsiedlung von Indigenagemeinden und die Zusammenführung der Bevölkerung in sog. „Modelldörfern" sowie „gegen die Anwendung der Politik des Massenmordes, der verbrannten Erde und des gewaltsamen Verschwindens" richtet.

Am 13. Oktober machte die Interamerikanische Menschenrechtskomission (CIDH) die Armee Guatemalas für *„die schwersten Menschenrechtsverletzungen, wozu die Zerstörung, Inbrandsetzung und Plünderung ganzer Dörfer gehören"* verantwortlich. Wie die CIDH feststellt, *„wurden 100tausende von Indigenabauern durch die Regierung entwurzelt, um sie unter Kontrolle bringen zu können."*

Im gleichen Monat bezeichnet der Jahresbericht von amnesty international —ai— Gutemala als den Staat der Erde mit den schwersten Menschenrechtsverletzungen.[3]

Welche Politik verbirgt sich hinter diesen schrecklichen Daten und dramatischen Aussagen?

Was wird in diesem Teil der zentralamerikanischen Region — innerhalb derer sich das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf Nicaragua und El Salvador richtet — geprobt?

Das Scheitern der konventionellen Aufstandsbekämpfung

Die Regierungszeit von General Lucas Garcia (1978-82) war geprägt durch eine sich zuspitzende gesamtgesellschaftliche Krise:

- mit dem Verfall der Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter — in Guatemala insbesondere Kaffee, Baumwolle, Zucker, Rindfleisch, Bananen — war

dem Modell einer abhängigen kapitalistischen Entwicklung über den Agroexportsektor die Basis genommen;

- zunehmende Aktionen und sichtbare Erfolge der Guerillabewegung und die dadurch ausgelösten Fraktionskämpfe innerhalb der herrschenden Klasse[4], destabilisierten die politische Herrschaft des Bündnisses aus Armeegeneralstab und Teilen der Agraroligarchie;
- die sich verschärfende soziale Verelendung der Kleinbauern, städtische Randgruppen — aber zunehmend auch der Mittelschichten; —
- und die ausufernde, wahllos erscheinende politische Unterdrückung und Verfolgung aller demokratischen Kräfte durch Armee und paramilitärische Gruppen;

geben seit den späten 70er Jahren das Potential für eine stetig wachsende und sich verbreiternde antidiktatorische Bewegung in deren vorderster Front die 4 politisch-militärischen Organisationen EGP, FAR, ORPA und PGT (n) kämpfen (siehe Kasten).

Bis Ende 1981 hatte sich die Situation westlich der Hauptstadt — einem Areal mit dem militärischen Codenamen „Vietnam" — für die Militärregierung so weit verschlechtert, daß große Regionen von El Quiché, Huehuetenango und San Marcos für die Armee Sperrgebiet wurden und es US-Diplomaten offiziell untersagt wurde, sich weiter als bis Antigua (45 km westliche der Hauptstadt) zu bewegen.

Die offensichtlichen militärischen Erfolge der Guerilla, ihre Fähigkeit mit breiter Unterstützung der Landbevölkerung in den vom Militär gesäuberten Territorien „revolutionäre Gegenstrukturen" aufzubauen, wurde im Januar 1982 mit der Einigungserklärung der 4 Guerillaorganisationen zur „Nationalen revolutionären Einheit" (URNG) ein zusätzlicher politischer Erfolg hinzugefügt.[5]

Die sog. Wahlen vom 7. März 1982 fanden in einem Klima des Desinteresses auf Seiten der Bevölkerung (Wahlenthaltung lag bei über 65 %) und des Mißtrauens zwischen den angetretenen, allesamt rechtsextremen, Parteien und dem Militär statt. Der Kandidat des Generalstabs-Verteidigungsminister General Anibal Guevara wurde zum Wahlsieger proklamiert, allerdings weiß niemand, wer die Stimmenauszählung gewann!

Die Ineffiziens der bisherigen Strategie der Aufstandsbekämpfung, (Counterinsurgency) verbunden mit den hohen Verlusten der kämpfenden Truppe und die offensichtliche Wahlfälschung führten die große Mehrheit des Offizierkorps und die verschaukelten Rechtsparteien zusammen.[6]

Die politisch-militärischen Organisationen

Ejercito Guerrillero de los Pobres -EGP-

Das „Guerillaheer der Armen" begann 1975 mit militärischen Aktionen. Es hat seine regionale Basis vor allem im indianischen Hochland des Nordwestens, besitzt insgesamt inzwischen 7 Guerillafronten im ganzen Land. Das EGP geht von der Verbindung politischer und militärischer Aspekte des Krieges aus und plädiert für eine breite Arbeit mit den Massen im Rahmen der Strategie des verlängerten Volkskrieges. Es besteht eine enge[3] Zusammenarbeit mit der Campesino-Organisation -CUC- und der der Volksorganisation -FP 31-.

Fuerzas Armadas Rebeldes -FAR-

Die „Bewaffneten Rebellenkräfte" sind die Nachfolgeorganisation einer gleichnamigen Gruppe aus den 60er Jahren. Nach Jahren intensiver Gewerkschaftsarbeit — innerhalb der CNT-Gewerkschaft und der Einheitsfront CNUS — begann man 1978 wieder mit bewaffneten Aktionen. Schwerpunkt der FAR ist der Peten, Guatemala-Stadt und Chimaltenango. Die FAR propagiert heute den revolutionären Volkskrieg auf der Grundlage des Arbeiter-Bauern Bündnisses, mit den Arbeitern als Avantgarde und den Campesinos als Hauptkraft.

Organizacion del Pueblo en Armas -ORPA-

Die „Organisation des Volkes in Waffen" brach 1971 mit der alten FAR-Guerilla, da man sich insbesondere über die „Indigena-Frage" nicht einig wurde. Heute ist ORPA eine indianisch geprägte Organisation, die am stärksten im Westen und am Südhang des Altiplano verankert ist. Darüberhinaus existiert eine überaus schlagkräftige „Stadtfront" in Guatemala-Stadt. Nach ORPA sind die Indigenas die bestimmende soziale Kraft des Landes und müssen demzufolge auch eine führende Rollé im Befreiungsprozeß übernehmen. ORPA begreift den Befreiungskampf als einen langfristigen Lernprozeß der über verschiedene Etappen des revolutionären Volkskriegs geht.

Partido Guatemalteco del Trabajo -PGT-

Die kommunistische „Guatemaltekische Partei der Arbeit" wurde 1951 gegründet. In der Frage des bewaffneten Kampfes kam es mehrfach zu Spaltungen. 1978 entschied sich die PGT-nucleo de direccion für die Aufnahme bewaffneter Aktionen. Obwohl die kleinste der 4 Gruppen, hat die PGT-nucleo eine nicht unbedeutende Basis unter den ladinischen Landarbeitern der Südküste und der Arbeiterbewegung der Hauptstadt.

Auch sie propagiert den revolutionären Volkskrieg, beschränkt sich in ihren Aktionen jedoch im wesentlichen auf Anschläge und Attentate im hauptstädtischen Bereich.

Im Januar 1982 schlossen sich diese 4 politisch-militärischen Organisationen zur „Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca" -URNG- zusammen.

Movimiento Revolucionario del Pueblo IXIM -MRP IXIM-

Die „Revolutionäre Bewegung des Volkes-IXIM" trat erstmals 1982 an die Öffentlichkeit. Entstanden als eine Abspaltung von der ORPA -1977- sammeln sich heute im MRP auch ehemalige Mitglieder aus den anderen 3 Guerillagruppen, die in organisatorischen Fragen oder der Einschätzung der Rolle der Indigenas in Konflikt mit ihrer alten Organisation kamen. Wie die anderen Gruppen vertritt die MRP die Strategie des verlängerten Volkskrieges, scheint aber stärker auf die „wissenschaftliche Anwendung des Marxismus-Leninismus" zu orientieren.

Triumphalismus und Führungsanspruch der UTNG werden kritisiert, weshalb man bisher auch nicht beigetreten ist.

Neuer Ton — alte Marschrichtung

Am Morgen des 23. März 1982 setzte ein „Putsch junger Offiziere" dem Lucas-Regime und seinem designierten Nachfolger Anibal Guevara ein nahezu unblutiges Ende. Gegen Abend erklären die Generale und höheren Dienstgrade der Garnisonen via Radio ihre Bereitschaft, den Putsch mitzutragen: allerdings zu ihren Bedingungen. Diese präsentieren sie kurze Zeit später der wartenden Presse in Person des Ex-Präsidentschaftskandidaten der Christdemokratie von 1974, Ex-General und Sektenprediger der evangelischen „Kirche des göttlichen Wortes„ *Rios Montt.* Woraus sich die drei Eigenschaften ableiten lassen, die gerade diesen Herrn zum Vorhängeschild der neuen Militärjunta machten: eine politisch — auf den ersten Blick — unverfängliche Vergangenheit, alte und gute Kontakte zum Generalstab und die Fähigkeit simpler, aber wortgewaltiger Verkündung. (siehe Kasten) Seine beiden Aufgaben waren *Aufpolierung des internationalen Images* von Guatemala und *Effektivierung der Politik der Aufstandsbekämpfung.* An die internationale Presse gewandt, klang das so: Der Putsch wurde durchgeführt, *„um die Korruption zu beenden, die Menschenrechte zu garantieren und unsere Institutionen wiederzubeleben."* Tatsächlich bedeutete dies lediglich einige neue Gesichter, ein Pseudoschlag gegen die Korruption, die Befriedung und Liberalisierung des hauptstädtischen Lebens als Schaufenster für die internationale Öffentlichkeit und ausländische Delegationen und — last not least — die allsonntägliche

Fernsehpredigt des „Sprachrohr Gottes" Rios Montt.

Die alten Herrschaftsstrukturen blieben die gleichen: *„Kein Armeeoffizier wird verhaftet oder vor Gericht gestellt als Konsequenz des Putsches".* Und damit blieb auch das oberste Ziel das gleiche: die Zerstörung der revolutionären Bewegung. Was sich unter Rios Montt änderte, waren die Methoden, mit denen das Konzept der Counterinsurgency durchgeführt wurde und das von ihm angestrebte neue Herrschaftsmodell des totalitären Militärstaates á la Pinochet.

Die Institutionalisierung des Terrors

Was unter Rios Montt zur Durchführung kam — verborgen hinter einer offiziellen, für die internationale Presse bestimmten Rhetorik vom „Demokratisierungsprozeß" —, war die Fortsetzung eines „wissenschaftlichen Counterinsurgency-Programmes". Dessen 1. Phase, die „Theorie der Zwei Extreme" (Terroristen von links und rechts bedrohen den demokratischen Staat), hatte in den Jahren 1978 bis Anfang 1980 schon 7.000 Guatemalteken das Leben gekostet. Phase 2, das "Programm zur Befriedung und Ausrottung des Kommunismus", begann in Ansätzen zwar schon unter dem Regime Lucas Garcia, wurde jedoch unter Rios Montt wesentlich konsequenter durchgezogen[7]: Zur systematischen Erfassung des gesamten indianischen Hochlandes (Altiplano, der N und NW Guatemalas) wurden sämtliche Gemeinden, Dörfer und Weiler auf den Karten der Militärkommandaturen in Guatemala-Stadt mit vier verschiedenen, farbigen Stecknadeln klassifiziert: von rot — gleich: feindliches Territorium — über rosa und gelb — gleich: in verschiedenem Ausmaß mit der Guerilla sympathisierend — bis hin zu grün, den sicheren, von der Armee kontrollierten Dörfern.[8]

Nach 100 Tagen Montt-Regierung waren dutzende von indianischen Siedlungen im Altiplano vollständig zerstört (insbesondere in den Departamentos Chimaltenango und El Quiché) und in 80 bekanntgewordenen Massakern der Armee etwa 5.000 Menschen ermordet worden. Systematisch wird die „Politik der verbrannten Erde" gegen die „subversiven, mit der Guerilla kollaborierenden Dörfer" angewandt: der griffige Name dieser Mordkampagne: **Gewehre und Bohnen** (Fusiles y frijoles).

Dem Fisch das Wasser entziehen

Phase 1 („fusiles") beinhaltete eine abgestuft und massive Repression:

1. Vereinzelte, selektive oder umfassende Massaker gegen die ländliche Zivilbevölkerung (je nach „Grad der Subversion"), Androhung von Terrormaßnahmen und Vertreibung der Überlebenden.



2. Die Armee verbrennt Häuser, vernichtet Lebensmittel und Kleidung und zerstört Gerätschaften, denn dem Herr zufolge sind Fliehende schuldig.
3. Zeitweilige oder dauerhafte Besetzung der Siedlung und Verhinderung der Nahrungsmittelproduktion, dadurch, daß die Armee die Bevölkerung bombadiert und verfolgt. Kontrolle strategisch wichtiger Straßen und Märkte.
4. Die Wirkung der vorangegangenen Schritte sind Hunger, Unterernährung, Krankheit und Nacktheit bei extremen Witterungsverhältnissen.[9]

Durchgeführt wird die Repression durch abfolgend agierende Armeekräfte. Bis zu dem Zeitpunkt, wo die Armee — unterstützt durch Luftwaffe und gepanzerte Fahrzeuge — eine Siedlung direkt besetzt, wird der Ort häufig durch immer brutaler und ausgedehnter werdende Massaker von Spezialeinheiten der Armee heimgesucht. Die direkte Besetzung eines Ortes durch die Armee wird vorbereitend unterstützt durch Hubschrauber und militärische Kleinflugzeuge israelischer und schweizer Produktion (Arava bzw. Pilatus PC 7), die die Siedlungen mit Napalm bombadierten und Luftminen abwerfen (50 kg TNT). Darauf rükken Infantrieeinheiten ein, machen die Verwundeten oder noch nicht Geflohenen nieder, verbrennen mit in Israel hergestellten Flammenwerfern Hütten, Vorräte und erntereife Felder, stehlen die Haustiere oder schlachten sie ab. Die teilweise von Artillerie unterstützte Nachhut hat die Aufgabe entlang der Straße bis zu 200 m vom Rand entfernt, sämtliche Bäume und sonstige Vegetation zu vernichten, um so die Truppenbewegungen zu sichern und eingreifende Guerillaverbände möglichst frühzeitig auszumachen. Von den abschließend besetzten Resten der Siedlungen aus werden die umgebenden Wälder und Berghänge mit Kanonen und Haubitzen in Brand geschossen —, um so den Fliehenden Unterschlupfmöglichkeiten zu nehmen und durch die chemische Zerstörung der Wälder und des Bodens auf Jahre hin die agrarische Nutzung zu unterbinden.[10]

Am 8. Oktober 1982 berichtet „International Herald Tribune" von dem trostlosen

Anblick den das sonst um diese Zeit grüne Hochland bietet: überall ausgebrannte Dörfer und Gehöfte und unbebaute Felder. Menschenrechtsorganisationen schätzen im November '82 die Zahl der in Massakern durch Sicherheitskräfte Getöteten auf nahezu 10.000. Die Anzahl der Obdachlosen und Flüchtlinge wird von der guatemaltekischen Bischofskonferenz auf nahezu 1 Millionen geschätzt — 1/7 der Bevölkerung Guatemalas!

Hunger als Waffe

Phase 2 („frijoles", Bohnen) verstand sich als „wohlwollende Hilfe" an die Opfer der Politik der verbrannten Erde.

1. Das Herr ernährt, behandelt und bekleidet diejenigen, die den Entbehrungen der Flucht nicht mehr standhalten können und sich ergeben
2. Es wird ein System der sozialen Kontrolle und Überwachung installiert, daß Sympathisanten der Guerilla ausmachen und liquidieren soll.
3. Die Armee propagiert ihre „wohlwollende Hilfe" per Radio und Lautsprecher (aus Flugzeugen), um geflohene und sich weiterhin versteckt haltende Campesinos zu überzeugen. In den neuen oder wiederaufgebauten Siedlungen übernehmen evangelische Sekten die ideologischen Indoktrination.[11]

Ende 1982 ist der Höhepunkt der „Gewehre und Bohnen-Politik" überschritten, zwar finden bis heute immer noch gezielte und auch größere Massaker an der Landbevölkerung statt, aber ein dreiviertel Jahr blutigsten Staatsterrors haben die grünen Stecknadeln auf den Militärkarten wie Kreuze auf einem Friedhof vermehrt.
Was soll nun auf der Asche großer Teile des Altiplano aufgebaut werden?

Was den rein militärischen Aktionen — deren Folge wie beschrieben Massenmord, verwüstetes Land, Hunger, Obdachlosigkeit und Flucht sind — folgt, ist eine Weiterentwicklung der bisher praktizierten Aufstandsbekämpfung und Ergebnis der Kritik an der Counterinsurgency-Politik der Militärs in El Salvador, wie auch Ergenis der us-amerikanischen Erfahrungen in Vietnamm und der israelischen in den besetzten palestinensischen Gebieten. Es ist der Versuch über sog. *„civic action"* — Programme die Bevölkerung *ökonomisch zu reintegrieren* und *auf Dauer die militärische Präsens und Kontrolle in der Region zu garantieren.* Verhindert werden soll damit das Wiedereinsickern der Guerilla — nach Abzug der Armee — und eine neuerliche Zusammenarbeit zwischen Guerilla und organisiertem Dorf, das jene mit Sympathie, Nahrungsmitteln und Informationen versorgt.
Kernpunkte dieses neuen Abschnitts „wissenschaftlicher Counterinsurgency" — von Rios Montt, „volkstümlich" auf das Programm der „Drei T-s" gebracht: „techo, trabajo y tortillas" (Dach, Arbeit und Brot) — sind: die *Zwangsverpflichtung* der Bevölkerung zu kommunalen Arbeiten, die *Zwangsrekrutierung* aller wehrfähigen Männer zwischen 18 und 50 Jahren zu Wach- und Kontrolldiensten in den „Patrouillen der zivilen Selbstverteidigung" (PAC) und die *Zwangsansiedlung* der Überlebenden in „strategischen Wehrdörfern, beschönigender auch „Modelldörfer" genannt.

Arbeit macht frei

Die Arbeitspflicht umfaßt in der Regel Tätigkeiten wie Straßenbau und Aufbau von Kommunikationsstrukturen, die der besseren Kontrolle über die Bevölkerung und schnellerer Aktion des Militärs dienen. Bezahlt wird die Zwangsarbeit in Form von Lebensmitteln: Mais, Mehl, Speiseöl aus dem Welternährungsfonds der UNO und u. a. auch aus dem Ernährungssicherungsprogramm des BMZ (12), d. h. sie kosten das Militärregime keine Pfennig.

Die Militarisierung des Dorfes

Die „Zivilen Selbstverteidigungspatroullien" (PAC) bestimmen heute das Bild in den Dörfern der sogenannten Konfliktgebiete im Altiplano: Von Rios Montt im Sommer 1982 initiiert sind sie inzwischen auf weit über 500.000 patrolleros angewachsen[13]. Solche Patroullien sind als Werkzeug der pyschlogischen Kriegsführung schon von den USA im Vietnamkrieg benutzt worden, um nach außen den Anschein zu erwecken, daß die Bevölkerung sich selbst gegen die „Subversion" schützt und somit das Regime unterstützt. Tatsächlich liegen die Aufgaben der PAC — allein schon angesichts ihrer schlechten Bewaffnung — nicht in der militärischen Verteidigung ihrer Dörfer, sondern in der Kontrolle ihrer Dörfer, so wird

- bspw. jeder Mann — z. T. auch schon Frauen — registriert;
- jeder ein- oder ausgehende Fremde muß dem Militärposten gemeldet werden (was die Reorganisation des Dorfes durch die revolutionäre Bewegung behindert);
- das Herr erhält eine gewisse Entlastung, darüberhinaus werden die Patrouillen als „Kanonenfutter" bei militärischen Auseinandersetzungen benutzt, teilweise hetzt die Armee Patrolleros verschiedener Dörfer auch gegeneinander;
- die Anführer der PAC — meist ehemalige Armeeangehörige, Mitglieder rechtsextremer Parteien oder der Todeschwadrone oder Angestellte reicher Ladinos — bestimmen und kontrollieren die Lebensmittelausgabe: wer mehr verlangt oder bei sich trägt als zur persönlichen Ernährung notwendig ist, steht automatisch im Verdacht, mit der Guerilla zu kollaborieren.[14]

Neben diesen direkten Einflußnahmen ist ein wesentlicher beabsichtigter Folgeeffekt der neuen, von der PAC bestimmten Dorfhierarchie, der Konflikt mit der im Altiplano noch weitgehend intakten indiani-

schen Sozialstruktur. Die traditionelle Hierarchie, die z. B. durch Kriterien wie Alter, Eignung der Person und verantwortliche Teilnahme an den Selbstverwaltungsämtern innerhalb der „comunidad indigena" (indian. Gemeinschaft) gewachsen ist, wird die von außen auf gezwungenen Machtstrukturen bedroht. Diese lösen nicht nur die alten Beziehungen auf, sondern werden z. T. auch dazu benutzt persönliche Konflikte — z. B. um Landnutzungsrechte — bewaffnet zu lösen. „Es ist sehr schlimm geworden im Dorf. Keiner traut mehr dem anderen," sagt ein indianischer Campesino aus Alta Verapaz. „Was 400 Jahre Kolonialismus nicht haben schaffen können, das erreicht die PAC, nämlich unsere Dorfgemeinschaft zu zerstören."[15]

Diese „aldeas modelo" — in Wirklichkeit eher Konzentrationslagern vergleichbar — werden meist im Anschluß an die oben beschriebenen Militäraktionen der Regierungstruppen gegen „feindliche Dörfer" an der selben Stelle oder in Nähe der alten Siedlung aufgebaut. Diesmal kommt die Armee als „dein Freund und Helfer" mit LKWs voller Baumaterialien, um den Überlebenden beim Neuaufbau ihrer Häuser zu unterstützen. Aber nicht die alte dörfliche Gemeinschaft wird wiederhergestellt, sondern eine den Indigenas ungewohnt Form des Wohnens und Zusammenlebens, geplant am Reißbrett der militärischen „Entwicklungsstrategen" und ihrer israelischen Berater. Gebaut werden rechteckige, gradlinig angeordnete Einheitshütten mit Wellblechdächern. Jegliche Gestrüpp zwischen den Hütten und im Umkreis mehrerer 100 m um die Siedlung muß entfernt werden, bis das neue Dorf völlig kahl daliegt. Wie ein menschlicher Schutzwall wohnen die Zivilisten ringartig um die häufig leicht erhöht liegenden militärischen Einrichtungen und Kasernen in der Mitte des Dorfes. Jede Bewegung kann verfolgt werden, selbst nachts, wenn riesige Scheinwerfer das umliegende und teilweise verminte Gelände taghell erleuchten. Tagsüber arbeiten die hier angesiedelten Menschen unter militärischer Bewachung an der großflächigen Erschließung der künftigen Broccoli-Felder. Als Lohn erhalten sie Lebensmittel, Kleidung und Medikamente, die immer dann gerne verteilt werden, wenn die ausländische Presse eingeladen wurde. Nichts erinnert mehr an die Atmosphäre einer indianischen Gemeinschaft. Stattdessen leblos wirkende Siedlungen, Schlagbäume, Menschen unter Kontrolle, zusammengepfercht in Reißbretthütten über denen die blau-weiße Nationalfahne weht und morgens per Lautsprecher die Nationalhymne das Wecken besorgt.[17]



Letzlich sollen sämtliche „civic-action" Maßnahmen in *eine völlige kulturelle, siedlungsgeografische und ökonomische Umgestaltung des Altiplano münden.* Das Mittel zum Zweck ist dabei das strategische Dorf. Vorbild der guatemaltekischen Militärs sind die jüdischen Wehrsiedlungen und das israelische Vorgehen im Westjordanland: Mit Hilfe bewaffneter israelischer Dorfligen wurde die verbliebene palestinensische Bevölkerung unter Kontrolle gebracht und es gelang trotz internationaler Verurteilung und gegen den Widerstand der einheimischen Palestinenser florierende landwirtschaftliche Zentren aufzubauen. Oberst Eduardo Wohlers, Chef des „Hilfsprogramms für die Konfliktzonen": „Ich glaube, es wäre phantastisch, unser Hochland nach diesem System umzuformen."[16]

Broccoli statt Mais

Neben rein militärischen Aktionen, psychologischer Kriegsführung und ideologischer Umerziehung stellt sich der Counterinsurgeny-Staat erstmals direkt ökonomischen Aufgaben.

Das existierende ökonomische Modell Guatemalas — dominiert vom Anbau traditioneller Exportfrüchte — ist obsolet; es ist nicht mehr in der Lage die vorhandene Arbeitskraft zu absorbieren. Der ehemals hohe Bedarf der Großgrundbesitzer an mobiler, billiger und saisonal abrufbarer (indianischer) Arbeitskraft für die Plantagen der Südküste und des Kaffeehochlands geht aufgrund der Weltmarktlage und zunehmender Mechanisierung immer mehr zurück.

Zur selben Zeit ist die Subsistenzproduktion der Indigenas und armen Ladinos aufgrund ausgelaugter Böden, sinkender Erträge und wachsender Bevölkerung immer weniger in der Lage die eigene Familie zu ernähren.

Da sich der geplante Massenmord der Militärs aufgrund der internationalen Proteste nicht beliebig steigern lässt, müssen neue Einkommensquellen geschaffen wer-

den — wollen sich herrschende Klasse und Staat nicht permanent der „Subversion" durch hunderttausende Hungernder ausgesetzt sehen.

Da schon das Wort Agrarreform mit einem Tabu belegt ist — jede derartige Initiative wäre Selbstmord für ihre Initiatoren — bleiben allein institutionelle Lösungen auf Kosten der Landbevölkerung. Auf der Asche ihrer Dörfer und Felder werden deshalb Modelle neuer Siedlungen und Produktionsstätten entworfen: *„Wir stellen uns riesige Obst- und Gemüseplantagen vor mit Lager-, Verarbeitungs- und Gefriereinrichtungen. Unser Ziel ist ein vollständiges Produktionssystem für exportbestimmten tiefgefrorenen Broccoli, Chinakohl, Wassermelonen, insgesamt 15 neue Arten."*[18]

Nun sind Produktdiversifizierung mit dem Ziel der Erschließung neuer *ausländischer* Absatzmärkte — statt Landreform —, nicht irgendwelche Spinnereien eines vorwitzigen Offiziers, sondern es ist die wortgetreue Übernahme dessen, was konservative US-Politologen im Geheimdokument von Santa Fé zum Thema zukünftige Landwirtschaft in Guatemala vorgekaut haben[19]. Vorbereitet werden diese ökonomischen Zielvorstellungen durch die vollständige soziokulturelle Umgestaltung der „comunidad indigena" in den Typ des militarisierten Modelldorfes.

US-Dollars und Israelische Experten

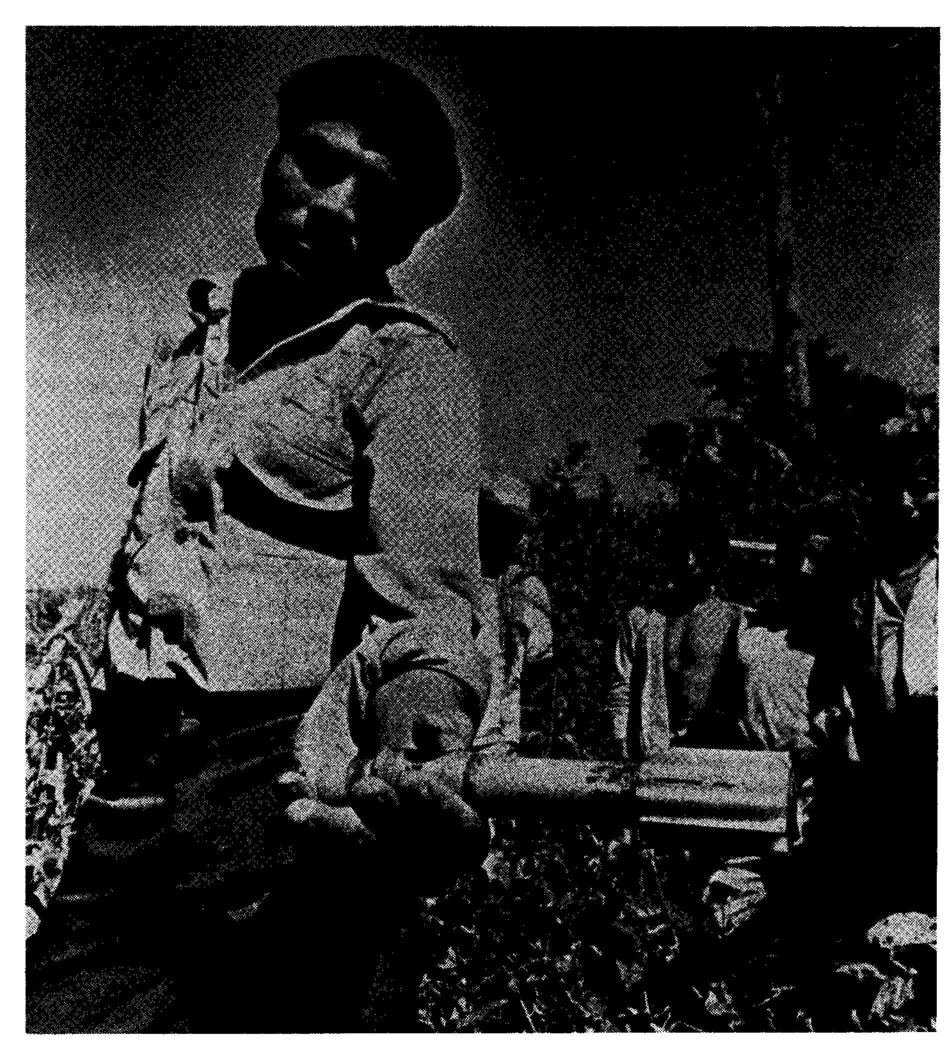
Guatemala selbst ist aufgrund der wirtschaftlichen Krise und der prekären Finanzlage nicht in der Lage, die „Umstrukturierung des Altiplano zu finanzieren; allein das diesjährige Militärbudget macht über 50 % des Staatshaushalts aus.

Wer also bezahlt die großangelegte Counterinsurgency-Kampagne? Schon wenige Monate nach dem Putsch und der Machtübernahme von Rios Montt wurde Guatemala auf Initiative der US-Administration von der Liste der „groben Menschenrechtsverletzer" gestrichen, d. h. ab sofort würden allein ökonomische Kriterien den Ausschlag für eine Kreditvergabe geben. Die Folge waren sechs Darlehen von der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID)[20]. Auch für 1984 sollen der Internationale Währungsfond (IWF), BID und Weltbank Kredite in Höhe von 238 Mio. US-Dollar zugesagt haben.[21]

Zahlreiche Darlehen der US-Regierung, der BID und insbesondere der nordamerikanischen Entwicklungsbehörde (AID) sind direkt als Gelder für Infrastrukturmaßnahmen in den „Konfliktzonen" ausgewiesen, so z. B. für den Bau von 300 km Landstraße, Wasserleitungen und Telefonnetz.[22] Die AID förderte mit 20.1 Mio. US $ den Bau von einfachen Wohneinheiten (in strategischen Dörfern) sowie die regierungsbetriebene Kolonisation und Wiederansiedlung (von Flüchtlingen) in den nördlichen Tiefländern Guatemalas. Experten der AID arbeiten seit Ende der 60er Jahre praktisch ununterbrochen im nördlichen Altiplano und dem angrenzenden Tiefland (El Peten) an Landerschließungs- und Siedlungsprojekten zur „Modernisierung" traditioneller, indianischer Subsistenzwirtschaften. Die größte personelle Stütze innerhalb des gesamten Counterinsurgency-Programms sind allerdings die Israelis.

Neben israelischen Waffen (seit 1977 — Carters Waffenembargo — wird die Guatematekische Armee auf Galil-Gewehr umgerüstet), militärischen Kleinflugzeugen (Arava), israelischer Militär- und Geheimdiensttechnologie, etc. pp. arbeiten mittlerweile mindestens 300 israelische Experten in sämtlichen Bereichen der Aufstandsbekämpfung: sei es als Teamer in psychologischer Kriegsführung, als Experten für militärisch genutzte Computer- und Radarsysteme, als Ausbilder in der 1981 gegründeten Militärschule für Elektronik oder als Ratgeber bei der Umsetzung israelisch initiierter Counterinsurgency-Projekte im Altiplano.[23]

Neben diesen beiden Hauptstützen des Regimes und seiner massenmörderischen „Entwicklungsprogramme", erhielt Rios Montt — ebenso wie sein derzeitiger Nachdrücker Mejia Victores — Hilfe unterschiedlicher Art aus nahezu allen westeuropäischen Staaten und international ver-



Guatemaltekischer Flüchtling in Mexico zeigt ein Splittergeschoß israelischer Fabrikation, das im Dezember 1983 von guatemaltekischen Soldaten in das Lager von Rio Azul, Chiapas, Mex., hinein eingesetzt wurde. *Foto: Medico International*

urteilten Militärdiktaturen. Diese Beziehungen reichen von militärischen Formen — Österreich und Belgien gaben dem Regime Unterstützung beim Aufbau einer eigenen Munitionsfabrik (1983 in Betrieb genommen); Jugoslawien liefert Waffen, die Schweiz Kampfflugzeuge (vom leicht umrüstbaren Typ Pilatus PC 7). Diese Beziehungen können aber auch rein kommerzieller Art sein —, so ist Guatemala nach wie vor Investitionsgebiet Nr. 1 der BRD im zentralamerikanisch-karibischen Raum. Italien gibt allein 500 Mio. $ an Krediten für Infrastrukturprojekte und selbst Spanien bietet 61 Mio. $ für die Bereiche Tourismus, Industrie und Transport an.

In den Aufgabenbereich der Militärregimes, wie Chile, Taiwan, Südkorea und Südafrika, fällt die Ausbildung von Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung, Trainingsprogramme für Offiziere der Sicherheitskräfte und die Sendung eigener Antiguierillaexperten.[24]

Ein Schrecken ohne Ende?

Auf die Dauer brachten die eigenwilligen, totalitären, militärstaatlichen Vorstellungen und sein religiöser Fanatismus Rios Montt in Gegensatz zu den Parteien, der Katholischen Kirche und großen Teilen der Oligarchie. Er ging wie er kam — per Putsch. Am 8. August 1983 wurde er — nach alter Tradition — von seinem Verteidigungsminister *Mejia Victores* gestürzt.

Obwohl General Victores einige Maßnahmen des Montt-Regimes, — wie immer mit dem Anspruch der „demokratischen Öffnung" —, zurücknimmt, z. B. die Sondergerichte für subversionsverdächtige Zivilpersonen, den Ausnahmezustand, obwohl er Wahlen für Juni 1984 verspricht und die Armee wieder stärker auf rein militärische Aktionen beschränken will (was die Reaktivierung der Todesschwadrone für die „Schmutzarbeit" bedeutet), *ändert sich im Prinzip nichts.*

Die Kernstücke des ländlichen „civic-action-programms" — Wehrdörfer, Zivilpatrouillen, Arbeitsdienst — werden sogar forciert fortgesetzt: *„Die Modelldörfer sind die wichtigste Grundlage für die Entwicklung des Landes"* erklärt Mejia Victores am 2. März.[25] Darüberhinaus nimmt die Repression in den Städten wieder Ausmaße wie unter Lucas Garcia an: Massenrazzien, Entführungen, Folter und Morde an Gewerkschaftern, Universitätsangehörigen, Parteifunktionären, Priestern, Journalisten, Händlern ... Dazu Mejia Victores: *„Ich vernehme, daß es recht viel Gewalt gibt."*[26]

Trotz anfänglicher Erfolge ist sowohl Rios Montts Aufstandsbekämpfungsprogramm „Victoria 82" (Sieg 82), wie auch die Kampagne „Firmeza 83" (Standhaftigkeit 83) von Mejia Victores gescheitert. Die Counterinsurgency-Offensiven stellten den bewaffneten Widerstand zwar auf eine harte und verlustreiche Probe, konnten die militärischen Strukturen aber nicht zerschlagen. Dennoch wurde die soziale Basis durch die Politik der verbrannten Erde und die anschließenden „Befriedungs- und Aufbauprogramme" empfindlich getroffen. Dies ist z. T. auch durch Fehler der Guerilla verschuldet. Insbesondere das EGP orientierte mit seiner Aufstandsparole Ende 1981/Anfang 1982 gegen die objektiven Bedingungen und förderte einen Triumphalismus der ihm teuer zu stehen kam, da sich die ersten massiven Armeeoffensiven gegen das Hochland richteten.

Schon Anfang 1983 hatten sich insbesondere ORPA (westl. Hochland) und FAR (El Petén) soweit erholt, daß erste gezielte Abwehrmaßnahmen und bald auch Gegenoffensiven (bewaffnete Propagandaaktionen, Hinterhalte, Angriffe auf Militär- und Polizeicamps) wieder möglich waren. Seit Oktober 1983 sind bei allen politisch-militärischen Organisationen wieder verstärkte Aktivitäten feststellbar — die Verluste der Armee erreichen nahezu die Zahlen von 1981. Selbst der neue Armeegeneralstabschef *Rodolfo Lobos Zamora* — der eigentliche starke Mann des Regimes — mußte am 14. 4. vor der Presse zugeben, daß *„die Aktionen der Guerilla in allen Gebieten des Landes zugenommen haben"*.[27]

Neben Reaktivierung und Verbreitung des bewaffneten Widerstands im Inneren, ist die Herstellung internationaler, politi-

scher Allianzen für die guatemaltekische Linke unbedingt notwendig, dies ist ein entscheidendes Element ihres Konzepts des revolutionären Volkskriegs.

Bis heute ist die Unterstützung für eine linke Alternative in Guatemala durch die demokratischen und fortschrittlichen internationalen Kräfte allerdings kaum realisiert worden. Immer noch hält die Reagan-Administration — trotz interner Schwierigkeiten mit dem Kongreß über die *Höhe* der Unterstützungsgelder für das Regime — die Karten in der Hand. Aufgrund der Polarisation der politischen Krise in Guatemala — Opposition ist *nur* in bewaffneter Form möglich — haben mäßigende Kräfte wie auch gemäßigte demokratische Verbündete wenig Aussicht auf Erfolg. Guatemalas Christdemokraten spielen heute eine marginale Rolle und stehen immer noch recht distanziert zur revolutionären Bewegung; die beiden sozialdemokratisch orientierten Parteien PDS und FUR sind im Land selbst unbedeutend und noch nicht so weit in den Einigungsprozeß einbezogen, als das sie international eine förderliche Rolle spielen könnten.

Die 'Sozialistische Internationale' -SI-' hat zwar die Politik der systematischen Ausrottung der Indigenas denunziert, sich aber bezüglich aktiver politischer Initiativen sehr zurückgehalten. Gleiches gilt für die häufig vermittelnd eingreifende Regionalmacht Mexico, die in diesem Fall mit der „Indigenafrage" und der räumlichen Nähe des Revolutionsherdes eigene Probleme haben dürfte. Bevor sich auf der Ebene internationaler Politik und Diplomatie diesbezüglich etwas ändert, wird es Aufgabe des guatemaltekischen Widerstands sein, im Land selbst höhere Formen des militärischen Kampfes wie auch der politischen Einheit herzustellen. Nur so dürfte eine zentrale Schwierigkeit, nämlich der Aufbau einer kohärenten diplomatischen Front, die den Freiheitskampf des guatemaltekischen Volkes nach außen darstellt und repräsentiert, zu lösen sein. Darüberhinaus wird es Aufgabe der revolutionären Bewegung sein, einflußreiche, aber skeptische ausländische Kreise, davon zu *überzeugen*, daß die guatemaltekische Revolution demokratisch, pluralistisch und blockfrei sein wird. Denn noch ist das Reagan'sche Gemälde — „alles gottlose Kommunisten" — intakt, auch wenn die Farbe erste Risse zeigt.

Hier die entsprechende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren und Unterstützung zu mobilisieren ist Aufgabe der internationalen Solidaritätskomitees. Stellt die gemeinsame Spendenkampagne für die Verteidigung Nicaraguas und die Stärkung des Widerstands in El Salvador (beschlossen auf dem letzten Nicaragua-Bundestreffen) einen Schritt nach vorn — hin zur regionalen Wahrnehmung Zentralamerikas — dar, so muß die Einbeziehung des guatemaltekischen Freiheitskampfes und seine massive Unterstützung, der nächste Schritt sein.

Albert Recknagel

Anmerkungen

1. Indigenas: Bezeichnung für ansässige, indianische Bevölkerung. Andere Termini sind Indios oder Naturales.
2. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß in der Oktobernummer der Zeitschrift *„istmo — Studien zu Zentralamerika"* eine ausführliche Behandlung der Gesamthematik vorgesehen ist.
3. Alle Zitate aus: Guatemala anfangs 1984, hg. v. Enfoprensa, Jan. 84
4. Teile der im Unternehmerverband CACIF zusammengeschlossenen Unternehmer gerieten in Konflikt mit dem Militär
5. Zu dieser Periode siehe ausführlicher: A. Recknagel: Guatemala. Ökonomische Stagnation, Herrschaftskrise und Volkswiderstand, in: istmo 1, März 1982
6. NACLA vol. 17 (2/83) Guatemala — the war is not over, S. 14. Von dem etwa 900 Mann starken Offizierkorps Guatemalas wurden allein 1981 57 Offiziere von der Guerilla getötet.
7. Companero Nr. 6 (Juli 82) S. 8f (Zeitschrift des EGP)
8. NACLA (s. o.)
9. Estudios Centroamericanos (eca), Costa Rica, Okt. 1983, S. 866
10. Noticias de Guatemala Nr. 100 (Jan. 84) S. 9ff
11. eca (s. o.) S. 866
12. BMZ Drucksache 10/76 vom 2. 11. 83, S. 6
13. Im mid Nr. 3 vom Mai 84 ist sogar von 800.000 Patrolleros die Rede
14. Lateinamerikanachrichten Nr. 124 (März 84) S. 13f
15. LN Nr. 124 S. 15
16. medico rundschreiben 1/84 S. 8-11
17. medico s. o.
18. medico s. o.
19. Geheimdokument des Komitees von Santa Fé, o. J. Frankfurt S. 16f Hg. ASK
20. NACLA (s. o.) S. 32
21. enfoprensa Nr. 27 (Nov. 83)
22. enfoprensa Nr. 24/25 (Juni 83)
23. Combate Nr. 3 (Jan. 84) S. 22 (Schweden)
24. NACLA (s. o.) S. 30
25. enfoprensa Nr. 62 (März 84)
26. enfoprensa Nr. 60 (Feb. 84)
27. enfoprensa Nr. 67 (April 84)

Aufruf

Türkei: Kein Urlaub im Land des Hungers und der Folter

„Türkei erlebte Super-Sommer", so lautet die Überschrift einer kleinen Zeitungsmeldung vom 8. März dieses Jahres. „Die Türkei hat ihren Platz im internationalen Tourismus festigen können: Nach ersten Schätzungen sollen im vergangenen Jahr 1,2 Millionen ausländische Besucher das 'Land der Sonne' besucht haben. Dies schließen türkische Fremdenverkehrsexperten aus der nun vorgelegten Statistik ... An erster Stelle ... der ausländischen Besucher lagen die Bundesbürger ..." (Aus: Badische Zeitung) „Seit die Generäle die Macht übernommen haben", sagte mir ein bundesdeutscher Urlauber, der gerade braungebrannt aus dem „Land der Sonne" zurückgekehrt war, „ist es in der Türkei wieder ruhiger geworden. Die Straßen sind sicher, man kann wieder hinfahren ..."

In der Türkei ist es wieder ruhiger geworden. Die Gewerkschaften sind verboten. Die Parteien sind zerschlagen. Die Presse ist zensiert. Jede demokratische Opposition wird brutal verfolgt. Als NATO-Partner und wichtigster Handelspartner hat die BRD mit wirtschaftlicher und militärischer Hilfe viel dazu beigetragen, diese 'Beruhigung' herbeizuführen. Daß SIEMENS den Zentralcomputer für die Polizei in Ankara geliefert hat, ist dafür nur ein kleines Beispiel.

Das Jahr mit dem Supersommer war für die Türkei tatsächlich ein Jahr der Rekorde: Die offizielle Zahl der Arbeitslosen stieg auf 20 Prozent, nach inoffiziellen Schätzungen sollen sogar fast vierzig Prozent der türkischen Erwerbstätigen ohne Arbeit sein. Die meisten der Arbeitslosen leben ohne jede soziale Absicherung mit ihren Familien in Hunger und Elend.

In den ersten zwei Jahren der Militärdiktatur „sind laut Angaben der 'Alternativen Türkeihilfe' 21 Menschen hingerichtet, 153 Todesstrafen verhängt, 4.943 Anträge auf Todesstrafe gestellt worden; über 100.000 Menschen wurden seither inhaftiert." (vgl. Rainer Werle, 'Modell' Türkei Ein Land wird kaputtsaniert, S. 9)

Nach Angaben von amnesty international gibt es zur Zeit in der Türkei 27.000 politische Gefangene. Dutzende Oppositionelle sind in den Gefängnissen zu Tode gefoltert worden. Einige Hundert Gefangene kämpfen mit Hunger- und Durststreiks unter Einsatz ihres Lebens für eine Verbesserung der mörderischen Haftbedingungen.

Doch gleichzeitig erlebt dieses Land der traurigsten Rekorde einen unvergleichlichen Touristenboom. Insgesamt trugen die Touristen im letzten Jahr etwa „400 Millionen Dollar Devisen" in's Land der Diktatoren. (vlg. Badische Zeitung 8. 3. 1984) Dieses Jahr sollen es noch mehr werden. Aus der Badischen Zeitung vom 29. März 1984:

„Auf einen Ansturm von Touristen wie noch nie muß sich diesen Sommer die Türkei gefaßt machen. Denn nicht nur die Chartergesellschaften haben neue Flugketten angekündigt. Erstmals wird es ab Mai eine tägliche bediente Verbindung von Italien aus in das Land unter dem Halbmond geben." Und damit auch bloß niemandem Zweifel an diesem Reiseland kommen, wird in der gleichen Zeitung neben einem Artikel über „die beste Bauchtänzerin der Türkei" (Zitat: „Körperkontakt und tiefere Einblicke bei der ohnehin Leichtgeschürzten sind aber nicht im Eintrittsgeld inbegriffen) und „ein ausgiebiges Mahl im Galaturm-Restaurant" folgender beruhigender Hinweis geliefert:

„Berichte, wonach Touristen in der Türkei leicht in Gefahr geraten können und sich plötzlich in einem türkischen Gefängnis wiederfinden, haben die Reiseredaktion der Badischen Zeitung veranlaßt, im Zusammenhang mit unserem Bericht beim Auswärtigen Amt in Bonn nach der Sicherheit deutscher Bundesbürger in der Türkei nachzufragen. Dabei wurde uns versichert, daß es nicht gerechtfertigt wäre, vor der Türkei als Tourismusland zu warnen. Die Gefahr für Touristen sei nicht größer als in anderen südlichen Ländern. Man müsse sich eben an die im Land bestehenden Gesetze und Bestimmungen halten, wie es von den Ausländern in der Bundesrepublik auch erwartet wird. ... Außerdem wird davor gewarnt, das in der Türkei sehr heiße politische Thema der Kurden- und Armenierprobleme anzusprechen." (Badische Zeitung 1. 3. 84) Man/frau muß sich eben an die Gesetze der Militärregierung halten und vergessen, daß es in diesem Land unterdrückte Volksgruppen und verfolgte Oppositionelle gibt, daß dort von staatlicher Seite gefoltert und gemordet wird, um die Ruhe am Strand und in den billigen Restaurants wirklich genießen zu können.

Die Türkei ist nicht nur das Urlaubsland der vielgescholtenen Neckermänner geworden, sondern erfreut sich auch schon seit langem in der linken und alternative Szene einer großen Beliebtheit. „Die phantastische Landschaft", „eine völlig andere Kultur", „die Heimat der türkischen Kolleginnen und Kollegen kennenlernen", dies sind die üblichen Argumente, mit denen wir — zugegebenermaßen — in einer kleinen Gruppe selbst mal überlegt hatten, dieses Jahr in die Türkei zu fahren. Doch schon nach kurze Beschäftigung mit den Bedingungen in diesem Land muß jeder/m die Lust dort Urlaub zu machen, vergehen. diskutieren: eine Türkeireise ist gegenwärtig eine Unterstützung für das Militärregime. Gespräche über politische und gewerkschaftliche Probleme würden nur die türkischen Gastgebr gefährden, mit denen sie geführt würden. Und wer will sich sattgegessen an einen Strand legen, wo wenige Kilometer weiter Kollegen im Knast verhungern, weil ihnen jede Menschenwürde versagt wird?

Deshalb rufen wir — dies ist ein Ergebnis eines Türkei-Seminars der Humanistischen Union NRW — zu einem Boykott der Türkei auf: „KEIN URLAUB IM LAND DES HUNGERS UND DER FOLTER!" Wir bitten alle, diesen Aufruf zu unterstützen und zu verbreiten. Zur Zeit des Faschismus in Griechenland hat es eine Boykott-Bewegung gegen dieses Land gegeben, die nicht ohne Wirkung blieb. In Bezug auf die Türkei scheint eine solche Forderung bislang kein Thema innerhalb der Linken zu sein. In der TAZ erschienen Anzeigen, in denen für alternative Türkeireisen im VW-Bus mit türkischem Begleiter geworben wurde. Und „aus politischen Gründen muß unser Buch in Zukunft in zwei Bänden erscheinen. Der erste Band bietet einen Überblick über Politik, Ökonomie und Kultur und ist als solcher für jede/jeden von Interesse, die/der sich für das Thema Türkei und die Situation der Türken in der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Da sich Band I von einer kritischen Position mit den in der Türkei zur Zeit herrschenden politischen Verhältnissen auseinandersetzt und die Kurdenfrage nicht unterschlägt, was in der Türkei strafrechtlich verfolgt wird, empfehle ich, diesen Band **nur** zur Reisevorbereitung zu verwandeln — also: **zu Hause zu lassen.**" (Die unterstrichenen Stellen sind im Buch fettgedruckt. Aus: Eberhard Schmitt, Türkei, Berlin 1984)

Wir fordern alle auf, nicht ihr politisches Gewissen zu Hause zu lassen, sondern gar nicht erst in die Türkei zu fahren.

Für die Teilnehmer/innen des Türkei-Seminars der Humanistischen Union NRW/
Karl Rössel

P. S.: Zur Unterstützung der Boykott-Kampagne wurde ein Plakat entworfen und gedruckt". „TÜRKEI — KEIN URLAUB IM LAND DES HUNGERS UND DER FOLTER!" Es kann gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden beim:
ELTING-LADEN, Eltingstr. 35, 43 Essen 1.

Rezensionen

Erzählungen von Ngugi wa Thiong'o

Haben Sie schon mal von einem Mercedes-Begräbnis gehört? Stellen Sie sich mal vor, in einem afrikanischen Land ist ein armer Mann gestorben, dessen Angehörige kein Geld für einen Sarg haben. Zur gleichen Zeit ist der Wahlkampf im Gange, und die lokalen Wahlkanditaten beschließen, das Begräbnis des armen Mannes zu finanzieren. Da sie sich aber nicht einigen können, wie das Begräbnis organisiert werden soll, gründen sie ein Kommittee, das über die Spenden, den Leichentransport, das Grab sowie über den Sarg entscheiden soll.

Zu Beginn der Beerdigungszeremonie werden die Geldspenden bekanntgegeben. Die Beträge sind unterschiedlich, je nach dem Vermögensstand des Spenders und hier beginnt der Auktionscharakter der Beerdigung: die Spender wollen einander überbieten. Als nächstes sind die Särge an der Reihe. Da sich die Kanditaten nicht auf einen gemeinsamen Sarg einigen konnten, wird jeder einen eigenen Sarg vorführen. Zu erst führt der Student, der die Arbeiter zu vertreten vorgibt, einen bescheidenen Holzsarg vor. Auch Jesus sei bescheiden gewesen, ist seine Begründung. Der zweite Kanditat, ein verarmter Farmer, stellt ebenfalls einen hölzernen Sarg vor. Auf dem Sarg ist eine grüne Kuh mit Euter und vollen Zitzen gemalt. Der dritte Sarg, von dem Geschäftsmann, ist schon einfallsreicher: gebaut in der Form eines Hilton-Hotels, mehrstöckig und mit Glasfenstern ausgestattet. Das versammelte Volk ist begeistert, wartet aber auf den vierten Sarg von dem derzeitigen Abgeordneten und lokalen Dynasten. Unter einem roten Tuch wird ein naturgetreues Abbild eines schwarzen Mercedes 660 S enthüllt, mit Türen, Scheiben, kastanienbrauenen Vorhängen und Jalousien. Es sei der Wunsch des Verstorbenen gewesen, einmal in einem Mercedes zu sterben, begründet der Abgeordnete seine Entscheidung.

Diese Unheimlichkeit und Perversivität wahrnehmend läuft das Volk still davon. Auch die Kanditaten merken selbst, daß erwas schiefgelaufen ist und verschwinden wortlos. Der arme Mann wird von seinen Angehörigen und Freunden in einem bescheidenen Sarg beerdigt.

Diese und andere Geschichten enthält das Buch

Ngugi wa Thiong'o, Verborgene Schicksale. Erzählungen. edition suhrkamp, es 1111, NF 111, 1982, DM 14,00

Afrikanische Literatur ist auf dem bundesdeutschen Büchermarkt noch relativ unbekannt und spärlich vorhanden. Daher lohnt sich dieses Buch als Einstiegslektüre, um einen Einblick in die Erzählweise und Thematik afrikanischer Autoren zu bekommen. Thiong'o mag repräsentativ für andere Autoren sein. Die Erzählungen erinnern schmerzlich an die koloniale Vergangenheit, aber ebenso wird die neokoloniale Gegenwart mit all ihren Auswüchsen thematisiert. Der schwarze Emporkömmling des Neokolonialismus, der die Ausbeutung, Unterdrückung und Korruption seiner Vorgänger in übersteigerter Form verinnerlicht hat, ist der reale „Neger im Dienst". Gegenüber den alten und neuen Herren stehen die jahrhundertelang Unterdrückten, die sich ihrem Schicksal mit Resignation, Gewalt oder Alkohol unterordnen.

Ngugi wa Thiong's, kenianischer Schriftsteller, der in London im Exil lebt (und von dem gesagt wird, wäre er nicht Afrikaner, hätte er schon lange den Nobel-Literaturpreis erhalten), reflektiert das Leben in seinem Heimatland als sei es Trauerarbeit. Es sind keine „schönen" Geschichten mit Glück und Harmonie als Endstadion. Die von kolonialen Herrschaft Befreiten scheinen befangen zu sein, nicht nur in ihrem Alltag, sondern auch in ihren Täumen: der Wunsch, so zu sein und zu leben wie die Weißen. Und wie könnte es anders sein, wenn positive Vorbilder fehlen und wenn der Lebensstil der Europäer sogar vom Gott gesegnet zu sein scheint. Und wie könnte der Afrikaner die Entwicklung seines Kontinens zur Geschichte zählen, wenn ihm von Europäern beigebracht wird, daß die richtige und wahre Geschichte die von Europa ist: die Kelten, die Angelsachsen, die Wikinger, Napoleon und andere Helden.

So wird die berufliche Karriere durch Bestechung und Korruption, der Reichtum durch Unterschlagung und der Parlamentsmandat durch Wahlverfälschung erreicht. Die Liebe wird käuflich und die Alltagssorgen ertränkt man in Alkohol.

Die Vergangenheit ist allzu gegenwärtig. Wie bei anderen afrikanischen Erzählern[1] sind bei Ngugi wa Thiong'o Trauer und Schmerz durchgängig. Vielleicht ist es Enttäuschung darüber, daß manches anders geworden ist als man in den hoffnungsvollen Stunden des Unabhängigkeitskampfes sich erträumt hatte, oder daß vieles unverändert geblieben ist. Die Befreiung des Volkes ist immer noch ein Traum, solange zumindest, bis die einheimischen Führungseliten entkolonialisiert sind. Unter diesen Bedingungen sieht Thiong's seine schriftstellerische Arbeit als einen Versuch, sich und seinen Platz in der Gesellschaft im historischen Zusammenhang zu verstehen.

1) Beispielsweise in: Der Neger vom Dienst. Afrikanische Erzählungen. Hg. von Rüdiger Jestel, es 1028, 1982, DM 14,00

Raili Salmela

Wolken über Borneo

Rüdiger Siebert, Wolken über Borneo — Insel der Träumer, Narren und Piraten, Arena-Verlag, Würzburg, 1984, 176 Seiten mit Fotos, DM 24,80

Der Name 'Borneo' ist bei uns immer noch ein Synonym für Abenteuer in einer exotischen Welt. Wer in seiner Jugend Abenteuerromane gelesen hat, bei dem ruft schon der Klang des Wortes 'Borneo' Erinnerungen an wagemutige Naturen wach, die bis in das Innere dieser riesigen Insel im malayischen Archipel vorgedrungen sind. Reiseschriftsteller aus der Zeit um die Jahrhundertwende, aber auch die sonderbare koloniale Geschichte der Insel, in der eine Reihe skurriler Europäer eine Rolle spielten, haben zu diesem Bild Borneos bei uns beigetragen. Von dieser Faszination des Exotischen zehren auch in unseren Tagen noch Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt: *„Ich war ein Kopfjäger"* oder *„A Stroll through Borneo"* — um nur zwei Titel des letzten Jahrzehnts zu nennen.

Rüdiger Sieberts Buch hat viel mit dieser Art der Borneo-Schriftstellerei zu tun — aber es ist ein Anti-Abenteuer-Buch. *„Ich glaube, jeder von uns trägt ein Stück Borneo mit sich"*, so schreibt Siebert auf der ersten Seite seines Buches. Er nimmt die Sehnsucht nach der Ferne und nach einer geheimnisvollen fremden Welt ernst, die in jedem von uns steckt. So ist es wohl auch kein Zufall, daß er von Borneo spricht, obwohl das Wort das Stigma des kolonialen Sprachgebrauchs trägt; heute heißt die Insel offiziell Kalimantan. Einmal umrundet Siebert in seinem Buch die Insel. Der rote Faden, an dem die einzelnen Episoden aufgereiht sind, sind die literarischen und die kolonialgeschichtlichen Mythen. Immer ist er auf der Suche nach den Schauplätzen und nach übriggebliebenen Spuren im heutigen Kalimantan.

In Banjarmasin begegnet er Lord Chesterfield, einem Kolonialherrn wie er im Bu-

che steht — im Buch des Deutschen Gerstmayer, der selbst niemals in Asien war. Bald darauf betritt Alexander Hare, der erste weiße Rajah, die Szene. Dann hat Siebert *„Lokaltermin mit einem Stück Weltliteratur“*. Mit Charles Almayer, der Hauptfigur in Joseph Conrads erstem großen Roman. Im Osten von Kalimantan spürt er seinen Grabstein auf und versucht, in der Realität die Koordinaten von Conrads literarischer Vorlage wiederzufinden. Der literarische wie der wirkliche Ahlmayer bleibt ein Mensch, der *„zwischen die Mahlseins zweier Welten geraten war“*.

Im Nordteil der Insel geht er der unrühmlichen Geschichte der North Borneo Company und des legendären Rajah Brooke nach. Der britische Abenteurer Brooke kaufte dem Sultan von Brunei den größten Teil seines Territoriums ab, führte brutale Feldzüge gegen die Einheimischen Völker und verwaltete das so „befriedete“ Territorium wie sein Privateigentum.

Sieberts Anti-Abenteuerbuch führt ein neues Genre in die deutschsprachige Dritte-Welt-Literatur ein. Es zeigt: Anti-koloniale und anti-imperialistische Literatur muß nicht trocken und blutleer sein. Jede Begegnung, jede Episode ist spannend geschildert. Die Helden werden greifbar als Menschen mit Ambitionen und Schwächen — nur um anschließend umso gründlicher zerpflückt zu werden. Ihre angeblichen Heldentaten werden als Grausamkeiten gegenüber der einheimischen Bevölkerung durchschaubar; was zunächst wie Mut und Tapferkeit erschien erweist sich als Unfähigkeit, auf Menschen anderer Kulturen verständnisvoll einzugehen. Am Ende stehen die „Helden“ da als armselige Existenzen, die in äußerem Ruhm ihre Erfüllung im Leben suchten, als Menschen, die unfähig waren, Gefühle zu den Einheimischen, mit denen sie zu tun bekamen, zu entwickeln.

Siebert entwirft kein zusammenhängendes Bild der Kolonialgeschichte Borneos. Gelegentlich fällt es schwer, in dem komplizierten Gegen- und Miteinander von Briten, Holländern, Sultanen und Inlandsvölkern den Überblick zu behalten. Aber ein systematischer Überblick war wohl auch nicht die Absicht des Autors.

Siebert erliegt übrigends bei all seinen Streifzügen durch Borneo nicht die Versuchung, sich selbst zum besonders mutige Helden zu stilisieren. Das unterscheidet ihn wohltuend von vielen seiner Kollegen aus der Zunft der Rundfunk- und Fernsehjournalisten.

Eingestreut in die Spurensuche, in die Suche nach Spuren kolonialer Mythen, sind auch immer wieder Begegnungen mit den Problemen des heutigen Kalimantan. Ökologische Probleme, die durch die Abholzung tropischer Edelhölzer und durch den Brandrodungsbau der Inlandsvölker entstanden sind, oder die Industrialisierung im Raum Bintulu an der Nordküste, wo in den letzten Jahren ein großer Tiefseehafen gebaut worden ist. Bei der Darstellung von modernen Entwicklungen läßt Siebert sich einige Male zu Einschätzungen hinreißen, die zum Widerspruch herausfordern. Über die ökologischen Folgen des Brandrodungsbaus schreibt er: *„Im Prinzip sind Borneos Fortschrittsnöte deckungsgleich mit der Umweltzerstörung als Folge industriell geprägter Lebensweise in westlichen Staaten!“* Nun sind die Umweltprobleme Asiens in der Tat immens, aber sie sind doch nicht deckungsgleich mit den ökologischen Problemen bei uns.—

Für Siebert ist Borneo (so der Untertitel seines Buches) die Insel der Träumer, Narren und Piraten. Aber nicht so sehr die Insel der Dayaks, der Inlandsvölker, der Langhausbewohner. Das ist schade, denn die Inlandsvölker machen auch heute noch mehr als 50 % der gesamten Bevölkerung aus. Einmal probiert er ein Blasrohr aus, mit dem die Dayaks früher auf die Jagd gingen. Ein anderes Mal wird er Zeuge einer Opferzeremonie. Aber er bleibt Zaungast bei einer Kultur, die er selbst nicht versteht. Besser gelungen sind da schon die Porträts chinesischer Küstenbewohner.—

Ich hatte viel Spaß beim Lesen von „Wolken über Borneo“. An keiner Stelle ist es langweilig. An vielen Stellen sind Schwarz-Weiß-Fotos eingestreut, ohne daß das Buch mit Illustrationen überladen wäre. Gelegentlich störte mich der Stakkato-Stil mit zu vielen unvollständigen Sätzen.

Einhard Schmidt

Robben Island

Buchbesprechung: Indres NAIDOO/Albie SACHS, Insel in Ketten, Lamuv-Verlag 1984

Robben Island, die „Teufelsinsel“, die berüchtigte Gefängnisinsel vor den Toren Kapstadts, Haftanstalt, in seit länger als 20 J. die berühmtesten Führer des südafrikanischen Freiheitskampfes — allen voran Nelson Mandela — inhaftiert sind.

Dieses Buch ist ein Dokument des Alltags auf dieser Insel, geschrieben von einem, der selbst 10 J. als Gefangener auf dieser Insel verbrachte. Indres NAIDOO, der Verfasser des Berichts, ist Mitglied des Afrikanischen Nationalkomgresses (ANC), jener größten und traditionsreichsten Befreiungsbewegung Südafrikas, die zugleich auch die älteste auf dem ganzen afrikanischen Kontinent ist. Er gehörte zu denjenigen, die Anfang der 60iger Jahre, nach dem Verbot beider damals in Südafrika bestehenden Befreiungsbewegungen, neben dem ANC noch der Panafrikanische Kongreß (PAC), Umkhonto we sizwe aufbauten, den „Speer der Nation“, den „bewaffneten Flügel“ des ANC. Er wurde wegen eines Sabotageaktes, den er als ein Kämpfer von Umkhonto verübte, zu einer 10j. Freiheitsstrafe verurteilt, die er auf Robben Island verbüßte. Nach Beendigung seiner Haft stand er unter Bann, bis er schließlich 1977 auf Geheiß des ANC außer Landes ging. Seinen Gefängnisbericht, der in Südafrika unter den jetzigen Verhältnissen niemals erscheinen könnte, verfaßte er mit Hilfe des Rechstanwaltes Albie SACHS, der auch das Nachwort dazu schrieb.

NAIDOO selbst will sein Buch verstanden wissen als einen Bestandteil der weltweiten Kampagne um die Freilassung der südafrikanischen Freiheitskämpfer, nicht nur der prominenten wie Mandela oder Sisulu, sondern auch der vielen namenlosen.

Sein Buch ist beides zugleich, Dokument der unmenschlichen Haftbedingungen auf der Insel und Zeugnis für den Mut, die Disziplin und die Solidarität der inhaftierten Freiheitskämpfer. Er berichtet über Folter; Zwangsarbeit im Steinbruch; Verweigerung notwendiger medizinischer Behandlung; Isolationshaft; über den überragenden Einfluß der Persönlichkeit Mandelas trotz seiner physischen Entfernung von den anderen Gefangenen (er wurde in einer Sonderabteilung, einem „Gefängnis“ festgehalten); über die Beziehungen und die politischen Differenzen der Vertreter der verschiedenen Befreiungsbewegungen untereinander: der verbündeten ANC und SWAPO of Namibia einerseits und des PAC andererseits; über die verzweifelten Bemühungen, sich Nachrichten/Zeitungen zu verschaffen, sich über das Weltgeschehen auf dem Laufenden zu halten; über die Organisation von Widerstand gegen die Haftbedingungen und wie nach dreimaligem Hungerstreik auch tatsächlich einige Hafterleichterungen erreicht werden konnten. Besonders bewegend ist es für europäische Leser zu lesen, mit welcher Dankbarkeit der Bemühungen von Amnesty international gedacht wird, die einzige von NAIDOO's Mitgefangenen adoptiert hatte, und welche konkrete Hilfe der Einsatz von AI für die Betroffenen bedeutete. Ohne Bitterkeit und Haß werden Persönlichkeit und Lebensbedingungen der Gefängniswärter beschrieben, die NAIDOO ebenfalls als Opfer einer rassistischen Gesellschaftsordnung ansieht und die er nicht persönlich für ihre Grausamkeit und den ihnen anerzogenen Herrenmenschenwahn verantwortlich macht.

Als ein Zeugnis des Kampfes gegen Rassismus und für eine gerechte Gesellschaftsordnung auch noch unter den unmemschlichsten Bedingungen erhielt dieses Buch 1982, dem Erscheinungsjahr der englischen Originalausgabe, den Martin-Luther-King-Gedächtnis-Preis.

Dietlinde Haug

Presseerklärung

Europäische IBFAN-Gruppen planen Kampagne gegen Milupa

Babynahrungsaktionsgruppen haben am letzten Wochenende vom 18. 5. - 20. 5. 84 in Genf beschlossen, Aktivitäten gezielt gegen die westdeutsche Firma MILUPA zu richten.

Auf einer europäischen Tagung des IBFAN (International Babyfood Action Network) haben Gruppen aus Österreich, Belgien, Bundesrepublik, Frankreich, Irland, Holland, Schweiz und Großbritannien die aggressiven Werbepraktiken der Firma Milupa für Säuglingsmilchnahrung in Europa und in der Dritten Welt scharf kritisiert.

Die Firma Milupa verstößt mit ihren Webepraktiken gegen den internationalen Kodex zur Vermarktung von Muttermilchersatz der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Dieser wurde vor 3 Jahren am 21. Mai 1981 mit überwältigender Mehrheit von der Vollversammlung der WHO verabschiedet.

Der Konzern verteilt Gratisproben von Babynahrung an Mütter, wirbt öffentlich in Zeitschriften (wie z. B. im Magazin „Eltern") und offeriert Gesundheitspersonal Geschenke — Praktiken, die nach dem WHO-Code eindeutig verboten sind.

IBFAN — Sprecherin Judith Philipona bezeichnete Milupas Werbepraktiken als schädlich und unmoralisch.

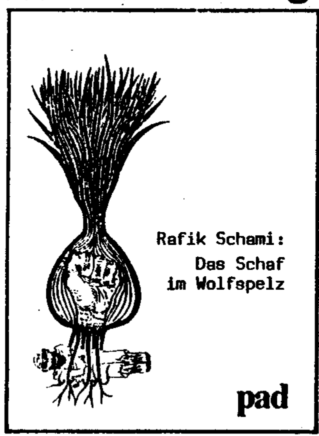
Obwohl der Konzern 3 Jahre Zeit hatte, sich den Empfehlungen der WHO anzuschließen, hat er keinerlei Schritte unternommen, seine Praktiken zu ändern. So z. B. wirbt Milupa in der Schweiz für Beikost ab der 3. Lebenswoche und in Großbritannien für Fenchel-Tee ab der 1. Lebenswoche, welcher zu 90% aus Zucker besteht.

Für weitere Informationen bitte wenden an:
AGB (Aktionsgruppe Babynahrung), Thomas Koch, Tel.: (0551) 94052
oder
AGB c/o Gesundheitsladen, Düsterer Eichenweg 2, 3400 Göttingen
Tel.: (0551) 47129



iz3w · postfach 5328
7800 freiburg

Neuerscheinungen



ANDERE MÄRCHEN / Bd. 1:
RAFIK SCHAMI: DAS SCHAF IM WOLFSPELZ

Kann man Erwachsenen Märchen erzählen? - Man muß ihnen Märchen erzählen, damit sie ihre verloren gegangene Phantasie wiederfinden!
Märchen sind wieder modern geworden. Die Undurchschaubarkeit, Sinnlosigkeit und Komplexität erlebter Realität wird auflösbar in den Verdichtungsmöglichkeiten moderner Märchen. Rafiks Märchen sind jedoch vor allem ANDERE MÄRCHEN, sie machen den Blick frei für reale Abhängigkeitsstrukturen in der Gesellschaft, ermutigen Widerstand zu leisten, bewahren vor der Flucht in religiöse und säkularisierte Scheinwelten, weil sie auffordern in konkreten Utopien zu denken. Märchen wider Resignation und Realitätsflucht.
INHALT: Die Zwiebel / Fatima / Die rote Blume / Das Schaf im Wolfspelz / Die Hölle / Der Bär singt nicht / Der Bäcker und der Gauner / Das schwarze Schaf / Und die Grille singt doch / Die Aufseher / Der Südwind. Mit Grafiken von Barbara Rieder
136 Seiten, 19.80 DM
(Subskriptionspreis bis 30.6.1983: 14.80 DM)

Bernd Janssen:
"GAST"-ARBEITER ODER:
SIND WIR EIN EINWANDERUNGSLAND?

Besonders in Krisenzeiten, in denen der faschistoide Ruf "Ausländer raus" bedrohliche Formen annimmt, bedarf es der Einfühlung in die inhumanen Lebensverhältnisse der heimatlos gewordenen Ausländer, der Fähigkeit zur Solidarität und des politischen Kampfes um die Gleichberechtigung und Integration der ausländischen Mitbürger.
Das Unterrichtsmodell "Gast"-Arbeiter
- geht von einem pragmatischen Unterrichtsverständnis aus,
- formuliert Stichworte zur politischen Orientierung
- entwickelt für die Klassenstufen 5/6, 7/8 und 9/10 je eine Unterrichtseinheit,
- bietet zahlreiche ergänzende alternative Unterrichtsmaterialien

144 Seiten, 13.-- DM

UNTERRICHTSEINHEITEN
Arbeitshefte für die Jugendbildungsarbeit



pad

materialien für den politikunterricht
Faschismus in Deutschland und Neonazismus
pad

Gerd Bottmer / Werner Rieschmüller / Gerhard Voigt:
FASCHISMUS IN DEUTSCHLAND
UND NEONAZISMUS - ODER:
Warum die "Holocaust"-Diskussion nicht ausreicht

Mit dieser Unterrichtseinheit wird ein Alternativkonzept zu einer Unverbindlichkeit der rein historischen Aufarbeitung vorgelegt, das an die Stelle verordneter "Vergangenheitsbewältigung" die Frage setzt, welche Voraussetzungen des Faschismus auch heute noch in der BRD wirksam sind, und wie ihnen begegnet werden kann.
Die Unterrichtsvorschläge konzentrieren sich auf
- die ökonomischen Bedingungen und die faschistischen Krisenlösungsstrategien
- Ursachen und Folgen der autoritären Sozialisation und ihre ideologische Legitimation ("der autoritäre Charakter"),
- faschistische Herrschaft zwischen Kanalisierung des Terrors (SA, SS), Ausschaltung der Arbeiterbewegung und bürgerlichem Funktionieren ("Beamtenstaat").

176 Seiten, 16.-- DM (bis 30.6.83: 12.80 DM)

Bestellungen und Informationen (sowie ein ausführliches Gesamtverzeichnis kritischer Lesebücher und Unterrichtsmaterialien) bei:
pad · Postfach 120143 · 4600 Dortmund 12



Zeitschriftenübersicht

epd-Entwicklungspolitik

Information
IDA 7/UN-Menschenrechtskommission
1884-1984: UNESCO
Minenblockade Nicaragua
Schuldentilgung in Mexico
Pestizide in Brasilien

Kommentar/Bericht/Interview
Hendrik de Boer: Nabelschau — zur neuen Filmpolitik des BMZ
Dorothea Hartung: Frieden und Befreiung
1. Internationale Konferenz von Frieden und Befreiungsbewegung
Interview mit Jolyan Lumumba
Exerpte aus Johan Galtung: Blau und Rot, Grün und Braun

Dokumentation
Ghandi kam aus dem Süden, Clausewitz aus dem Norden (Ernesto Cardenal)
Gewalt oder Gewaltfreiheit ist nicht die entscheidende Frage (Philip Berrigan)
„Die kommen, essen, trinken und gehen" Spiegel-Redakteurin Valeska von Roques über die Konferenz in Malta
Arbeitszeitverkürzung, Rüstungsabbau und Kampf gegen Armut in der 3. Welt (Karl-Heinz Dejung)

Preis: Einzel/Doppelnummer 3,-/4,50 DM
Bezug:epd Friederichstr. 2-6, 6000 Frankfurt

Informationsstelle südliches Afrika
Nr. 3, April/Mai 1984

Schwerpunkt:
Vertragspolitik und Sanktionsforderungen, Krieg ausgesetzt, Konflikt bleibt
— Dokumentation und Stellungnahme zu Südafrikas Verträgen mit Mosambik und Angola
— Sanktionen Passé
— UN-Sanktionen und Hoffnung auf friedlichen Wandel
— Interview mit G. Verheugen (SPD) zu Verträgen und Sanktionen
— Südafrika — Konferenz des IBFG
— VW-Betriebsrat arbeitet zu Südafrika
— Neue Kredite für Südafrika und Zimbabwe: Interview mit Minister Makoni: über eigenständige Entwicklung und Kapitalinteressen
— Mosambik: Maputo hilft Opfern der Flutkatastrophe
— Hearing Entwicklung und Rüstung
— Fotoausstellung zu Südafrika/Nachrichten/Rezensionen

Preis: 5,— DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1

AIB-Antiimperialistisches Informationsbulletin 5/1984
— Aktueller Kommentar: Die Verminung Mittelamerikas
— Südliches Afrika: Keinen Frieden im Südlichen Afrika
— Libanon: Neuordnung der Widersprüche - Kommunique der Lausanner Libanon-Konferenz
— El Salvador: Erklärung der FNLN/FDR zu den Präsidentschaftswahlen
— Grenada: Bericht über die Lage nach der Invasion
— USA: Was ist der militärisch-industrielle Komplex
— Sonderteil zu Guatemala (auch als Sonderheft erhältlich)

Preis: 2,50 DM Abo: 25,— DM
Bezug: AIB Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Informationsstelle Lateinamerika
ila-Info Nr. 76, Mai 84

Schwerpunktthema:
Blutsauger: Das Geschäft mit Menschenblut, — Die schwierige Verfolgung der Blutspuren eines Pharmariesen

Berichte und Hintergründe:
The „Carribean Basin Initiative" ein neues Modell alter Hinterhofspolitik
Konterrevolution konkret: Eindrücke aus dem „befreiten" Grenada
Honduras: Deprimierende Rolle des UN-Hochkommissariats bei der geplanten Flüchtlingsverlagerung
US-Ärger mit honduranischer Marionettenfigur: Entmachtung von General Alvarez
Nicaragua: „Positive Öffnung, aber noch keine klaren Ziele": Gespräch mit der Miskitoführerin Hazel Lau
Guatemala: Die neuen Dörfer des 20. Jahrhunderts

Länderberichte:
Brasilien: 1150 km zu Fuß für Direktwahlen
Costa Rica: Polizeieinsätze gegen Flüchtlinge und Bürgeraktionen
Dominikanische Republik: Bilanz der IWF-Verhandlungen; Massenverhaftungen und Tode
El Salvador: „Wahl"-Runde — zweiter Teil
Guatemala: Entwicklung einer beeindruckenden Rüstungsindustrie mit Hilfe Israels/„Galil" — Gewehre und „uzi" — Maschinenpistolen bereits Standard bei der Armee
Haiti: So löste Baby Doc das Wahlproblem
Honduras/El Salvador: Aufklärungsflugzeuge und elektronischer Krieg
Nicaragua: Biologischer Pflanzenschutz statt Pestizideinsatz
Uruguay: Liber Deregni, Führer der „Frente Amplio" nach 10 Jahren Haft entlassen.

Preis: 3,— DM Abo: 30,— DM
Bezug: ILA-Info, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Lateinamerika Nachrichten
Nr. 127 Juni 84
Nicaragua: Situation an der Atlantikküste
Guatemala: Streik bei Coca Cola
Mexico: 1. Mai: 1,5 Mio. Demonstranten und 2 „Mollis"
Kolumbien: Justizminister ermordet
Brasilien: Ökologie
Costa Rica „Musterdemokratie gegen den ‚Weltkommunismus'"
Bolivien: Regierungskrise
BRD: Guatemala-Kampagne

Preis: 4,— DM Abo: 45,— DM
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Im Mehringhof 2, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Tagungshinweise

„Entwicklungsarbeit in der Bundesrepublik", Ökologisches Workcamp, 1.-30. Juli '84, Schwabenhausen, Information und Anmeldung: ICJA, Helmut Duwe, Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2

Fotoausstellung „Leben wollen aus eigener Arbeit" Reisanbau und Handwerk in Indonesien und auf den Philippinen, 24. Mai-29. Juni 84, in der GEPA, Sodenerstr. 27, 7000 Stuttgart 50

Konferenz „Frieden für das Südliche Afrika! Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker von Südafrika und Namibia! Solidarität mit den Frontstaaten", 12.-14. Oktober 84, Information: Konferenz Südl. Afrika 84, Kaiserstr. 71, 53 Bonn

---

„Die Schwellenländer im Welthandel", 28.-30. 9., Gummersbach
„Verschuldung und Entwicklung — Krise des Weltwährungssystems?", 9.-11. 11. 84 Gummersbach
Entwicklung, Marktwirtschaft und Menschenrechte in frika", 11.-14. 11., Gummersbach
„Über die Ungleichheit des internationalen Informationsflusses", 16.—18.11. 84, Gummersbach
Information und Anmeldung für die obengenannten Tagungen: Th. Heuss-Akademie, Postfach 340129, 5270 Gummersbach 31

„Zum Aufbu eines Basisgesundheitswesen in den Philippinen" 21.-24. Juni 84, Information und Anmeldung bei gg, Rheinweg 34, 5300 Bonn

---

In der **BDKJ Diözesanstelle Köln** gibt es derzeit eine Projektgruppe, deren Ziel die Erfassung und Koordination der in der Diözese bestehenden Dritte Welt Gruppen ist (Patenschaftsgruppen, Solidaritätsgr., 3.-Welt Basar Initiativen u. ä.)

Wir möchten alle Gruppen, die sich mit dem Themenschwerpunkt DRITTE WELT - EINE WELT befassen, bitten, sich beim

BDKJ Diözesanstelle Köln
Marzellenstr. 32
5000 Köln 1, Tel.: 0221-1642499
zu melden.



REISENDE SCHULE — 3. WELT E.V.

Info-Seminare: Reisende Schule — Was ist das?

Für alle, die uns, die Erfahrungen aus bisherigen Kursen und die neuen Ideen der Reisenden Schule kennenlernen wollen:
4. - 6. Mai/13. - 15. Juli/7. - 9. September/9. - 11. November

Seminare in Warburg

8. - 11. Juni Afrikanischer Trommel- und Tanz-Workshop
10. - 12. Aug. Frauen in der 3. Welt
24. - 27. Sep. Politische Betroffenheit
5. - 7. Okt. Türkische Tänze und Musik

Workcamps in Warburg

Um unsere Tagungsstätte weiter auszubauen, veranstalten wir Workcamps
Ihr helft uns beim Bau, wir bieten ein Seminar zu Afrika, Türkei, 3. Welt-Theater, Maskentheater, Körperselbsterfahrung.
Termine: 23. - 25.
23.-25. Mai, 23. Juli, 3. August, 27.-31. August, 17. - 21. September, 15. - 19. Oktober, 5. - 9. November.
Programm anfordern!

Obervolta-Kurs

Ein Land Afrikas intensiv kennenzulernen ist das Ziel dieses neunmonatigen Kurses. Nach zwei Monaten gemeinsamer Vorbereitung in der BRD steht ein Sprachkurs in ‚Moré' oder ‚Dioula' zu Beginn des fünfmonatigen Aufenthalts in Obervolta.
Die Gruppe wird sich dann in Kleingruppen aufteilen, um bei verschiedenen Selbsthilfegruppen mitzuhelfen und das Dorfleben kennenzulernen.
Dauer: 1. Juni 1985 - 28. Feb. 1986, Kosten: DM 6.500.— (Das Geld wird von den Teilnehmern selbst verwaltet und soll für alles reichen, was während der 9 Monate anfällt.)
1. Vorbereitungstreffen: 22. - 24. Juni 1984

Medienverleih

Filme und Ton-Dia-Reihen könnt ihr gegen einen Unkostenbeitrag von DM 15.— bei uns ausleihen:

Reisende Schule — 3. Welt e.V.
Bördestr. 3 Menne
3530 Warburg/Westf. 1
05641 - 8954

Toncassetten + Begleitbuch



Französisch im Alltag

Lebensnah und authentisch von Franzosen/-innen in Kurzhörspielen vertont: Alltagsszenen beim Flirten, auf dem Markt, beim Streiten, in der Disco und auf dem Markt. Ideal zum Erlernen der lebendigen Sprache. Begleittext mit Vokabeln, Redewendungen etc. Die Cassette zum Rowohlt-Taschenbuch „anders reisen: Sprachbuch Frankreich"
Best.Nr.: 50.903 Preis: 14,80 DM

„So stell ich mir die Liebe vor"

Jugendliche und junge Erwachsene über Hoffnungen und Ängste. „Sich ein Bild machen" und „Bei meinem Aussehen kann ich nicht raus gehen": Zärtlichkeit, Eifersucht, Sexualität und Verhütung – Geschichten und Erfahrungen zum Träumen,
Best.Nr. 10.2034 Preis: 14,80 DM

Black Music

„African Highlife Vol. II"

Mit 10 Spitzengruppen aus den Ländern Zaire, Senegal, Togo, Cameroun, Gambia, Zentr.-Afrik. Republik.
Best.Nr. 40.611 Preis: 14,80 DM

Deutsche Geschichte lebendig!

„Große Politik und Alltagsleben in Deutschlands Metropole Berlin 1900-1945"; 4 Ton-Cassetten à 90 Min.; historische Originaltöne (u.a. Noske, Straßenkämpfe, Hitler) mit Erinnerungen von Berliner/innen gemischt. 150 S. Begleitbuch mit Fotos, Dokumenten, Hintergründen.
Best.Nr. 20.310 Preis: 44,50 DM

Ich bestelle
Best.Nr.: ________ Preis ________
Best.Nr.: ________ Preis ________
Best.Nr.: ________ Preis ________
Versand DM 2,80
als Scheck anbei DM

Ich will Infos über Network ☐
Name:
Anschrift:
Unterschrift:

Network Medien-Cooperative,
Hallgartenstr. 69, 6 Ffm. 60,
0611 (069) 451737

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg